

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2010

Beteiligungsbericht 2010

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Die Oberbürgermeisterin
Zentraldienst Verwaltungssteuerung
Zentrale Steuerungsangelegenheiten
Beteiligungsmanagement

Vorwort

Die Kommunen in Deutschland müssen sich infolge ständig wachsender öffentlicher Aufgaben und knapper Finanzressourcen mehr denn je großen Herausforderungen stellen. Notwendige Investitionen können aufgrund des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes nur bedingt durchgeführt werden und zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sind kaum noch finanzierbar. Daher wird der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben in der Stadtverwaltung Remscheid seit langem besondere Bedeutung beigemessen. Aufgabenkritik, Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit sind bei der Bewältigung der Problemstellungen feste Kriterien in unserer Gemeinde.

In der Vergangenheit hat die Stadt Remscheid aus diesem Grunde einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen. Den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren, steht dabei im Fokus der Bemühungen.

Das Geschäftsjahr 2010 war im Bereich der Beteiligungen eine ereignisreiche Periode, in der in den Gesellschaften auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Remscheid wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Als ein Beispiel sei stellvertretend das Engagement der Stadtwerke Remscheid GmbH bzw. EWR GmbH im Bereich der Erneuerbaren Energien genannt.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 veranschaulicht den gesamten Umfang der städtischen Beteiligungen. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Jahresabschlüsse des Jahres 2010 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur. Er liegt den Ratsmitgliedern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in diesem Jahr äußerst zeitnah vor.

Remscheid, im Januar 2012

gez.
Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2010 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2010 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	34
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -	46
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	54
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	63
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	68
3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	82
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	86
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	96
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	106
3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH	108
3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	117
3.13 RW Holding AG	119
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	121
3.15 RWE Aktiengesellschaft	131

4.	Wesentliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	133
4.1	EWR GmbH	133
4.2	Park Service Remscheid GmbH	143
4.3	H ₂ O GmbH	151
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	159
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	167
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	168
5.	Eigenbetriebe	179
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe	179
6.	Sonstiges	199
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	199
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	203
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	204
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	207
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	215

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Leistung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung: sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin über die Lohn- und Gehaltssummen indirekt zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz (oder wegen) des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlichrechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“ sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind im § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei energiewirtschaftlicher Betätigung diese nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, undder Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid, der RW Holding AG und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2010 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant sind, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2010 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2010. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2011 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes. Hier können sich noch Verschiebungen ergeben, da das Geschäftsjahr 2010 noch nicht endgültig verbucht ist und der Jahresabschluss 2010 der Stadt Remscheid noch nicht vorliegt.

Die Hinweise auf die gesetzlichen Grundlagen in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen berücksichtigen bereits die Änderungen durch das Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts vom 21.12.2010.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2010 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH, 3 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,02 v.H.. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

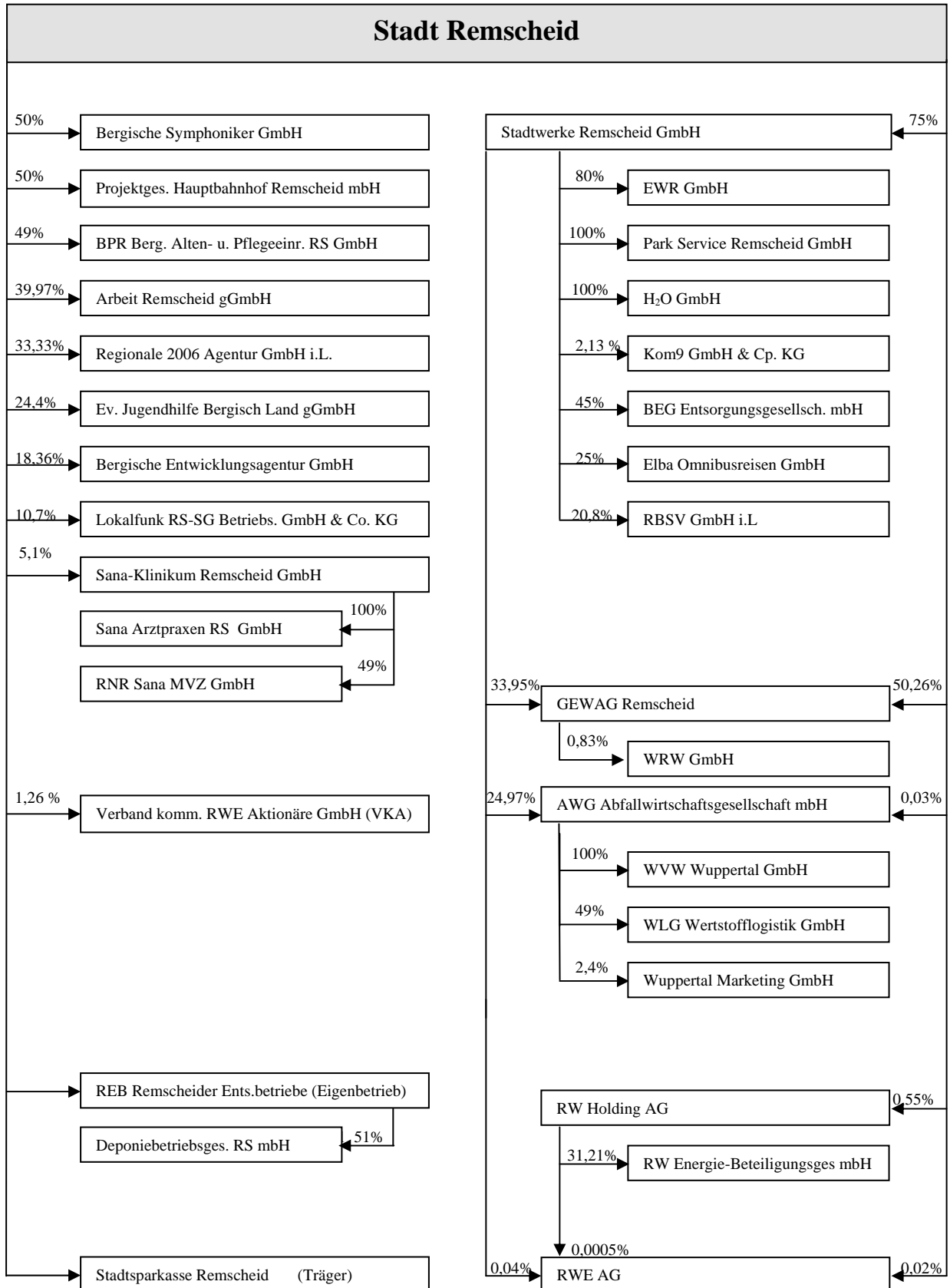
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2010

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	56.000.100,00	75,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	2,13	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
RWE AG	1.440.000.000,00	643.200,00	0,04	
RBSV GmbH i.L.	100.000,00	20.800,00	20,80	
GEWAG	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
<i>Beteiligung an:</i>				
WRW GmbH	1.089.480,00	9.000,00	0,83	
Bergische Symphoniker GmbH	(50.000,00)	(25.000,00)	50,00	Stadt Remscheid
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennepe
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	27.000,00	9.000,00	33,33	Stadt Remscheid
		9.000,00	33,33	Stadt Solingen
		9.000,00	33,33	Stadt Wuppertal
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00	24,40	Stadt Remscheid
		12.200,00	24,40	Walter-Frey-Stiftung
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Leverkusen
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Lennepe

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00	18,36	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00	10,70 75,00 14,30	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges .mbH & Co. KG. Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH	3.100.000,00 25.000,00 25.000,00	158.100,00 2.941.900,00 25.000,00 12.250,00	5,10 94,90 100,00 49,00	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
RW Holding AG <i>Beteiligung an:</i> RWE AG RW Energie Beteiligungsges. mbH & Co. KG	74.362.859,52 160.350,00	411.840,00 73.951.019,52 3000 Aktien 50.050,00	0,55 99,45 0,0005 31,21	Stadt Remscheid 70 weitere Aktionäre, darunter Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	5.000.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00	1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.440.000.000,00	278.988,80 1.439.721.011,20	0,02 99,98	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB (Sondervmögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

**2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2010
(grafische Darstellung)**



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
Neuenkamper Straße 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

	Stammkapitalanteil	
	in T€	in %
EWR GmbH	14.000	80,00
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG *1	6.838.490,88	6,50
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH	22	22,00
Park Service Remscheid GmbH	100	100,00
H ₂ O GmbH	200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal	63	25,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid	11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert	133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH	13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG *2	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH	51	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH	63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid *3	1.197	33,95
- WRW Wohnw. Treuhand Rheinl.-Westf. GmbH	9	0,83
KOM9 GmbH & Co. KG *2	10	2,13
- Thüga AG *3	85.355	38,41
RWE Energie AG *3	643	0,04
RBSV GmbH i.L.	21	20,80
- RBN GmbH i.L.	25	100,00
- RBS GmbH i.L.	25	100,00
- SR Mobil GmbH i.L.	25	100,00
- SWS Verkehr GmbH i.L.	25	100,00

*1) Kapitalanteil *2) Kommanditkapital, *3) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Verminderung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Bernd Quinting	Ratsmitglied
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied
Lothar Sill	SB
Achim Südmeier	
Karl-Wilhelm Tamm	SB
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss:

- Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee am 26.01.2010
- Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk am 20.07.2010, 05.11.2010 und 22.12.2010

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Ausschüttung	743.770,24	1.735.880,31	2.648.040,53
Umlagen SPNV	205.000,00	205.000,00	207.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	242	238	235

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2008	in %	2009	in %	2010	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	19.412	-1,8	18.797	-3,2	18.735	-0,3
	Umsatz T€	12.943	3,7	12.279	-5,1	12.293	0,1

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

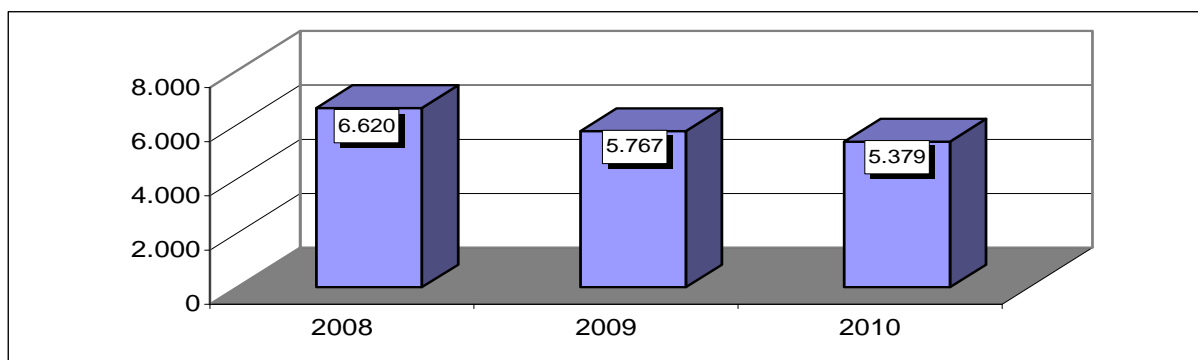
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	72	0,04	47	0,03	95	0,06
Sachanlagen	15.306	9,00	14.967	9,06	16.074	9,58
Finanzanlagen	132.554	77,96	131.752	79,78	130.890	77,97
Anlagevermögen	147.932	87,01	146.766	88,87	147.059	87,61
Vorräte	562	0,33	569	0,34	708	0,42
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	21.208	12,47	17.541	10,62	17.453	10,40
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	294	0,17	275	0,17	2.644	1,58
Umlaufvermögen	22.064	12,98	18.385	11,13	20.805	12,39
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0,01	2	0,00	0	0,00
Aktiva	170.018	100,00	165.153	100,00	167.864	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	43,92	74.667	45,21	74.667	44,48
Kapitalrücklage	21.450	12,62	21.450	12,99	21.450	12,78
Gewinnrücklagen	8.999	5,29	11.599	7,02	12.599	7,51
Jahresüberschuss	6.620	3,89	5.767	3,49	5.379	3,20
Eigenkapital	111.736	65,72	113.483	68,71	114.095	67,97
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.076	1,81	3.191	1,93	3.104	1,85
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	4.084	2,40	3.547	2,15	3.325	1,98
Verbindlichkeiten	51.121	30,07	44.932	27,21	47.340	28,20
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	170.018	100,00	165.153	100,00	167.864	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	13.053	12.449	12.421
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1	-1	53
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	8.272	4.119	2.556
Erträge aus Gewinnabführung	11.126	9.270	9.358
Erträge aus Beteiligungen	3.177	5.541	7.741
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	117	54	23
Erträge	35.744	31.432	32.152
Materialaufwand	7.794	6.598	6.764
Personalaufwand	10.753	10.620	10.803
Abschreibungen	1.490	1.460	1.574
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.547	3.393	2.869
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	829
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	510	268	292
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.872	3.036	3.345
Aufwendungen	27.966	25.375	26.476
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.778	6.056	5.676
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-100
Sonstige Steuern	-1.158	-289	-197
Jahresüberschuss (+)	6.620	5.767	5.379
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0
Bilanzgewinn	6.620	5.767	5.379

Entwicklung der Jahresergebnisse

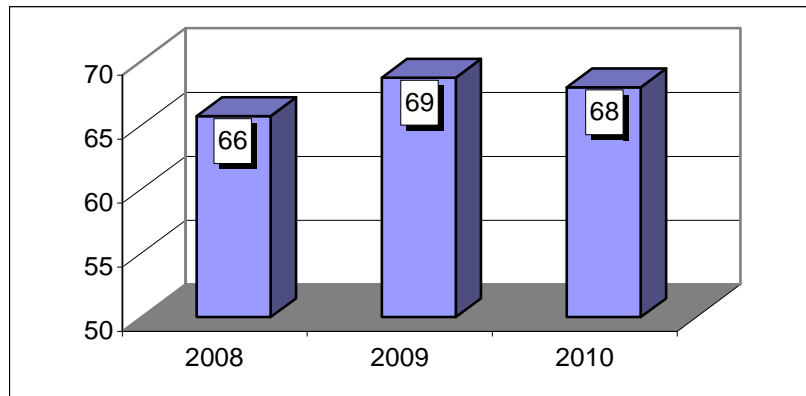
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	6.620	5.767	5.379



Kennzahlen

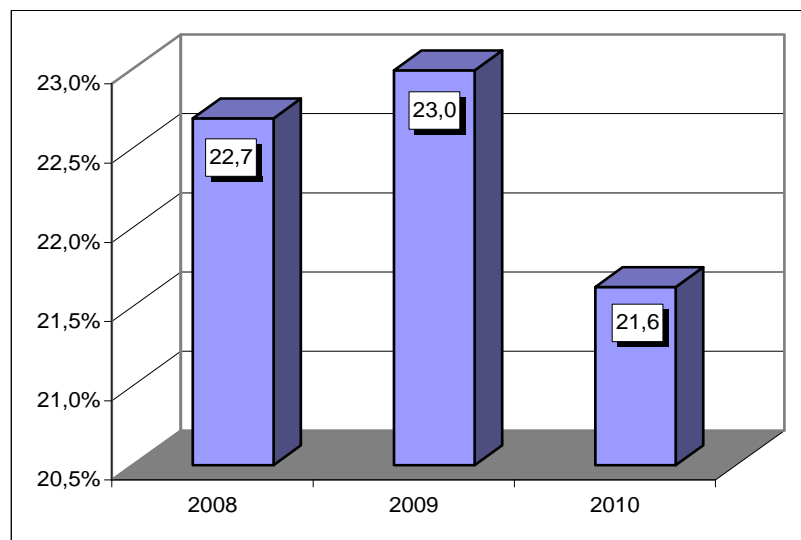
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	111.736	113.483	114.095
Bilanzsumme	170.018	165.153	167.864
% EK	66	69	68



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	6.620	5.767	5.379
Abschreibungen	1.490	1.460	1.574
	8.110	7.227	6.953
Gesamterträge	35.744	31.432	32.152
Cash-Flow	22,7%	23,0%	21,6%



Lagebericht 2010

Allgemeines

Die weltweit wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise scheint überwunden zu sein. Die wirtschaftliche Lage der bergischen Unternehmen hatte sich im Herbst 2010 weiter deutlich verbessert. Die Konjunkturumfrage der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahreswechsel 2011 bestätigt diese Entwicklung, die Bergische Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem kräftigen Aufschwung. Im IHK-Bezirk sind inzwischen alle Hauptwirtschaftszweige von diesem Trend erfasst, wobei Remscheid erkennbar hinterherhinkt.

Der Arbeitsmarkt in der Region hat im Berichtsjahr ebenfalls eine spürbare Belebung erfahren: Weg von einer tiefgreifenden Kurzarbeit hin zu einer Zunahme der erwerbstätigen Personen. In Remscheid sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2010 gegenüber Dezember 2009 deutlich von 10,2 % auf 9,3 %. Nach einer mehr als schwierigen Geschäftslage im Bergischen Wirtschaftsraum sehen insbesondere die Remscheider Unternehmen dem kommenden Jahr durchaus mit Optimismus und Zuversicht entgegen.

Aus der konjunkturellen Stabilisierung der heimischen Wirtschaft in Verbindung mit den Auswirkungen extremer Witterungseinflüsse konnte auch unsere Unternehmensgruppe Nutzen ziehen und der Konzern Stadtwerke Remscheid sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder insgesamt gut behaupten. Die Energiesparten der EWR GmbH verzeichneten auf der Absatzseite eine belebte Nachfrage, wengleich der wirtschaftliche Aufschwung der heimischen Industrie erst im letzten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres an Fahrt gewann. Auf der Gasseite hat die extrem kalte Witterung allein in den Monaten November und Dezember für ein deutliches Absatzplus gesorgt. Allerdings hat sich insgesamt der Wettbewerbsdruck intensiviert. Mit Verschmelzungsvertrag vom 02. Juli 2010 wurde die EWR Netz GmbH, Remscheid, rückwirkend zum 01. Januar 2010 auf die alleinige Gesellschafterin EWR GmbH durch Aufnahme verschmolzen.

Sowohl die Erträge aus Verkehrsleistungen als auch die Fahrgastzahlen im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft zeigen stagnierende Tendenzen. Bevölkerungsrückgang, extreme Witterungseinwirkungen, aber auch die erst allmählich in Fahrt kommende Konjunktur in Remscheid machen sich in diesem Geschäftsfeld bemerkbar. Im Mittel spürbar gestiegene Treibstoffkosten belasten zusätzlich die Budgets des Fahrbetriebs. Unsere Bädergesellschaft, die H₂O GmbH, erreichte trotz einer durchaus stattlichen Besucherzahl aufgrund der widrigen Witterungseinflüsse zwar nicht das Niveau des Vorjahres, dennoch konnte das geplante Unternehmensergebnis leicht verbessert werden.

Der Geschäftsbetrieb der Park Service Remscheid GmbH verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr tendenziell zufriedenstellend und war ebenfalls witterungsbedingt mit „Licht und Schatten“ durch die uneinheitliche Entwicklung im Parkverhalten der Kunden gekennzeichnet.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Stadtwerke Remscheid und im Konzern

Die Gesellschaft und die ihr angegliederten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften weisen im Geschäftsjahr 2010 insgesamt eine stabile Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage auf. Die Umsatzerlöse der Stadtwerke verblieben auf dem Niveau des Vorjahres und erreichten wieder eine Gesamtgröße von ca. 12,4 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Die Nettofahrgeldeinnahmen aus der Personenbeförderung stiegen leicht aufgrund der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2010 um 0,2 Mio. € unter Berücksichtigung von erhaltenen bzw. zu leistenden Ausgleichszahlungen verharren die Gesamteinnahmen bei ca. 12,3 Mio. €. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 18,8 Mio. Fahrgästen um geringfügige 0,3 % unter dem Stand des Vorjahres. Bereinigt um die Geschäftsbeziehungen im Unternehmensverbund erzielte der Konzern Stadtwerke Remscheid Gesamterlöse in Höhe von 153,0 Mio. €, die damit um ca. 0,4 Mio. € oder 0,3 % geringer als im Jahr zuvor ausfallen. Dieser Vergleich wird durch die Nachwirkungen der in 2009 vorgenommenen Gaspreissenkungen beeinflusst und ist kein Spiegelbild der mehr als positiven Absatzentwicklung im Gassegment.

Der Jahresüberschuss der Stadtwerke Remscheid in Höhe von etwa 5,4 Mio. € verfehlt augenscheinlich den Vorjahreswert um ca. 0,4 Mio. €. Allerdings entfällt ab 2010 der städtische Bäderzuschuss von 1,0 Mio. € p. a., der bisher erfolgswirksam vereinnahmt wurde. Mit dem gleichlautenden Konzernbilanzgewinn sehen wir ein insgesamt wieder sehr zufriedenstellendes Ergebnis für den Unternehmensverbund Stadtwerke Remscheid. Bei dem Bilanzgewinn ist bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga Aktiengesellschaft München, in Höhe von 1,55 Mio. € berücksichtigt.

Alle Betriebszweige und Sparten waren am Erfolg beteiligt. Die stabile Ertragslage der EWR GmbH, höhere Erträge aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen - beispielsweise an der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal - sowie erstmalige Erträge aus der KOM9-Beteiligung kompensierten nachteilige Effekte aus gestiegenen Treibstoffkosten im Verkehrsbetrieb, dem nicht mehr geleisteten Bäderzuschuss seitens der Stadt Remscheid sowie einer notwendigen Abschreibung auf die Beteiligung an der ELBA Omnibusreisen GmbH.

Im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete der Konzern einen Jahresüberschuss in Höhe von 7,4 Mio. € und damit ca. 0,5 Mio. € weniger als im Vorjahr. Er wird nach wie vor vom wirtschaftlichen Erfolg der EWR (Gewinnabführung an die Konzernmutter: 10,9 Mio. €) bestimmt. Aus ihm wird der auf die Thüga Aktiengesellschaft entfallene Gewinnanteil von 1,55 Mio. € finanziert. Die Erträge und Aufwendungen für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrafen die AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, Wuppertal, BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid, ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal, und die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft, Remscheid. Diese Unternehmen werden nach der Equity-Methode (Buchwertmethode) in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Geschäftsentwicklung unserer Versorgungstochter EWR war von der allmählichen konjunkturellen Erholung im Wirtschaftsraum Remscheid und den außerordentlichen Winterverhältnissen - insbesondere zum Jahresende - gekennzeichnet. Die gesamten Umsatzerlöse der EWR sanken zwar gegenüber dem Vorjahr um 5,9 % auf 137,9 Mio. €, allerdings wird dieser Eindruck durch den Verschmelzungseffekt mit der EWR Netz GmbH und der aus 2009 nachwirkende Preissenkungen in der Gasversorgung verzerrt. Auf Energie- und Wasserlieferungen - nunmehr einschließlich der Durchleitungen Strom und Gas - entfielen 142,6 Mio. € (+ 5,9 %). Beim Stromabsatz registrierten wir einen um die Durchleitung bereinigten Zuwachs von 2,9 %, die korrespondierenden Erlöse stiegen in Folge notwendiger Preisanpas-

sungen aus erhöhten Beschaffungskosten um 6,3 %. Auf der Gasseite blieben die Umsätze mit 49 Mio. € um 4,5 % hinter dem Vorjahreswert aufgrund nachwirkender Preissenkungen zurück. Allerdings konnten wir einen starken Absatzzuwachs von 17,8 % auf 1,2 Mrd. kWh verzeichnen. Der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch - ausgelöst durch tendenziell rückläufige Einwohnerzahlen und Einsparanstrengungen auf allen Ebenen - wurde mit 6,9 Mio. m³ (+ 4,1 %) im Berichtsjahr durchbrochen. Die Wärmeversorgung konnte sich wie die Gasversorgung gut behaupten; der Absatz stieg um 10,9 % auf 49,2 Mio. kWh. Durch die Preisnachwirkung fielen die Erlöse wie bei der Gasversorgung allerdings um 1,1 % niedriger aus.

Die H₂O GmbH präsentierte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit knapp 652.000 registrierten Gästen (- 3,6 %) einen vergleichsweise auf hohem Niveau liegenden Wert. Die Umsatzerlöse unterschritten mit 3,9 Mio. € den Vorjahreswert um 0,2 Mio. €. Das Jahresdefizit von 3,3 Mio. € blieb unterhalb unserer Prognoserechnung für 2010.

Das Ergebnis unserer Tochter PSR aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei ca. - 43 T€ nach - 56 T€ im Jahr zuvor. Die erzielten Erträge entwickelten sich stark uneinheitlich. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie tragen etwa zwei Drittel zu den Erlösen bei - witterungsbedingt einen Rückgang von 5,5 % auf 598 T€ vollziehen, verzeichnen wir bei den Dauerparkern erstmalig einen erfreulichen Umsatzgewinn von rund 7 %.

Personalbereich

Zum 31.12.2010 beschäftigten die Stadtwerke Remscheid GmbH 235 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit rechnerisch 3 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende um 2 vermindert und auf 228 Personen eingestellt. Im Konzern waren zum Bilanzstichtag insgesamt 538 und damit 1 Mitarbeiter mehr beschäftigt.

Zum Jahresende befanden sich 5 junge Menschen (8 i. Vj.) im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke in einem Ausbildungsverhältnis, im Konzern waren es 21 Auszubildende. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen, weil in diesem Bereich kein Ausbildungsberuf angeboten wird - einer Ausbildungsquote von fast 6 %.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die Personalkosten der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke Remscheid. Auf diese Kostengröße entfielen 10,8 Mio. € und damit etwa 0,2 Mio. € mehr als im Jahr 2009.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14.001 genügt, dessen Neu-Zertifizierung im Jahr 2010 erfolgt ist. Der EWR wird mit dem Zertifikat einer unabhängigen Gutachterorganisation bescheinigt, dass das Thema Umweltschutz ein wichtiger und gelebter Bestandteil der Organisation ist.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 11 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 3 mehr als im Jahr zuvor. Im Konzern verzeichneten wir mit 28 sowohl meldepflichtigen als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen eine Zunahme von 7 Unfällen gegenüber dem Vorjahr. Bei dieser Entwicklung werden wir verstärkt unser Augenmerk auf die Prävention richten.

Risiken und Chancen

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern sind zum Jahreswechsel 2010/2011 insgesamt 7 Risiken (6 i. Vj.) identifiziert und bewertet worden. Im Allgemeinen weisen die identifizierten Risiken nur eine sehr geringe Dynamik auf. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen. Von den identifizierten und bewerteten Risiken befinden sich zum Jahreswechsel sechs Risiken der EWR GmbH in der Risikoklasse C. Diese Klassifizierung hat im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenshöhe die geringste Bedeutung für unsere Unternehmen. Sowohl die Stadtwerke Remscheid GmbH als auch ihre Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt; insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken.

Ein die Stadtwerke Remscheid betreffendes Risiko ist von grundsätzlicher beihilferechtlicher Bedeutung. Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Das Verfahren ist derzeit noch anhängig. Das derzeitige VRR-Finanzierungssystem ist Gegenstand dieses Verfahrens.

Diese beihilferechtlichen Vorschriften zur öffentlichen Daseinsvorsorge und der derzeit geltende Rechtsrahmen der EU-Kommission für die Gewährung von staatlichen Ausgleichszahlungen berühren auch die von der H₂O GmbH zu erbringenden Dienstleistungen. Die Bereitstellung von Beckenzeiten für Schul- und Vereinsschwimmen sowie ein Bäderbetrieb zu sozialverträglich gestaffelte Nutzerentgelte beinhalten in der Regel das geforderte gemeinwohlverpflichtende Element und gehören damit zu dessen Daseinsvorsorgeaufgaben. Ebenso ist die Park Service Remscheid GmbH aus sozialen, kulturellen und städtebaulichen Gründen, also zur Vermeidung der Stadtflucht von Gewerbebetrieben oder Angehörigen freier Berufe

sowie zum Schutz des Einzelhandels vor der Abwanderung der Innenstadtbewohner beispielsweise nicht in der Lage, kostendeckende Parkentgelte zu erheben.

Um sicherzustellen, dass die von den Stadtwerken Remscheid jeweils vorzunehmenden und damit von der Stadt Remscheid getragenen jährlichen Verlustausgleiche im Einklang mit dem EU-Beihilferecht stehen, bedarf es noch sogenannter Betrauungsakte, die damit verbunden auch Rückgewährsverpflichtungen vermeiden. Diese Betrauungsakte werden derzeit von der Gesellschaft vorbereitet.

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den Stadtwerken und im Konzern. In den Bereichen des Verkehrsbetriebes halten unsere Restrukturierungsbemühungen mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an. Die Modernisierung unseres dynamischen Fahrgastinformationssystems und konsequente Ersatzbeschaffungen für unsere Fahrzeugflotte helfen, die Attraktivität des ÖPNV in Remscheid zu steigern. Mit der Beteiligung der Stadtwerke an KOM9 und somit an der Thüga AG wird durch die generierten Beteiligungserträge nicht nur die Ertragskraft der Gesellschaft stabilisiert. Insbesondere lassen sich Vorteile für die EWR aus dem Thüga-Netzwerk - beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Technik - heben. Mit der angestrebten Beteiligung der EWR an der Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft sehen wir neben dem bestehenden Engagement bei GREEN GECCO ein weiteres Standbein im Segment der regenerativen Energieerzeugung. Damit positioniert sich die EWR im Markt immer stärker als regionales Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmen.

Bei der Tochtergesellschaft PSR wird verstärkt der Fokus auf die Kundengruppe der Dauerparker gelegt. Weitere Akquisitionsaktivitäten beim Einzelhandel und in der Innenstadt sowie Werbeaktionen mit allen Dauerparkerkunden unterstützen diese Anstrengungen und haben - begünstigt durch die extremen winterlichen Verhältnisse - zu hoffnungsvollen Zuwächsen geführt. Die anhaltend hohe Attraktivität der Einrichtungen der H₂O GmbH, die Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen, wurden wieder honoriert: Unsere Saunalandschaft konnte sich im Ranking erneut verbessern und nimmt nunmehr Platz 4 der führenden und schönsten Saunaanlagen in Europa ein. Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland, mit der ausgewiesenen Attraktivität unserer Einrichtungen, die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Investitionen

Im Jahr 2010 wurden bei den Stadtwerken etwa 2,8 Mio. € (2,2 Mio. € i. Vj.) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert, die ausschließlich auf den Verkehrsbetrieb - mit 1,9 Mio. € auf Ersatzfahrzeuge für die Personenbeförderung - entfallen.

Im Konzern wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt etwa 8,2 Mio. € - im Vorjahr ca. 6,1 Mio. € - für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen verausgabt. Hiervon entfielen ca. 34 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere knapp 63 % auf die EWR und gut 2 % auf die H₂O GmbH. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. In den Bereich der Finanzanlagen wurden weitere 1,4 Mio. € für die Beteiligung der EWR an GREEN GECCO investiert.

Ausblick

Das tiefe Konjunkturtal scheint für die Bergische Wirtschaft Geschichte zu sein. Die IHK-Wirtschaftsdaten belegen eindrucksvoll diese Einschätzung. Die Remscheider Unternehmen konnten allerdings noch nicht mit den teilweise 2-stelligen Zuwachsraten der Nachbarstädte auftrumpfen. Insofern besteht eine gewisse Zurückhaltung unserer Tochter EWR in der Prognose der Energieabsatzdaten.

Im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke liegt die Anzahl der zahlenden Fahrgäste in den ersten vier Monaten 2011 mit rund 5,8 Mio. annähernd auf dem Niveau des Planansatzes und dem Ist-Wert des Vorjahres. Die Betriebserträge im ÖPNV bewegen sich über unseren Erwartungen und überschreiten die Werte der vergleichbaren Vorjahresperiode. Die anhaltend hohen Treibstoffkosten werden allerdings bereits jetzt schon erkennbar die Ergebnissituation im Verkehrsbetrieb außerordentlich belasten.

Dass die Haushalte zunehmend wieder mehr bereit sind, verfügbares Einkommen in Freizeitaktivitäten zu investieren, zeigt ebenfalls die Entwicklung der Gästezahlen im Sauna- und Badeparadies der H₂O GmbH. Sowohl unsere Prognoserechnung als auch die korrespondierenden Vorjahreswerte werden im ersten Terial 2011 übertroffen. Nach wie vor befindet sich das Parkierungsgeschäft der PSR in einem strukturell schwierigen Umfeld. Die Erlösentwicklung zum Jahresende - rückläufige Zahlen bei den Kurzparkern und Zuwachs im Dauerparksegment - zeigt sich auch im bisherigen Verlauf des Jahres 2011. Insgesamt bewegt sich der Umsatz leicht unter dem erwarteten Niveau.

Die winterlichen Verhältnisse sowie die wirtschaftliche Lage der industriellen Kunden konnten insgesamt den Gas- und Wärmeabsatz in den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres der EWR gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres nicht beflügeln. Im Strombereich liegt der Absatz in etwa auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Die gelieferten Wassermengen zeigen aufgrund der relativen Trockenheit eine erfreuliche Entwicklung und übertreffen für diesen Zeitabschnitt die Erwartungen der Gesellschaft. Insgesamt gesehen können die ersten vier Monate des Jahres 2011 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochterunternehmen geben.

Durch den Erfolg des „Modells“ Thüga AG fühlen wir uns bestätigt, mit unserem Beteiligungsengagement am Kauf der Geschäftsanteile der Thüga AG und damit der Rekommunalisierung des größten deutschen Stadtwerke-Netzwerkes, einen richtigen Weg eingeschlagen zu haben, der zur Sicherung der Ertragskraft der Stadtwerke beiträgt. Sobald sich die Möglichkeit eröffnet, wollen wir unsere Anteile hieran aufstocken, die Gremienbeschlüsse hierzu liegen bereits vor. Darüber hinaus soll mit der anstehenden Beteiligung der EWR an der Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft der Einstieg in das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung weiter gefestigt und ausgebaut werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den ersten vier Monaten ein stabiles Fundament für das Geschäftsjahr 2011 der Stadtwerke und ihrer Tochtergesellschaften gelegt werden konnte, wenngleich in einzelnen Kundensegmenten der EWR noch nicht ganz die Erwartungen erfüllt sind. Dennoch ist der bisherige gesamtwirtschaftliche Geschäftsverlauf des Jahres 2011 im Konzern zufriedenstellend und lässt insgesamt auf eine planmäßige Entwicklung schließen. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Der Bilanzgewinn der Stadtwerke Remscheid bzw. Konzern war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einmalige Sondereffekte bei den Beteiligungserträgen geprägt. Für 2011 streben wir gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von 3,2 Mio. € und 3,0 Mio. €perspektivisch für das Jahr 2012 an.

Remscheid, 20.05.2011

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
Hochstraße 1-3
42853 Remscheid
Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196.656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
WRW Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH	1.089.480,00	0,83

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Sachkundiger Bürger
Rosmarie Stippekoehl, stellvertr. Vorsitzende	Ratsmitglied
Luigi Costanzo	Ratsmitglied
Gabriele Eschbach	
Georg Famulla	
Monika Hein	Bürgermeisterin
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied
Markus Kötter	Sachkundiger Bürger
Dipl. Betriebswirt Peter Krack	
Uwe Manthei	
Andreas Martin	
Jochen Seidel	
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Sven Wolf	Ratsmitglied

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Herr Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2010 T€ 951,4

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Dividende	75.728,21	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	1.206,39	1.206,39	1.206,39

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2008		2009		2010	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	22	7	22	5	22,5	4
Technischer Bereich	10	3	10	3	10	4
Gesamt	32	10	32	8	32,5	8
Auszubildende	2		3		2,5	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2008	2009	2010
Häuser	1.144	1.137	1.128
Wohnungen	6.526	6.541	6.511
Gewerbliche Einheiten	90	93	93
Garagen	471	471	479
Einstellplätze	1.321	1.343	1.376
gesamt jeweils per 31.12.	9.552	9.585	9.587

Grundbesitz -in qm-	2008	2009	2010
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	859.262	863.560	858.569
In Bebauung befindliche Grundstücke	6.005	0	1.647
Unbebaute Grundstücke	60.115	60.115	53.413
gesamt jeweils per 31.12.	925.382	923.675	913.629

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

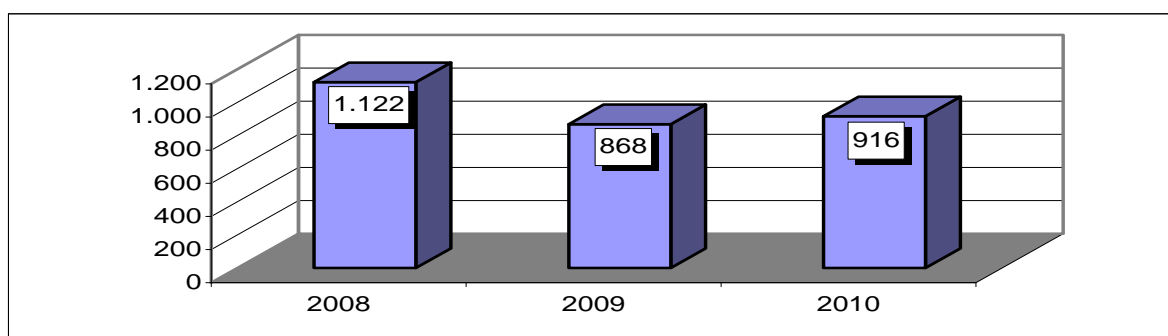
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	23	0,01	20	0,01	42	0,02
Sachanlagen	178.968	89,13	182.405	89,88	185.041	89,19
Finanzanlagen	8	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	178.999	89,15	182.425	89,89	185.083	89,21
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	10.751	5,35	10.334	5,09	10.250	4,94
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	490	0,24	764	0,38	1.232	0,59
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	10.436	5,20	9.297	4,58	10.810	5,21
Umlaufvermögen	21.677	10,80	20.395	10,05	22.292	10,74
Rechnungsabgrenzungsposten	119	0,06	115	0,06	95	0,05
Aktiva	200.795	100,00	202.935	100,00	207.470	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,76	3.525	1,74	3.525	1,70
Kapitalrücklage	826	0,41	826	0,41	826	0,40
Gewinnrücklagen	35.627	17,74	36.444	17,96	37.157	17,91
Jahresüberschuss(+)	1.122	0,56	868	0,43	916	0,44
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-561	-0,28	-434	-0,21	-458	-0,22
Eigenkapital	40.539	20,19	41.229	20,32	41.966	20,23
Rückstellungen	1.597	0,80	1.535	0,76	1.622	0,78
Verbindlichkeiten	158.659	79,02	160.171	78,93	163.882	78,99
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	200.795	100,00	202.935	100,00	207.470	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

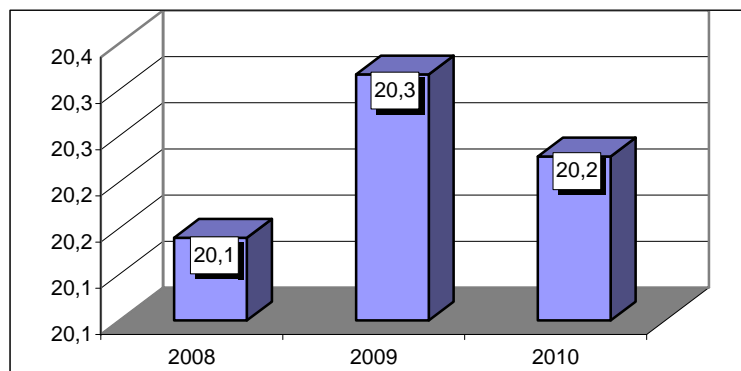
Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	31.890	34.163	33.071
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.037	-438	-58
Andere aktivierte Eigenleistungen	411	364	488
Sonstige betriebliche Erträge	2.097	734	1.320
Erträge aus Beteiligungen	1	0	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	290	170	84
Erträge	36.726	34.993	34.905
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	20.176	18.878	18.762
Personalaufwand	2.561	2.632	2.540
Abschreibungen	5.707	5.395	5.529
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.169	1.196	1.014
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.944	4.987	5.090
Aufwendungen	34.557	33.088	32.935
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.169	1.905	1.970
Steuern vom Einkommen und Ertrag	81	81	85
Sonstige Steuern	966	956	969
Jahresüberschuss (+)	1.122	868	916
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	561	434	458
Bilanzgewinn	561	434	458

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.122	868	916

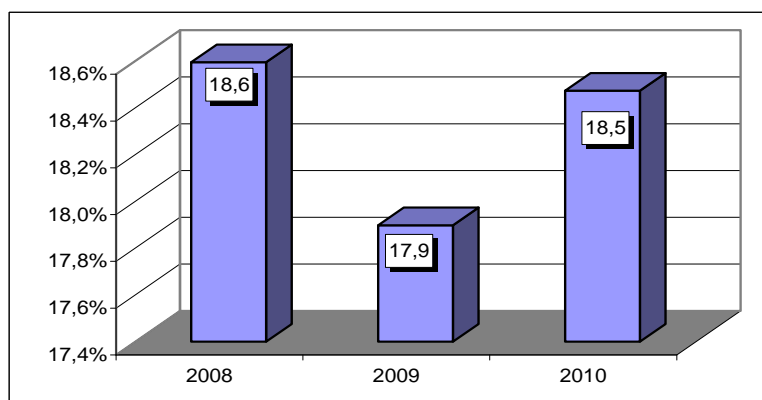
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	40.439	41.229	41.966
Bilanzsumme	200.795	202.935	207.470
% EK	20,1	20,3	20,2



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1.122	868	919
Abschreibungen	5.707	5.395	5.529
	6829	6263	6448
Gesamterträge	36.726	34.993	34.905
Cash-Flow	18,6%	17,9%	18,5%



Lagebericht 2010

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Nach der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage in den Jahren 2007 bis 2009 mit einer der stärksten Wirtschaftsrezessionen der Nachkriegszeit setzte Ende 2009 eine kräftige Erholung des Welthandels ein. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte im Oktober 2010 für das selbe Jahr einen Anstieg des weltweiten Bruttoinlandproduktes von 4,8 Prozent. Ohne staatliche Konjunkturprogramme und die Stützung von Geschäftsbanken mit öffentlichen Geldern wäre dieser dynamische Anstieg nicht denkbar gewesen.

Dies hat seinen Preis, denn durch die hohe Verschuldung trat in einigen Ländern des Euroraumes ein erhebliches Insolvenzrisiko auf, das die Kreditwürdigkeit dieser Nationen bis heute schmälert und zu drastischen Ausgabenkürzungen im Staatshaushalt und

Steuererhöhungen führte, was sich zukünftig nachteilig auch auf den deutschen Export auswirken könnte.

Doch zunächst bewirkte der spürbare Anstieg der Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern eine deutliche Konjunkturbelebung, zu der des Weiteren auch die gestiegene Vergabe von Ausrüstungs- und Bauaufträgen beitrug. Die positive Stimmung in den privaten Haushalten und deren Kaufverhalten begünstigten diese Entwicklung.

Auf die schwierige Phase der Rezession folgte mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 3,6 Prozent das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung in Deutschland.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitierte von dieser Konjunktorentwicklung und zeigte sich im Berichtsjahr im internationalen Vergleich als äußerst robust. Die Zahl der Arbeitslosen sank erstmalig seit zwei Jahren wieder unter die Marke von drei Millionen, während die Zahl der Erwerbstätigen mit 40,4 Millionen einen Höchststand erreichte.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland wird sich im Jahr 2011 nach Auffassung der Bundesregierung zwar auf 2,3 Prozent verlangsamen, doch sieht sie insgesamt gute Voraussetzungen für die Fortsetzung einer globalen Konjunkturerholung, die einen weiterhin florierenden Außenhandel erwarten lässt. Auch die anziehende Binnennachfrage hat der deutschen Industrie einen guten Jahresauftakt beschert.

Verstärkte Auftragseingänge sowohl im produzierenden Gewerbe wie auch im Dienstleistungssektor werden nach Einschätzung von Experten den Arbeitsmarkt beleben. In Verbindung mit einem guten konjunkturellen Umfeld und der Aussicht auf spürbare Lohnerhöhungen wird sich dabei der positive Wachstumstrend des privaten Konsums verstetigen.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wie das Statistische Bundesamt Deutschland mitteilte, sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 1,1 Prozent gestiegen. Damit spielten die Bauinvestitionen eine tragende Rolle im Erholungsprozess der Gesamtwirtschaft im Bundesgebiet. Besonders hervorzuheben ist der positive Trend bei der Nachfrage von Leistungen in der Sparte Hochbau. Dies gilt jedoch nicht für den gewerblichen Hochbau, der um 1,0 Prozent sank. Umso erfreulicher waren die Wachstumsimpulse des öffentlichen Hochbaus mit einem preisbereinigten Anstieg von 12,6 Prozent und die Aufwärtsbewegung um 4,4 Prozent bei den Wohnungsbauinvestitionen.

Die Erholung im Wohnungsbausektor ist zum einen auf die von der Bundesregierung geförderte energetische Gebäudesanierung zurückzuführen und zum anderen auf den spürbaren Anstieg der Baugenehmigungen. Der öffentliche Hochbau profitierte im besonderen Maße von den Finanzhilfen des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung vom 12. Januar 2009. Während sich der positive Trend bei den Wohnungsneubau- und Bestandsinvestitionen in 2011 fortzusetzen scheint, rechnet man im öffentlichen Sektor mit einem Rückgang des Bauvolumens.

Die Zahl der Beschäftigten in Betrieben des Bauhauptgewerbes stieg im Jahresverlauf 2010 um 1,6 Prozent auf 716.000 an.

Zum zweiten Mal in Folge wurden mehr Wohnungsbaugenehmigungen als im Vorjahr erteilt. Nach den einschneidenden Rückgängen in den Jahren 2007 und 2008 wurde im Berichtsjahr der Bau von rd. 187.700 Wohnungen genehmigt, das entspricht einer Zunahme von 5,5 Prozent zum Vorjahr. Die Genehmigungszahl liegt jedoch nach wie vor auf niedrigem Niveau und damit nach Aussage des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung an der unteren Grenze des prognostizierten jährlichen Neubaubedarfs bis 2025.

Bei zunehmender Ausdifferenzierung der Wohnungsmärkte ist feststellbar, dass vorrangig in Wachstumsregionen verstärkter Wohnungsneubau erfolgt und auch zukünftig zu erwarten ist. In prosperierenden Großstädten und Ballungszentren trifft man auf eine stabile Nachfrage und

steigende Mieten, während man in strukturschwachen Gebieten das Problem des Wohnungsüberhangs lösen muss und nur geringen Raum für Mieterhöhungen vorfindet. Neben der allgemeinen Konjunktur und der demographischen Entwicklung prägen regionale Einflussfaktoren die Rahmenbedingungen, die sich im Nachfrageverhalten widerspiegeln. Der Wohnungsmarkt in der Region Bergisches Land war im letzten Jahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet. Bestandsinvestitionen mit dem Ziel des Klimaschutzes und der Energieeinsparung haben aufgrund dessen vielerorts den Neubau verdrängt. Je nach Region haben sich die Nettokaltmieten in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr sehr unterschiedlich entwickelt. In Ostdeutschland, im Norden und in Nordrhein-Westfalen fielen die Steigerungen mit bis zu 0,4 Prozent recht moderat aus, wogegen in Baden-Württemberg und in Bayern um bis zu 1,8 höhere Mietpreise gezahlt werden mussten. Im Bundesdurchschnitt wurden die Mieterhaushalte mit knapp einem Prozent mehr belastet.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 916,8. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsbewirtschaftung

Am 31.12.2010 verfügte das Unternehmen über 1.128 Häuser mit 6.511 Wohneinheiten, 93 gewerbliche Immobilien sowie 512 Garagen/Stellplätze und 1.343 Stellplätze in Sammelgaragen auf einem Grundbesitz von 914.059 qm.

Die Immobilien, die eine Wohn- und Nutzfläche von insgesamt 442.830 qm haben, befinden sich zu 87 Prozent in Remscheid und der verbleibende Teil in den Städten Radevormwald, Wermelskirchen, Burscheid, Leverkusen und Erkrath-Hochdahl.

Im Berichtsjahr fanden 686 Mieterwechsel (Vorjahr: 689) statt, das entspricht einer Fluktuationsquote von 10,5 % bezogen auf die Jahresdurchschnittszahl der Wohnungen. Die Erlösausfälle sind auf T€ 3.408 gestiegen, das entspricht 9,7 Prozent der Sollmieten und Umlagen.

Die durchschnittliche monatliche Kaltmiete stieg im Vergleich zum Vorjahr um €0,08 auf € 4,69 je qm Wohn- und Nutzfläche.

Ankauf und Verkäufe des Anlagevermögens

Zur Neuerrichtung einer innerstädtischen Wohnanlage ist ein am eigenen Grundstück angrenzendes bebauteres Areal mit einer Fläche von 416 qm erworben worden und im Berichtsjahr ins Eigentum übergegangen.

Aus dem Bestand wurden im Berichtsjahr 5 Häuser mit insgesamt 8 Wohneinheiten und ein als Kindertageseinrichtung genutztes Gebäude veräußert.

Ein als Grünlandfläche ausgewiesenes Grundstück ohne Buchwert wurde zu einem Kaufpreis von T€32 verkauft.

Insgesamt ergaben sich Buchgewinne von T€508.

Bestandserhaltung sowie Einzelmodernisierungen

Für Instandhaltungsmaßnahmen und Einzelmodernisierungen wurden zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen T€ 8.533 aufgewandt. Das entspricht € 19,27 (Vorjahr: €18,42) je qm Wohn- und Nutzfläche.

Neubautätigkeit und Modernisierungen

In nachgefragter Innenstadtlage wurde im Geschäftsjahr 2010 nach Abriss der nicht mehr zeitgemäßen Wohnbebauung mit der Errichtung von 29 Mietwohnungen und 26 Tiefgaragenstellplätzen begonnen. In direkter Nähe plant die Gesellschaft den Bau einer

weiteren Wohnanlage, die 29 Einheiten und 18 Tiefgaragenstellplätzen umfassen wird. Insgesamt sind für beide Projekte Investitionen in Höhe von T€8.463 kalkuliert.

Aufgrund gezielter Nachfrage nach größeren Wohnungen in einem Quartier konnten durch Zusammenlegung mehrerer Einheiten Maisonettes geschaffen werden. In 3 Häusern mit 18 Wohnungen wurde mit einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 666 mit umfassenden Modernisierungsmaßnahmen begonnen. Weitere 2 Häuser mit 8 Einheiten und T€ 481 kalkulierten Kosten befinden sich in der Planung.

Die Gesellschaft hat ihr mehrjähriges Sonderprogramm zur energetischen Komplettsanierung im Berichtsjahr fortgeführt. In 33 Häusern mit 353 Wohnungen wurden die mit KfW- Mitteln geförderten CO₂- Gebäudesanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand von T€7.817 weitestgehend abgeschlossen. Im frühen Durchführungsstadium befanden sich 26 Häuser mit 118 Wohneinheiten und einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 2.673. Weitere den Energieverbrauch senkende und die Umwelt schonende Maßnahmen sind in 34 Häusern und 270 Einheiten mit T€6.522 kalkulierten Kosten geplant.

Wie in den Vorjahren wurden im Zuge von Mieterwechseln nach Wohnungskündigungen Einzelmodernisierungen zur besseren Vermietbarkeit durchgeführt. Für 185 Einheiten wurden insgesamt T€2.765 aufgewandt.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2010 für Dritte 559 Wohnungen, 27 Gewerbeeinheiten, 42 Garagenplätze und 2 Sammelgaragen mit 39 Stellplätzen.

Erschließungs- und Verkaufsmaßnahmen

Im September 2009 ist eine Verkaufsmaßnahme mit 8 barrierefreien Wohnungen und einer Tiefgarage bezugsfertig geworden, von denen 5 Einheiten in 2009 und zwei weitere Einheiten im Berichtsjahr veräußert wurden. Die Gesamtkosten werden sich auf T€ 1.491 belaufen, denen kalkulierte Verkaufspreise in Höhe von T€1.512 gegenüber stehen werden.

Die Gesellschaft verfügt im innerstädtischen Bereich über unbebaute und bebaute Grundstücke, deren Verwertung an der zukünftigen Nachfrage nach den verschiedenen Wohnformen ausgerichtet werden soll. Unter anderem ist in zentraler Lage auf einem freizumachenden Grundstück eine Wohnanlage mit 32 Doppelhäusern geplant.

Personalwesen

Am 31.12.2010 waren bei der Gesellschaft 36 Vollzeit- und 7 Teilzeitkräfte (davon jeweils 1 Arbeitsverhältnis ruhend), 2 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte tätig.

1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		<u>2010</u>	<u>2009</u>
Eigenkapitalquote	%	20,1	20,2
Eigenkapitalrentabilität	%	2,4	2,3
Cashflow	T€	6.232	6.238
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	4,69	4,61
Instandhaltungskosten	€/qm	18,51	17,82
Fluktuationsquote	%	10,5	10,5
Leerstandsquote	%	12,7	12,2
davon maßnahmenbedingt	%	3,6	3,2

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€49 erhöhter Jahresüberschuss von T€917 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€591, aus dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€42 und dem neutralen Ergebnis von T€369 abzüglich den Steuern vom Einkommen und Ertrag von T€85 zusammensetzt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€290 erzielt, dessen Reduzierung um T€414 hauptsächlich auf gestiegene Instandhaltungs- und Betriebskosten sowie Abschreibungen auf Sachanlagen, denen insbesondere nur erhöhte Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen gegenüberstehen, zurückzuführen ist.

Der mit - T€7 nahezu ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung und Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Der Gewinn im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen von T€22 wurde durch Auflösung der Rückstellung für Überschussanteile Dritter erzielt.

Das positive Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle von T€286 war insbesondere durch Erträge aus Teilschulderlass gemindert um Beratungsgebühren und Digitalisierungskosten des Immobilienbestandes geprägt.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verringerte sich aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und dem vermehrten Anfall von Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten um T€99 auf T€42.

Das neutrale Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um T€293 auf T€369. Im Wesentlichen was es durch um T€239 gestiegene Erträge aus Anlagenverkäufen geprägt.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um T€4 auf T€85.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2010 um T€4.536 auf T€207.471 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€185.083. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€9.212 ein Abschreibungsaufwand von T€5.529 und Abgänge durch Verkauf von T€1.025 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um T€302 auf T€543. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 89,2%.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich durch den Abgang von Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke infolge Veräußerung und im kurzfristigen Bereich durch die Zunahme unfertiger Leistungen aus Betriebs- und Heizkosten und den Zugang liquider Mittel sowie die Erhöhung von Forderungen im Saldo um T€1.576 auf T€21.845 gestiegen.

Das Eigenkapital hat sich um T€737 auf T€41.787 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,1 % (Vorjahr 20,2 %). Mit T€151.576 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern zusammensetzt, um T€2.837 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,1 % (Vorjahr 73,3 %). Die langfristige Dauerfinanzierung von insgesamt T€150.246 beträgt 72,5 % (Vorjahr 72,7 %) des Gesamtkapitals.

Erhaltene Anzahlungen für Verkaufsobjekte führen zu einem Ausweis von T€132 beim mittelfristigen Fremdkapital.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€830 auf T€13.976 erhöht und beträgt 6,7 % (Vorjahr 6,5 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo eine Überdeckung in Höhe von T€7.737, die zur Stichtagsliquidität in Höhe von T€7.500 zur Verfügung steht.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€6.232 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2011 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2010 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potenziell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

Der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeit werden auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen. Die andauernde Entspannung am Wohnungsmarkt wird sich trotz wohnraumreduzierender Maßnahmen der Gesellschaft fortsetzen. Mit einem signifikanten Anstieg der Leerstandszahlen wird aufgrund der Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms und zahlreicher Einzelmodernisierungsmaßnahmen bei Mieterwechsel nicht gerechnet.

4.3. Chancen der künftigen Entwicklung

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren vorantreiben und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4. Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen auch zukünftig einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen

Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, im 31. März 2011

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
gez. Vorstand

3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Gesellschafterversammlung:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Achim Burski		Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Dorothee Daun	ab 08.07.2010 Ratsmitglied	Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Dr. Kay Zerlin	bis 07.07.2010 Ratsmitglied	Stadt Solingen

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf €76.693,78 jährlich begrenzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.779.580,25	1.762.014,12	1.769.730,92

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Angestellte insgesamt	80,5	81	81

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Hauptkonzerte	20	18	20
davon in Remscheid	10	9	10
davon in Solingen	10	9	10
Sonderkonzerte	26	27	33
davon in Remscheid	13	14	20
davon in Solingen	13	13	13
Musiktheater	35	34	24
davon in Remscheid	19	17	12
davon in Solingen	16	17	12
Schulkonzerte	24	24	24
davon in Remscheid	11	11	11
davon in Solingen	13	13	13
Vermietungen	56	58	60
Gesamt	161	161	161
davon in Remscheid	53	51	53
davon in Solingen	52	52	48
davon bei Dritten	56	56	60

Schulmusiken (Dienste)	409	375	482
davon in Remscheid	211	242	308
davon in Solingen	198	133	174

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

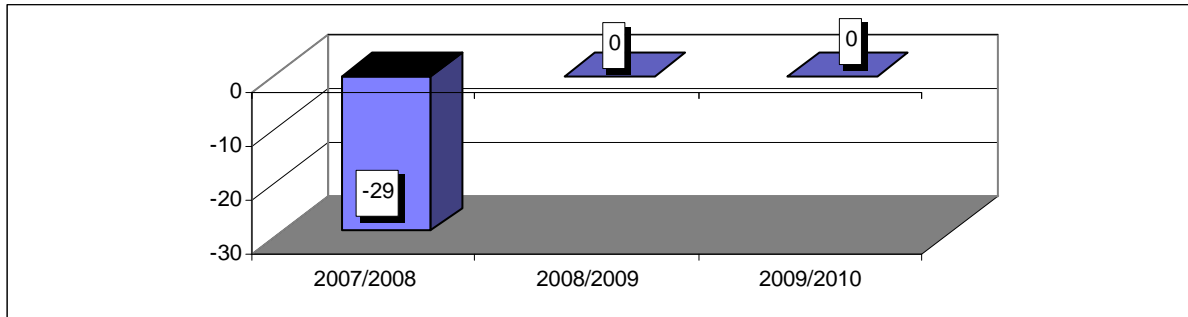
Jahr Bilanz-Position	2007/2008		2008/2009		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	0,96	3	0,48	2	0,58
Sachanlagen	74	17,70	70	11,11	100	29,24
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	78	18,66	73	11,59	102	29,82
Vorräte	1	0,24	1	0,16	1	0,29
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	329	78,71	540	85,71	215	62,87
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	0	0,00	7	1,11	13	3,80
Umlaufvermögen	330	78,95	548	86,98	229	66,96
Rechnungsabgrenzungsposten	10	2,39	9	1,43	11	3,22
Aktiva	418	100,00	630	100,00	342	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	6,22	26	4,13	26	7,60
Kapitalrücklage	30	7,18	30	4,76	30	8,77
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	29	6,94	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	-29	-6,94	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	56	13,40	56	8,89	56	16,37
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	276	66,03	397	63,02	181	52,92
Verbindlichkeiten	86	20,57	177	28,10	105	30,70
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	418	100,00	630	100,00	342	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr GuV-Position	2007/2008	2008/2009	2009/2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.021	1.023	1.034
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	505	520	561
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	2	2	0
Erträge	1.528	1.545	1.595
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	345	384	305
Personalaufwand	4.277	4.320	4.370
Abschreibungen	18	20	19
Sonstige betriebliche Aufwendungen	311	315	316
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	0
Aufwendungen	4.952	5.040	5.010
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.424	-3.495	-3.415
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-1	-2	0
Betriebskostenzuschuss	3.396	3.497	3.415
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-29	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

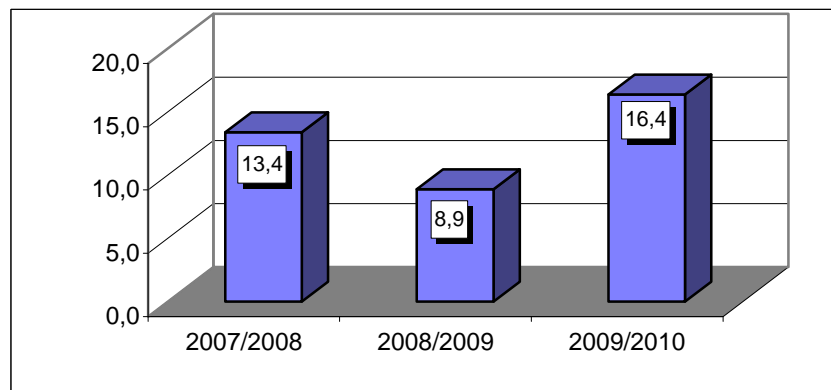
Jahr	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-29	0	0



Kennzahlen

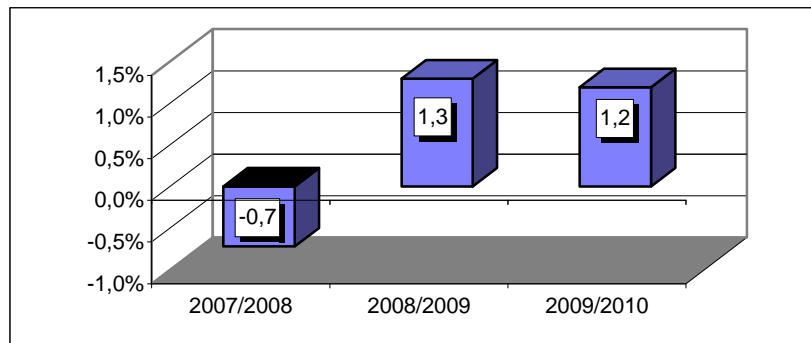
Eigenkapital-Quote

Jahr	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	56	56	56
Bilanzsumme	418	630	342
% EK	13,4	8,9	16,4



Cash-Flow

Jahr	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-29	0	0
Abschreibungen	18	20	19
	-11	20	19
Gesamterträge	1.528	1.545	1.595
Cash-Flow	-0,7%	1,3%	1,2%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009/2010

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Am 01. August 2009 begann mit dem Dienstantritt von Peter Kuhn eine neue Ära in der künstlerischen Leitung der Bergischen Symphoniker. Hierbei zeichneten sich für die neue Spielzeit zwei Schwerpunkte ab: die Doppelfunktion als Generalmusikdirektor (GMD) in Bielefeld und im Bergischen Land und das gegenseitige Kennenlernen.

Bald zeigte sich, dass die Doppelfunktion zwar eine große Belastung für Peter Kuhn, keineswegs aber ein grundsätzliches Problem darstellte. Nur ein einziges Mal war eine Veranstaltung "andeutungsweise" gefährdet. Quasi auf "die letzte Minute" gelang die Fahrt von Solingen nach Bielefeld.

Das Orchester folgte seinem neuen künstlerischen Leiter von Anfang an mit großer Offenheit und sehr viel Spielfreude. Diese Entwicklung wurde auch vom Publikum sehr schnell wahrgenommen. Ungeachtet der auch weiterhin großen Wertschätzung für Romely Pfund begeisterte der neue GMD auch sehr schnell das Konzertpublikum in Remscheid und Solingen. Die von ihm gewünschten und sicherlich notwendigen Änderungen werden erst im Laufe der nächsten Spielzeiten zum Tragen kommen. Hier bleibt die Resonanz der Besucher abzuwarten.

II. Darstellung der Lage

A. Vermögenslage

Die Bilanz zum 31.08.2010 weist eine Bilanzsumme von T€341,9 nach T€630,6 im Vorjahr aus. Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 29,8 % der Bilanzsumme nach 11,6 % im Vorjahr.

Die reduzierte Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Reduzierung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und ist stichtagsbedingt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 16,3 % nach 8,9 % im Vorjahr. Ursächlich für die Verbesserung der Quote ist die Reduzierung der Bilanzsumme.

Das kurzfristige Fremdkapital betrug im Berichtsjahr T€ 286,1 nach T€ 574,8. Die Reduzierung der Rückstellung (T€./ 216,3) ist hierbei ursächlich für den Rückgang.

Die Deutsche Orchestervereinigung und der Deutsche Bühnenverein haben mit Wirkung vom 30. Oktober 2009 einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Bestandteil der Verhandlungen war auch ein Einmalzahlungstarifvertrag, der die Ausgleichszahlung für die Jahre 2008 und 2009 regelte. Gleichzeitig waren hiermit die Ortszuschlagsklagen vor dem Bundesarbeitsgericht erledigt. Die in den letzten Geschäftsjahren gebildeten Rückstellungen waren für die sich ergebenden Nachzahlungen ausreichend. Dadurch ergibt sich im jetzigen Jahresabschluss eine deutliche reduzierte Rückstellungssumme.

B. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode betrug T€35 (Vj. T€./ 80). Der Cash Flow ist negativ und betrug T€197 (Vj. T€+141). Im laufenden Geschäftsjahr waren Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€127 (Vj. Mittelabfluss in Höhe von T€108) zu verzeichnen, während sich aus der Investitionstätigkeit ein Mittelabfluss in Höhe von T€12 (Vj. T€15) ergab.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets gegeben.

C. Ertragslage**Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2009/2010 beträgt 160 (Vorjahr 162) und belegt damit die Kontinuität in der Vermarktung des Orchesters und den gleichbleibenden Auslastungsgrad der Beschäftigten.

Die Überlassung des Proberaums „Am Bruch“ für Einstudierungen des Orchesters für wirtschaftlich Dritte führte zu einer Kostenerstattung von 14 T€, die in diesem Geschäftsjahr erwirtschaftet werden konnte. Durch zusätzliche Vermarktung konnten die Erträge bei wirtschaftlich Dritten entgegen der Wirtschaftsplanung um 57 T€ auf 330 T€ gesteigert werden.

Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Wirtschaftsplan um 110 T€ erklärt sich überwiegend durch die Auflösung nicht benötigter Rückstellung in Höhe von 65 T€ und Versicherungsentschädigungen in Höhe von 10 T€ (siehe hierzu auch 2. Quartalsbericht). Hinzu kommen noch Erträge aus dem Verkauf von nicht mehr benötigtem oder veraltetem Instrumentarium, hierunter auch zwei ca. 40 Jahre alte Harfen, in Höhe von 35,5 T€. Der letzte Ertrag wurde zur Anschaffung einer neuen Konzertharfe verwendet. Nach zusätzlicher Restaurierung der sog. "Abstecherharfe" können nunmehr wieder drei nahezu gleichwertige Instrumente eingesetzt werden.

Die Aufwendungen für die Gesellschafterstädte konnten nicht zuletzt durch das Engagement der beiden Orchesterfreundeskreise und die gesteigerten Werbeerträge unter den Planansätzen gehalten werden.

Die Verrechnung bezogener Leistungen für Dritte enthält auch die Durchführungskosten der Kammerkonzerte in Solingen. Diese wurden in der abgelaufenen Spielzeit einmalig durch die beiden rotarischen Freundeskreise mit 4.000,00 € unterstützt. Hinzu kamen 1.700,00 € Eintrittsgelder. Hierdurch war es möglich, den teilnehmenden Kammerensemblemitgliedern ein Honorar zu zahlen. In der laufenden Spielzeit haben sich die Ensembles bereit erklärt, nur für die Eintrittsgelder zu spielen. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Bereitschaft einmalig ist und diese Konzertreihe zukünftig komplett entfallen wird. Maßgeblich ist hieran sicherlich auch die Konkurrenz durch die Vielzahl ähnlicher Konzerte, z.B. im Museum Baden, der Trenkner Gesellschaft, dem Ohligser Musikverein. In Remscheid sind die Kammerkonzerte Bestandteil der Konzert-Abos und erfreuen sich daher eines wesentlich größeren Zuspruchs.

Die Zuwendungen des Landes NRW waren im Berichtsjahr um 14 T€ höher als im Vorjahr.

Personalkosten

Der restriktive Einsatz von Vakanzaushilfen, der relativ niedrige Krankenstand (Minderausgaben von zusammen 34 T€ gegenüber dem Planansatz), erneut späte Stellenwiederbesetzungen und eine Langzeiterkrankung im Bereich der Stimmführer führten zu einer Unterschreitung der Personalkosten in Höhe von insgesamt 134 T€ gegenüber dem Wirtschaftsplan. Das versetzte Freiwerden bzw. Wiederbesetzen von Planstellen zwischen den einzelnen Instrumentengruppen begünstigt diese Entwicklung. Sie ist aber nicht plan- und vorhersehbar.

Die Personalkosten beinhalten eine auf Empfehlung der Großen Tarifkommission des Deutschen Bühnenvereins angepasste Tarifsteigerung in Anlehnung an den Abschluss des TVöD zum 01.01.2010. Diese Verpflichtung ist in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten.

Sonstige betrieblichen Aufwendungen

Der Ansatz für Honorare wurde um 15 T€ unterschritten. Ursächlich war hierfür der Einsatz des Generalmusikdirektors, der fast alle großen Konzertproduktionen trotz der Doppelbelastung mit Bielefeld selbst dirigiert hat.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren um 6 T€ geringer als im Wirtschaftsplan vorgesehen. Neben den Reparaturkosten für Instrumente mussten Mittel für die Instandsetzung der unternehmenseigenen Einrichtungen nach dem Brand im Proberaum Am Bruch aufgebracht werden.

Betriebskostenzuschuss

Die Einsparungen im Bereich der Personalkosten, die unerwartet hohen sonstigen betrieblichen Erträge und die überplanmäßige Steigerung der Umsatzerlöse führen zu einer Unterschreitung des Betriebskostenzuschusses im Vergleich zum Erfolgsplan 2009/2010 um 322,2 T€ und entlasten erneut die städtischen Haushalte um jeweils rund 161 T€

Durch die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt 3.416 T€ beträgt das Jahresergebnis 0 T€

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Ähnlich wie in den Vorjahren besteht zwischen den beiden Tarifvertragsparteien wieder ein Mal Uneinigkeit über die Anwendung bzw. Übernahme von Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst. Derzeit ist es ein Streit über die Abschlussunterschiede zwischen TVöD und VBL. Wie der Direktor des Deutschen Bühnenvereins Rolf Bolwin auf dem Deutschen Orchestertag Anfang November berichtete, wird sich die Diskussion sicherlich bis zum Jahresbeginn 2011 hinziehen und dann um die Problematik eventueller Abschlüsse zum 01.01.2011 erweitern. Aus Sicht des Bühnenvereins erklärt sich die Vorgehensweise des Deutschen Orchestervereins aus der weiterhin bestehenden Uneinigkeit innerhalb der Orchestervertretung. Mit der Gewerkschaftsführung bereits geklärte Sachverhalte werden nachträglich durch die starke Einflussnahmemöglichkeit der Mitgliedervertretung widerrufen. Dabei verstärkt sich der Eindruck, dass hierbei nur die uneinsichtige Meinung der großen und in keiner Weise "bedrohten" Orchester zum Tragen kommt. Das wiederum führt zu nicht geringem Unmut in den kleinen Klangkörpern.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Fortbestand der Gesellschaft hängt maßgeblich von der zukünftigen Gewährung ausreichender Betriebsmittelzuschüsse durch die Gesellschafterstädte Solingen und Remscheid ab.

Wie bereits aus dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2009/2010 ersichtlich ist, sind die planbaren Erträge bei wirtschaftlich Dritten rückläufig. Auch wenn im Verlauf der Spielzeit

bisher eine meist positive Entwicklung zu verzeichnen war, sind die grundsätzlichen Aussichten eher negativ. Das Aalto-Theater in Essen wird aus Kostengründen die mit uns vorgesehene Produktion „Leonce und Lena“ mit dem eigenen Orchester aufführen müssen, obwohl bisher dort noch nicht geklärt werden konnte, wie dies dienstlich organisiert werden kann. Damit ist ein wichtiger Partner, zumindest vorerst, verloren. Es besteht seitens der Chefdisponentin aber die Zusage zu einer weiterhin grundsätzlich gewünschten Zusammenarbeit. An der Folkwanghochschule Essen wird in den nächsten Semestern keine Ausbildung im Fach Dirigieren erfolgen. Die Gespräche über andere Formen der Zusammenarbeit, ähnlich der Kooperation mit der Hochschule Köln, sind aber bereits vereinbart. Auch von dort gibt es eindeutige Signale zur Fortsetzung der seit über 10 Jahren bestehenden Ausbildungsarbeit. Ebenfalls rückläufig sind die Anfragen auswärtiger Chöre für Gemeinschaftsprojekte. Inwieweit die zu erwartenden Einnahmeausfälle durch die Akquisemaßnahmen kompensiert können, wird sich wiederum erst im Verlauf des jeweiligen Geschäftsjahres feststellen lassen.

Erfreulich sind die drei mit einem Solinger Chor in den Jahren 2010 – 2012 bereits vertraglich vereinbarten Produktionen. Eine weitere Anfrage eines gemischten Chores für 2011 liegt ebenfalls vor. Darin spiegelt sich zum einen eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung der Chöre, aber auch die Akzeptanz für das gemeinsame Orchester wider. Eine von den Gesellschaftern gewünschte und geforderte Aufgabe wird hiermit erfüllt.

Die erfolgreiche und von gegenseitigem Respekt erfüllte Zusammenarbeit mit dem Kölner MGV wird ebenfalls fortgesetzt. Auch das Divertissementchen 2012 ist bereits terminiert und geplant sowie der Vertragsabschluss noch im Frühjahr 2011 vorgesehen.

Unterstützt durch die Freundeskreise beider Städte erfolgt zukünftig eine noch stärkere Anbindung der Schulen in den Gesellschafterstädten an das Orchester. Angeregt durch die Vorstellungen des Generalmusikdirektors wird es Patenschaften der Musikerinnen und Musikern mit Schulklassen geben. Hinzu kommen Preview-Veranstaltungen zum Heranführen an die Philharmonischen Konzerte und Probenbesuche, bei denen die Gäste im Orchester sitzen.

Die zukünftige Entwicklung der Bergischen Symphoniker wird sicherlich in großem Maße von den für das Frühjahr 2011 erwarteten Vorschlägen aus dem sog. actori-Gutachten abhängig sein. Erstmals wurden alle Unternehmenszahlen, bis hin zu den Dienstnachweisen der einzelnen Orchestermitglieder, einem Personenkreis außerhalb der Gesellschafterversammlung bekanntgegeben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass ihre bisherigen Ausführungen hinsichtlich der Auslastung und der, soweit für ein Orchester möglich, Wirtschaftlichkeit und Effektivität durch das Gutachten bestätigt werden. Aufgrund der bisherigen Gespräche und Workshops ist davon auszugehen, dass den politischen Vertretern eine Vielzahl möglicher Alternativen mit ihren Vor- und Nachteilen zur Entscheidung vorgeschlagen wird. Die Festlegung auf nur eine Ideallösung ist sicherlich nicht möglich.

Solingen, den 30. November 2010

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding –Vorsitzende-	Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid
Edgar Mungen –stellv. Vorsitzender-	LEG
Susanne Hofmann	LEG
Franz Meiers	LEG
Andreas Röhrig	LEG
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied
Arndt Nowosatko	Ratsmitglied/SB
Bis zum 20.10.2010	
Hans Herbert Wilke	Ratsmitglied
Ab dem 16.12.2010	
Jürgen Kucharczyk	MbB/SB

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr StOVR Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf €100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Patronatserklärung gegenüber LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Kapitalerhöhung (Rücklage)	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich –

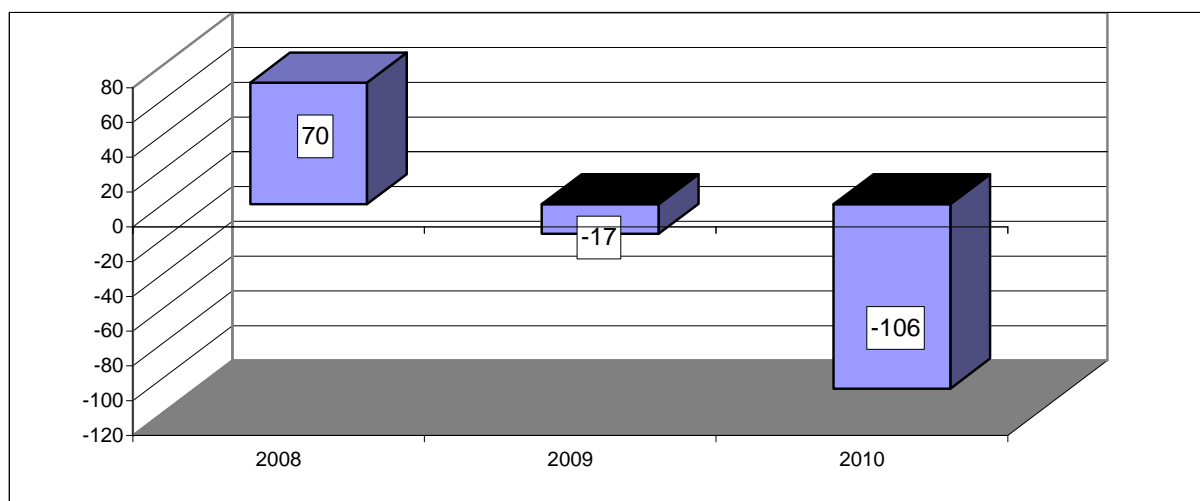
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aufwendung f. Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	498	33,45	691	50,88	825	87,12
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62	4,16	22	1,62	2	0,21
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	929	62,39	645	47,50	120	12,67
Umlaufvermögen	1.489	100,00	1.358	100,00	947	100,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	1.489	100,00	1.358	100,00	947	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	6,72	100	7,36	100	10,56
Kapitalrücklage	500	33,58	500	36,82	500	52,80
Neubewertungs-/Gewinnrücklage BilMoG	0	0,00	0	0,00	37	3,91
Verlustvortrag	-575	-38,62	-504	-37,11	-522	-55,12
Jahresüberschuss(+)	70	4,70	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	-17	-1,25	-106	-11,19
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	95	6,38	79	5,82	9	0,95
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	865	58,09	752	55,38	376	39,70
Verbindlichkeiten	529	35,53	527	38,81	562	59,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	1.489	100,00	1.358	100,00	947	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	458	3	0
Erh. Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	-321	193	134
Aktivierete Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	3	21	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	8	0
Erträge	161	225	134
Aufwendung für bezogene Leistungen	-139	200	116
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	202	20	97
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	22	27
Aufwendungen	91	242	240
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70	-17	-106
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	70	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	-17	-106

Entwicklung der Jahresergebnisse

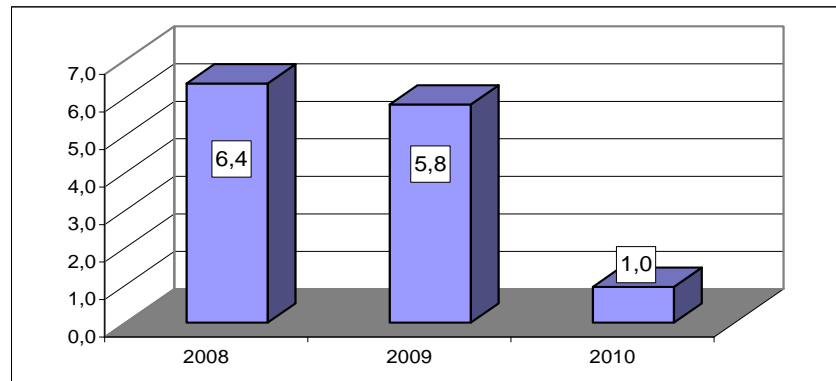
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	70	-17	-106



Kennzahlen

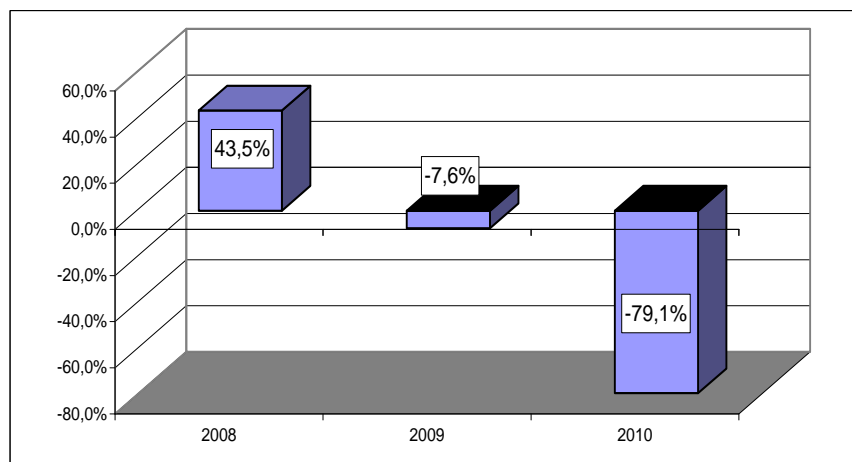
Eigenkapital-Quote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	95	79	9
Bilanzsumme	1.489	1.358	947
% EK	6,4	5,8	1,0



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	70	-17	-106
Abschreibungen	0	0	0
	70	-17	-106
Gesamterträge	161	225	134
Cash-Flow	43,5%	-7,6%	-79,1%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1. Geschäft und Rahmenbedingungen Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17.12.2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standorts Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH, eine 100% Tochter der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen, der Marktlage sowie der Volatilität der Development-Sparte fiel Anfang 2009 auf Seiten der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH die Entscheidung, den Bereich Development nicht mehr weiterzuführen. Die laufenden Projekte wurden und werden beendet bzw. veräußert. Auch Projektgesellschaften werden zwecks Weiterentwicklung an Investoren bzw. Projektentwickler veräußert. Neue Entwicklungen werden nicht mehr begonnen; bei begonnenen Projektentwicklungen wird ohne ausdrückliche vertragliche Verpflichtung keinerlei Investition mehr getätigt, d.h. hier handelt es sich i.d.R. nur noch um Erschließungsleistungen.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder bei der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung für die Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen und der abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

Die Maßnahme wird größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden kommunalen Eigenanteil an die PHR weiter.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes hat die Stadt Remscheid in 2010 die Erschließung des Geländes weitestgehend realisiert. Der Nordsteg als Verknüpfung des Bahnhofareals mit der Innenstadt wird voraussichtlich im Sommer 2011 fertig gestellt.

Das Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Freizeitzentrum der HBB als zentrales Investment auf dem Hauptbahnhofareal ist im Sommer 2009 fertig gestellt und eröffnet worden.

Die PHR hat in 2010 einen Verkaufsvertrag über ein weiteres Grundstück (für ein medizinisches Kompetenzzentrum – MKZ) abgeschlossen. Dem Käufer ist es im Jahr 2010 nicht gelungen, der vertraglich geschuldeten Einreichung des Antrages auf Baugenehmigung nach zu kommen.

Die PHR hat daraufhin im Februar 2011 den Rücktritt vom Kaufvertrag erklärt. Damit sind per Geschäftsjahresende rund 72% der vermarktbareren Flächen veräußert.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid.

Die Stadt Remscheid als kleinste der drei bergischen Großstädte ist durch eine eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet. Die in 2010 geführten Verhandlungen mit einer industrienahen Forschungs- und Entwicklungseinrichtung über eine Ansiedlung am Hauptbahnhof konnten nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Das Unternehmen hat sich für einen anderen Standort in Remscheid entschieden.

Daneben wurden für das Hauptbahnhofareal in 2010 – mit Ausnahme des MKZ – ausschließlich flächenintensive und nicht dem Standort entsprechende Flächen für Logistik, Lager sowie Hallen nachgefragt.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2010

Das Projekt wurde in 2010 fortgesetzt. Der Wert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 825 erhöht.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€410 auf rund T€947 vermindert. Die Verminderung betrifft insbesondere die Guthaben bei Kreditinstituten.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€35 auf rund T€562 vermindert. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresfehlbetrages auf T€9 vermindert.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von T€106 ab.

Der Jahresfehlbetrag resultiert im Wesentlichen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von T€522 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€627.

2.3 Finanzlage

Für die laufenden Aufwendungen der PHR, also das Projektmanagement und die Vermarktung, erfolgt im Berichtsjahr eine Finanzierung über Fördermittel sowie bei Bedarf über kurzfristige Kredite. Die Zahlungsfähigkeit der PHR war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 in die Kapitalrücklage eingezahlt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehn in Höhe von T€500 zur Verfügung gestellt (befristet bis zum 31.12.2012).

3. Nachtragsbericht

Die Gesellschaft ist im Februar 2011 vom Kaufvertrag zum Medizinischen Kompetenzzentrum zurückgetreten nachdem der Käufer die aus dem Kaufvertrag resultierenden aufschiebenden Bedingungen nicht bis Ende Januar 2011 erfüllen konnte. Somit steht nun wieder eine Fläche von ca. 1,2 ha zur Vermarktung an.

Der nicht wie geplant vereinnahmte Kaufpreis einhergehend mit den laufenden Ausgaben aus der fortgesetzten Investitionstätigkeit hat zu einer Verminderung der liquiden Mittel auf T€ 120 zum 31. Dezember 2010 geführt.

Um die Liquidität der Gesellschaft auch zukünftig sicher zu stellen wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

Der Gesellschafter LEG S Köln GmbH hat im Juni 2011 eine Rangrücktrittsvereinbarung zum vorgenannten Darlehen mit der Gesellschaft abgeschlossen. Zusätzlich ist der Gesellschaft im Juni 2011 durch die LEG S Köln GmbH ein weiteres Gesellschafterdarlehen über T€ 400, befristet bis zum 31.12.2012, zur Verfügung gestellt worden. Die Gesellschaft ist damit in die Lage versetzt, ihren finanziellen Verpflichtungen während der geplanten Liquidationsphase nachzukommen.

Soweit dies für die Sicherung der Liquidität der PHR notwendig ist, erklärte sich die LEG S Köln GmbH mit Schreiben vom 15. Juni 2011 bereit, Forderungen gegen die PHR aus der Erbringung von Projektmanagementleistungen bzw. weitere hieraus entstehende Forderungen gegen die PHR bis zum 31. Dezember 2012 zu stunden.

4. Risikobericht

Die PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert. Dadurch werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen zeitnah beobachtet und analysiert. Das bestehende Risikoüberwachungs- und Managementsystem ist an die Unternehmensstrukturen angepasst und ausgebaut.

Die LEG-Unternehmensgruppe hat ein Risikomanagement-System, bestehend aus Controlling, dem internen Kontrollsystem und Frühwarnsystem, aufgebaut. Im Rahmen des Controlling und Frühwarnsystems werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen beobachtet und analysiert.

In den entsprechenden einheitlichen Richtlinien sind potentielle Risiko- und Beobachtungsbereiche benannt sowie die Einbindung der Führungskräfte und Mitarbeiter festgelegt. Halbjährlich werden die bestehenden Risiken bewertet und die bestehenden Maßnahmen überprüft.

Die bedingt durch die Finanzmarktkrise grundsätzliche Verschärfung der Risikobewertung durch Banken bei der Kreditvergabe und Prolongation könnte Neugeschäfte beeinflussen. Das damit zusammenhängende Risiko der Kapitalkostensteigerung wird verstärkt beobachtet. Dazu dienen die vereinheitlichten Planungs- und Reportingsysteme einschließlich regelmäßiger Liquiditätsberichterstattung innerhalb der LEG-Gruppe.

Für das Unternehmen bestehen derzeit und auf absehbare Zeit keine existenzgefährdenden Risiken.

5. Prognose

Unter Berücksichtigung der Aufgabenteilung zwischen der Stadt Remscheid und der PHR wurden die Kosten und Erlöse des Projektes auch im Berichtsjahr laufend fortgeschrieben.

Für die durch die PHR zu verantwortenden Maßnahmen belaufen sich die voraussichtlichen Kosten nach Planungsstand März 2011 auf rund 12,3 Mio. EUR. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind mit etwa 4,6 Mio. EUR. kalkuliert, sonstige Erlöse mit rund 1,47 Mio. EUR. Daneben finanziert sich das von der PHR betreute Projekt insbesondere durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Geplant sind entsprechende Einnahmen in Höhe von rund 5,78 Mio. EUR. Aus dem StBauF-Programm liegen inzwischen 11 Bewilligungsbescheide vor. Erhalten hat die PHR bislang Fördermittel von rund 5,73 Mio. EUR. Die übrigen Fördermittel werden nach Einschätzung der Geschäftsführung bis zum Projektende noch bewilligt und ausgezahlt werden.

Da die Fördermittel in erheblichem Umfang mit Verpflichtungsermächtigungen versehen sind, ergibt sich Vorfinanzierungsbedarf durch die PHR.

Der Abschluss des Projektes ist für 2012 vorgesehen.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist weitestgehend erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Die Vermarktung der restlichen Grundstücke wird aufgrund der Nachfragesituation voraussichtlich noch einen mittelfristigen Zeitraum in Anspruch nehmen. Demgegenüber stehen die Festlegungen im Gesellschaftsvertrag, dass die PHR zunächst bis Ende 2011 vereinbart worden ist und die Vorgabe des Gesellschafters der LEG S Köln GmbH, die Projekte der Development-Sparte (und damit auch Remscheid-Hauptbahnhof) schnellstmöglich abzuschließen oder abzugeben. Daher besteht die Absicht, die noch im Eigentum der Gesellschafter befindlichen Grundstücke an die Stadt Remscheid zu veräußern. Die Stadt Remscheid ist grundsätzlich zu einer Übernahme bereit.

Risiken ergeben sich insbesondere aus Umsatzsteuerschäden, die bei einer Übernahme von Grundstücken durch die Stadt Remscheid entstehen und die möglicherweise nicht durch Fördermittel kompensiert werden können.

In 2011 wird gemeinsam mit der Stadt Remscheid eine Lösung gesucht werden, wie die PHR abgeschlossen und das Projekt erfolgreich beendet wird. Dazu ist der Stadt ein Verfahrensvorschlag zur Übernahme der Restgrundstücke und anschließender Liquidation der Gesellschaft unterbreitet worden.

Remscheid, 20. Juni 2011

gez. Werner Wirtz
Geschäftsführung

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter

	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Dietmar Klee als zweiter Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung wurde aufgrund eines Aufgabenwechsels innerhalb der Verwaltung mit Ratsbeschluss vom 08.07.2010 als Vertreter abberufen, zeitgleich wurde Herr Städtischer Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann als Vertreter für die verbleibende Dauer der 14. Wahlperiode des Rates benannt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Stammeinlage	0,00	0,00	0,00
Kapitalrücklage	0,00	0,00	35.000,00
Forderungsverzicht	45.000,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	VZK	VZK	VZK
eigene Beschäftigte	11,7	24,6	30,8
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	93,2	82,3	102,7

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2008	2009	2010
Pflegeplätze	204,0	204	206
Auslastungsgrad in %	97,9	96,8	97,4

Bilanzstruktur

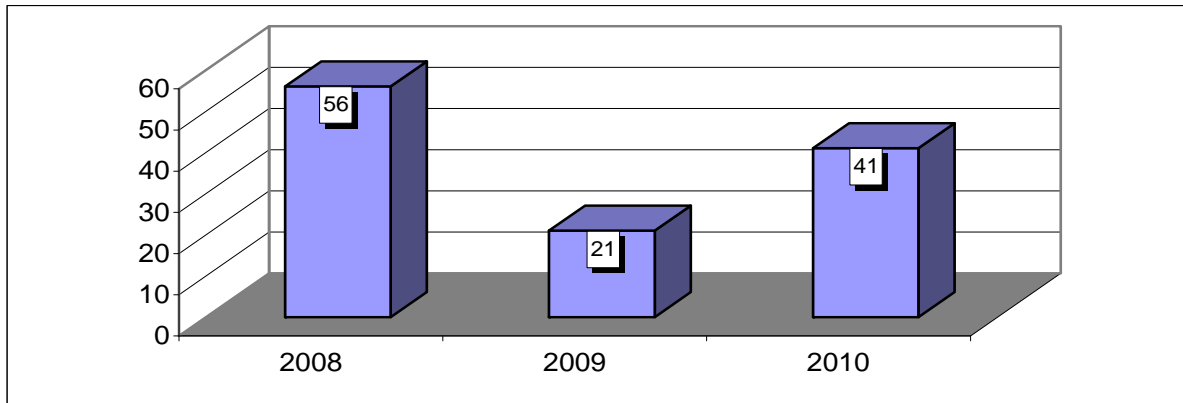
Jahr Bilanz-Position	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	62	11,15	98	9,38	96	7,57
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	62	11,15	98	9,38	96	7,57
Vorräte	17	3,06	16	1,53	12	0,95
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	384	69,06	417	39,90	598	47,16
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	91	16,37	512	49,00	561	44,24
Umlaufvermögen	492	88,49	945	90,43	1.171	92,35
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,36	2	0,19	1	0,08
Aktiva	556	100,00	1.045	100,00	1.268	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	4,50	25	2,39	25	1,97
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	70	5,52
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	-11	-1,98	45	4,31	66	5,21
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	56	10,07	21	2,01	41	3,23
Eigenkapital	70	12,59	91	8,71	202	15,93
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	65	11,69	96	9,19	142	11,20
Verbindlichkeiten	361	64,93	858	82,11	924	72,87
Rechnungsabgrenzungsposten	60	10,79	0	0,00	0	0,00
Passiva	556	100,00	1.045	100,00	1.268	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7036	7205	7776
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	180	166	93
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	12	1	3
Erträge	7228	7372	7872
Materialaufwand	5319	5034	5126
Personalaufwand	405	870	1195
Abschreibungen	8	12	16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1436	1431	1493
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	3	2
Aufwendungen	7171	7350	7832
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57	22	40
Sonstige Steuern	-1	-1	1
Jahresüberschuss (+)	56	21	41
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

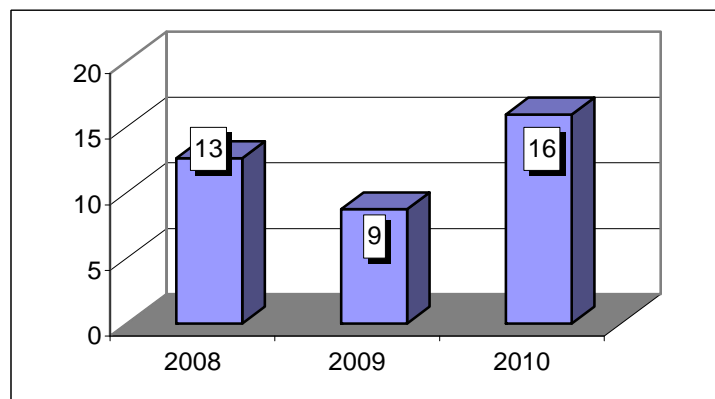
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	56	21	41



Kennzahlen

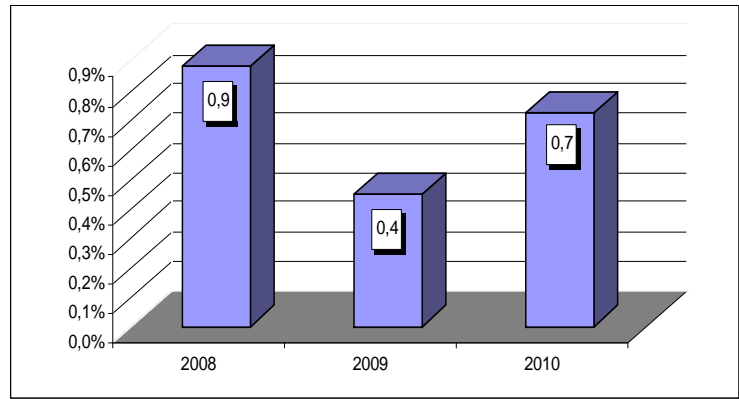
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	70	91	202
Bilanzsumme	556	1.045	1.268
% EK	13	9	16



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	56	21	41
Abschreibungen	8	12	16
	64	33	57
Gesamterträge	7.228	7.372	7.872
Cash-Flow	0,9%	0,4%	0,7%



3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

<u>Gesamt</u>	<u>153.100,00</u>	<u>100,00</u>
---------------	-------------------	---------------

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat (bis 12.09.2010)

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Volker Tillmanns	Sachkundiger Bürger
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Reinhard Berns	
Christian Klauer	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Jutta Feldbrügge	

Beirat (ab 13.09.2010)

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Michael Kleinbongartz	Ratsmitglied
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Thomas Brützel	Sachkundiger Bürger
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Armin Hoppmann	
Christian Klauer	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	40.000,00	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Arbeitnehmer/-innen	37	37	40

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

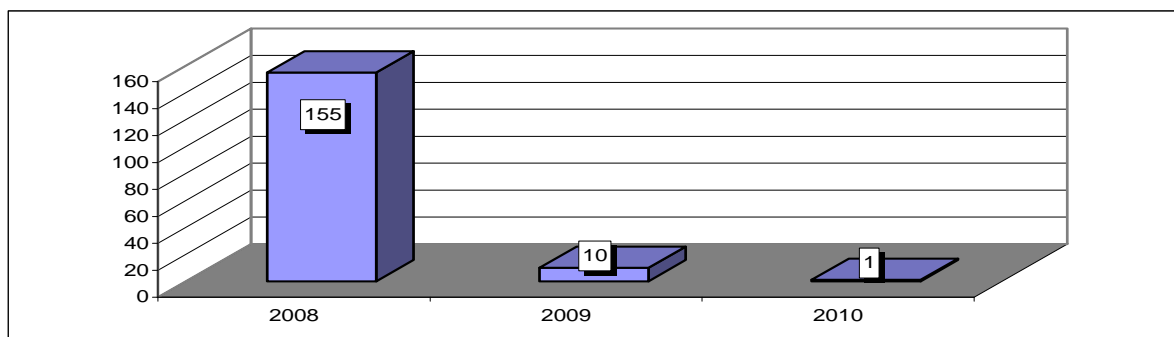
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	77	6,30	77	5,90	0	0,00
Sachanlagen	246	20,11	207	15,86	172	16,55
Anlagevermögen	246	20,11	207	15,86	172	16,55
Vorräte	2	0,16	7	0,54	1	0,10
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	208	17,01	196	15,02	281	27,05
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	681	55,68	800	61,30	577	55,53
Umlaufvermögen	891	72,85	1.003	76,86	859	82,68
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0,74	18	1,38	8	0,77
Aktiva	1.223	100,00	1.305	100,00	1.039	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	12,51	153	11,72	153	14,73
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	-77	-7,41
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	631	51,59	786	60,23	796	76,61
Jahresüberschuss (+)	155	12,67	10	0,77	1	0,10
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	939	76,78	949	72,72	873	84,02
Sonderposten für Investitionszuschüsse	64	5,23	42	3,22	27	2,60
Rückstellungen	89	7,28	143	10,96	97	9,34
Verbindlichkeiten	131	10,71	70	5,36	42	4,04
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	101	7,74	0	0,00
Passiva	1.223	100,00	1.305	100,00	1.039	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

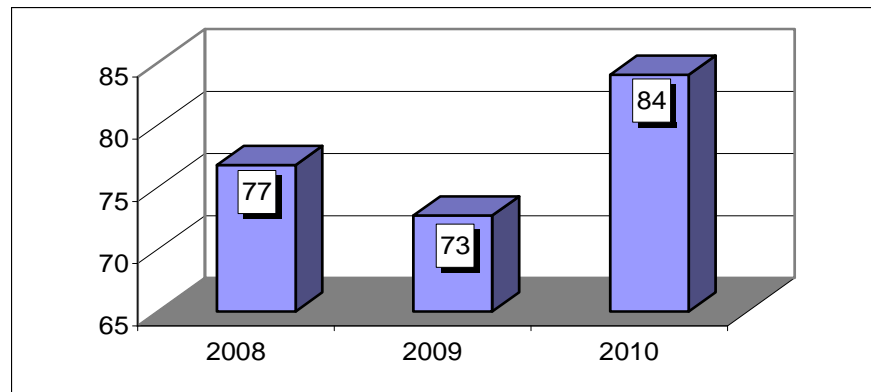
Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	750	719	1.014
Sonstige betriebliche Erträge	2.204	2.257	1.615
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	4	2
Erträge	2.970	2.980	2.631
Materialaufwand	79	60	56
Personalaufwand	2.058	2.006	1.771
Abschreibungen	58	68	70
Sonstige betriebliche Aufwendungen	615	830	727
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Aufwendungen	2.811	2.965	2.625
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	159	15	6
Außerordentliche Erträge	2	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	-2	0	
Sonstige Steuern	-4	-5	-5
Jahresüberschuss (+)	155	10	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	155	10	1

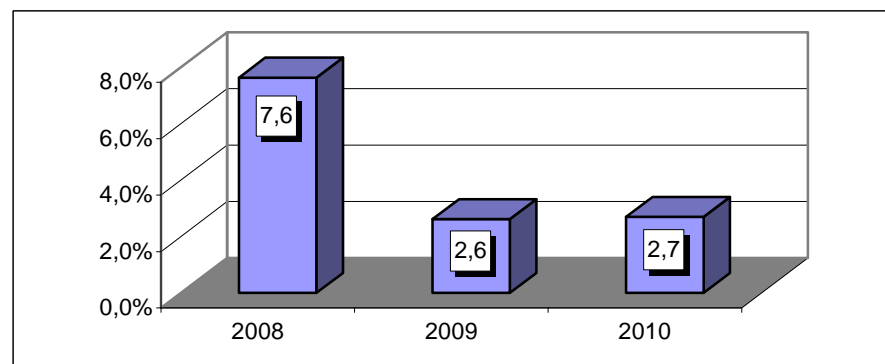
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	939	949	873
Bilanzsumme	1.223	1.305	1.039
% EK	77	73	84



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	155	10	1
Abschreibungen	58	68	70
	213	78	71
Gesamterträge	2.790	2.980	2.631
Cash-Flow	7,6%	2,6%	2,7%



Lagebericht 2010

Der vorliegende Bericht stellt die Lage der Gesellschaft aus Sicht der Geschäftsführung hinsichtlich fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Entwicklung dar. Der Lagebericht zielt darauf ab, ein realistisches Bild über die Geschäftsentwicklung im Wirtschaftsjahr 2010 darzustellen und eine Prognose über die zukünftige Entwicklung abzugeben.

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

1.1 Einleitung

Arbeit Remscheid gGmbH, Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, wurde im Jahr 1999 aus der Remscheider Arbeitslosenhilfe gegründet. Die übergeordnete Zielsetzung ist die soziale und berufliche Integration von arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen. Getragen wird Arbeit Remscheid gGmbH durch die

Gesellschafter Stadt Remscheid, Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises Lennep, Arbeitgeberverband für Remscheid und Umgebung e.V., Kreishandwerkerschaft Remscheid und Limes Qualifizierung GmbH.

Die Qualifizierungsprogramme von Arbeit Remscheid gGmbH sind maßgeblich den Rahmenbedingungen unterworfen, die sich aus den Ausschreibungen und Anforderungsprofilen für Maßnahmen, insbesondere durch die Agentur für Arbeit und die Arge Remscheid, ergeben. Insbesondere innovative Ansätze sind abhängig von der Auslobung verschiedener Projektförderungen durch Land, Bund oder EU.

1.2 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

Gesamtwirtschaftlich gesehen war für das Jahr 2010 die spürbare Überwindung der Wirtschaftskrise und eine daraus resultierende Verbesserung der Wirtschaftslage auch in Remscheid bezeichnend. Rein quantitativ ergab sich hieraus auch eine Entspannung der Arbeitsmarktlage mit einer höheren Nachfrage aus den Betrieben nach Arbeitskräften und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. So konnte im Verlaufe des Jahres die Arbeitslosenzahl in Remscheid von 6085 auf 5441 gesenkt werden (Reduzierung der Arbeitslosenquote von 10,2% auf 9,3%).

Charakteristisch und mit direkten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit von Arbeit Remscheid ist, dass die Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Bereich SGBIII (Reduzierung um 419 Personen auf 1566) ungleich höher war als im Bereich SGBII (Reduzierung um 225 auf 3875). Noch deutlicher macht dies die Betrachtung der Quote an Langzeitarbeitslosen. Hier war sogar eine Erhöhung um 284 auf 2570 Personen zu verzeichnen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der überwiegende Teil der Teilnehmer in den Maßnahmen von Arbeit Remscheid aus dem Rechtskreis des SGBII kommen und langzeitarbeitslos sind, ist einfach nachzuvollziehen, dass der wirtschaftliche Aufschwung am allerwenigsten auf Maßnahmeteilnehmer von Arbeit Remscheid durchgeschlagen ist.

Desweiteren kommt hinzu, dass sich die immer einseitigere und rigidere Ausschreibungs- und Zuschlagspraxis von Agentur und Jobcenter auf Maßnahmequalität und Maßnahmeträger auswirkt. Einerseits werden wenige Großmaßnahmen ausgeschrieben, die es für lokal und regional orientierte Anbieter immer schwerer machen, sich zu beteiligen. Dies liegt entweder an der Größe der Lose oder an der Größe des Einzugsgebietes. In diesem Jahr waren in diesem Kontext sowohl für Arbeit Remscheid als auch für die anderen lokal vernetzten Träger erhebliche Rückschläge einzustecken.

Hier handelt es sich nicht um einen Streit um die besten Konzepte, sondern um die billigsten Preise. Aus diesem Streit gehen lokal, regional und landesweit teilweise flächendeckend bis auf wenige Ausnahmen bundesweit agierende Träger als „Gewinner“ hervor, die z. B. in Remscheid bis zum Zuschlagzeitpunkt in keinster Weise verortet oder vernetzt waren. Deren „Preisgestaltung“ ist insbesondere dadurch möglich, dass dort absolute Billiglöhne gezahlt werden.

1.3 Organisationsstruktur

Das oberste Organ der Gesellschaft ist die Gesellschafterversammlung (§ 10 – 13 Gesellschaftervertrag), der der Geschäftsführer verantwortlich ist (§ 9 Gesellschaftervertrag). Flankiert wird Arbeit Remscheid gGmbH von einem Beirat (§ 14 Gesellschaftervertrag, der die Gesellschaft in allen Belangen berät und unterstützt.

Die Organisationsstruktur wurde im Laufe des Jahres 2010 grundlegend weiterentwickelt und den Anforderungen angepasst. Die Gesellschaft wurde gegliedert in vier Bereiche:

- Werkstätten (mit Möbellager, Schreinerei, Malerwerkstatt)
- Kaufhaus Remscheid
- Gemeinwohlarbeit (mit Remscheider City Service, Forst, Externe AGH)
- Vermittlungsorientierte / Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Diesen Bereichen sind sowohl die Zweckbetriebe als auch die Maßnahmen zugeordnet. Sämtliche Mitarbeiter des Bereiches bilden disziplinübergreifende Bereichsteams, denen jeweils eine Bereichsleitung vorsteht.

Als interne und externe Serviceinstanz fungiert der Arbeitsbereich Vermittlung mit dem Bewerbercenter, den Arbeitgeberkontakten und der Stellenakquise.

Direkt dem Geschäftsführer zugeordnet sind die Verwaltung sowie die Stabsstellen Projektentwicklung und Qualitätsmanagement. Die Vertretung des Geschäftsführers übernehmen zwei Bereichsleitungen, die zu gemeinschaftlich vertretungsberechtigten Prokuristen benannt worden sind.

Geschäftsführung und Bereichsleitungen bilden die Geschäftsführungskonferenz, in der die maßgeblichen strategischen und operativen Entscheidungen getroffen werden. In den Bereichen werden regelmäßige Bereichskonferenzen durchgeführt, in denen die organisatorischen, fachlichen und teilnehmerorientierten Fragen bearbeitet werden. Die Geschäftsführung wurde bei der Reorganisation unterstützt durch eine externe Unternehmensberatung. Interne und externe Fortbildungen sowie eine jährlich stattfindende Pädagogische Konferenz sorgen für kontinuierliche innovative Impulse. Bedarfsorientiert wird die fachliche Arbeit unterstützt durch externe Supervision. Weiteres wesentliches Führungsinstrument die Zielvereinbarungsgespräche. Im Diskurs zwischen jeweiligem Vorgesetzten und Mitarbeitenden werden Entwicklungsziele und Zeitrahmen zur Zielrealisierung definiert. Hierbei erfolgt auch die jährliche Fortbildungsplanung für jeden Mitarbeiter. Hiermit wird die Entwicklung der Mitarbeitenden im Blick auf Selbstverantwortung, Selbstüberprüfung und Kompetenzentwicklung gefördert. Gleichzeitig werden so auch die strategischen Unternehmensziele herunter gebrochen.

1.4 Qualifizierungsprogramme 2010

Das Geschäftsjahr 2010 stand einerseits für Kontinuität und Konsequenz in der Weise, dass die bewährten und erprobten Qualifizierungsprogramme der Vorjahre weitergeführt wurden. Zum anderen muss es auch als Jahr des Überganges gesehen werden, da notwendige Veränderungen vorzubereiten waren (keine Fortführung des Dritten Weges in der Berufsausbildung nach Abschluss der laufenden Maßnahme; Schließung des Gartenlandschaftsbaues in Ermangelung von Qualifizierungsmaßnahmen). Die Qualifizierungsbetriebe Schreinerei, Malerwerkstatt, Möbellager und Kaufhaus Remscheid bilden die Basis für die verschiedenen zielgruppenspezifischen Maßnahmen. So stellen sie die wesentlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote im Rahmen der Gemeinwohlarbeit von Arbeit Remscheid dar. Hinzu kommen hier die Bereiche Remscheider City Service und Forst. Arbeit Remscheid gGmbH konnte auch im Berichtsjahr das Qualitätssiegel Gemeinwohlarbeit erfolgreich verlängern und arbeitet im Qualitätsverbund Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kontinuierlich mit.

Auch die Berufsausbildung von mittlerweile 36 jungen Menschen in den Bereichen Fachkraft für Möbel-, Küchen-, Umzugsservice (14 Auszubildende) sowie im Einzelhandel/Verkauf (14 Auszubildende) fußt auf diesen Qualifizierungsbetrieben. Zu diesem Zielgruppenbereich gehören weiterhin die Aktivierungshilfen mit dem Schwerpunkt Holz/Farbe.

In der beruflichen Weiterbildung konnte die weiterhin sehr erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahme zur „Betreuungskraft Demenz“ kontinuierlich durchgeführt werden. Die Qualifizierung zum EU-Krautfahrer wurde ebenfalls angeboten. Obwohl die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt deutlich anzog, wurden durch die Arbeitsverwaltung Bildungsgutscheine nur begrenzt ausgestellt.

Wichtige Grundlage für den Weiterbildungsbereich ist die Zertifizierung von Arbeit Remscheid nach DIN EN ISO 9001:2008 und Anerkennung nach AZWV gem. § 84 SGB III. Der Bereich der Beschäftigungsförderung und Vermittlung als Querschnittsaufgabe und durch spezielle Projekte spielte auch im Berichtszeitraum eine bedeutende Rolle.

Der Ansatz mit dem Entwicklungsprojekt der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung „Integrative Arbeit Remscheid“ wurde mit einer reduzierten Anzahl von Arbeitskräften weitergeführt.

Die vermittlungsorientierten Maßnahmen erwiesen sich im Geschäftsjahr 2010 als diejenigen, die kontinuierlich ausgeschrieben wurden. Diese nach VOL ausgeschriebenene Maßnahmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Wesentlichen über Vermittlungspauschalen finanziert werden. Arbeit Remscheid konnte sich in diesem Bereich etablieren.

Besondere Aspekte in Kernbereichen:

- Gemeinwohlarbeit und Arbeitsgelegenheiten

Im Bereich der Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“) hält Arbeit Remscheid eine breite Beschäftigungs- und Qualifizierungspalette innerhalb der Stadt Remscheid vor. Maßgebliche Einsatzorte sind die Qualifizierungsbetriebe Möbellager, Kaufhaus Remscheid, Remscheider City Service und der Forstbereich. Darüber hinaus werden Einsatzstellen bei und für externe Kooperationspartner wie Kindertageseinrichtungen oder Schulen sowie im Freibad Eschbachtal bereitgestellt.

Für den Berichtszeitraum wurden die Stellen der Arbeitsgelegenheit in Remscheid durch die Arge nochmals drastisch reduziert. Für Arbeit Remscheid bedeutete dies einen Abbau von 31 Stellen in diesem Bereich, was über 20 % des Vorjahres ausmachte.

Als aktives Mitglied des Qualitätsverbundes Gemeinwohlarbeit im Paritätischen Wohlfahrtsverband verfolgt Arbeit Remscheid zwei Kernziele mit den Arbeitsgelegenheiten: die Heranführung und Integration des Einzelnen an bzw. in den Arbeitsmarkt und die Leistung von Gemeinwohlarbeit im öffentlichen Interesse. Hierbei ist zu konstatieren, dass ein nicht geringer Teil der in diesem Bereich zugewiesenen Personen wenig bis keine Chancen auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt hat. Für diesen Personenkreis steht die Beschaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und damit die dem Gemeinwohl nutzbringende Teilhabe am Arbeitsleben im Vordergrund.

- Qualifizierung und Ausbildung für Jugendliche/junge Erwachsene

Hierzu zählen insbesondere die Aktivierungshilfen sowie die Berufsausbildungsgänge im Rahmen des dritten Weges und im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung zum Verkäufer.

Arbeit Remscheid gGmbH beteiligt sich seit 2006 an dem Programm „3. Weg“ und bot im Berichtszeitraum noch 20 Jugendlichen aus Remscheid und der Region die Chance, den neuen Ausbildungsberuf der Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice zu erlernen. In Schreinerei und Möbellager von Arbeit Remscheid gGmbH finden seit 2009 die praktischen Zwischen- und Abschlussprüfungen für die IHK statt und der Ausbildungsbeauftragte ist Mitglied des Prüfungsausschusses. Die Ausbildung zur Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice im Rahmen des „3. Weg in der Berufsausbildung“ wird aus den Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Von den 11 Auszubildenden der ersten Kohorte traten acht im Februar bzw. Juli 2010 zur Abschlussprüfung an. Hiervon konnten sechs in der direkten Folge ihren Gesellenbrief entgegennehmen. Diese Erfolgsquote von 75 % kann noch dadurch verbessert werden, dass zwei Auszubildende in 2011 eine weitere und letzte Chance haben, die Prüfungen erfolgreich zu absolvieren.

Seit 2008 ist das Kaufhaus Remscheid Ausbildungsbetrieb für Auszubildende zum Verkäufer / zur Verkäuferin im Einzelhandel. Die Auszubildenden erhalten im Kaufhaus ergänzend zur fachlichen Ausbildung ebenfalls kontinuierliche

sozialpädagogische Betreuung sowie Stützunterricht. Die Ausbildungsmaßnahme wird finanziert durch die ARGE Remscheid.

Von den fünf Auszubildenden des ersten Jahrganges traten im Juli 2010 drei zur Abschlussprüfung an. Hiervon konnten zwei mit IHK-Abschluss verabschiedet werden. Der im ersten Anlauf nicht erfolgreiche Auszubildende kann mit den verbliebenen beiden erneut zur Prüfung Anfang 2011 antreten. Von den sechs Auszubildenden des zweiten Jahrganges konnte eine Person in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis im Einzelhandel vermittelt werden. Im August begann der dritte Jahrgang mit sechs Personen seine Ausbildung.

- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Diese zertifizierte Maßnahme „Betreuungskraft Demenz“ konnte Arbeit Remscheid seit Ende 2008 nachhaltig etablieren und durchführen. Im Berichtszeitraum wurden weitere vier Kurse in Teilzeit (im Auftrag der Arge jeweils vormittags, als Maßnahme über Bildungsgutschein jeweils nachmittags/abends) durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahmen spielt auch Vermittlung in Beschäftigungsverhältnisse eine wichtige Rolle.

Die Modulare Qualifizierung zum EU-Kraftfahrer wird seit 2007 fortlaufend angeboten. Neben den modularen Qualifizierungsangeboten zum Erwerb des Führerscheins und diverser Nachweise (u. a. Ladungssicherheit, Flurförderzeugführer, Ladekranbediener) waren individuelles Profiling und Coaching, Bewerbungstraining, EDV-Kurs und auch Praktikumsakquise, Vermittlung in Beschäftigung, Nachbetreuung Bestandteil der Maßnahme. Leider wurde in diesem Bereich die Ausstellung von Bildungsgutscheinen durch die Arbeitsverwaltung erheblich reduziert. Dies war insbesondere deshalb bedauerlich, weil im Berichtszeitraum alle Teilnehmer der Maßnahme in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden konnten.

- Ganzil – Ganzheitliche Integrationsmaßnahmen

Hierbei handelt es sich um eine Maßnahmengruppe nach § 46 SGB III mit sogenanntem ganzheitlichen Ansatz, die im Jahre 2010 im Rahmen der Arbeitsmarktstrategien von Arge und Agentur für Arbeit, und damit auch für den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger Arbeit Remscheid gGmbH, weiter an Bedeutung gewonnen hat. Die Heranführung der Teilnehmenden an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, die Vermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung sowie die Stabilisierung einer Beschäftigung durch Nachbetreuung sind hier Ausrichtung und Zielsetzung. Eingesetzt wird hier ein Methodenspektrum von Profiling und Stärken-/Schwächen-Analyse, Bewerbungstraining, sozialpädagogische Betreuung, lebens- und berufspraktische Qualifizierungsmodule und intensives Vermittlungsmanagement. Im Berichtszeitraum wurden bei Arbeit Remscheid fünf Ganzil-Maßnahmen durchgeführt (drei im Auftrag der Agentur für Arbeit, zwei im Auftrag der Arge).

Innerhalb einer auf zwei Jahre angelegten Maßnahme für die Arge Remscheid etabliert Arbeit Remscheid seit 2010 die Arbeitsmethode des Vermittlungs-Coachings. Hiermit beteiligt sich Arbeit Remscheid als eine von fünf Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen am Modellprojekt „Selbstvermittlungcoaching“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW.

1.5 Geschäftsführung, Personal –und Organisationsentwicklung

Wie bereits unter 1.2 ausführlich dargelegt wurde im Laufe des Berichtsjahres eine neue Organisationsstruktur entwickelt und umgesetzt. In einem halben Jahr wurde das komplexe Organigramm der Arbeit Remscheid neu durchstrukturiert, die Kommunikation in neue Bahnen gegossen, die Steuerungsinstrumente systematisiert und ziel- und fachbezogen neue Qualitätsstandards gesetzt. Die Strukturen und Abläufe sind klar definiert. Die Verschlanung und Verjüngung ist einerseits ein Ergebnis der Organisationsentwicklung und andererseits ein Ergebnis der neuen Führungsstruktur und Führungskultur. Arbeit Remscheid kann nun sehr viel schneller und offensiver mit den Marktveränderungen umgehen.

Das Ziel von Arbeit Remscheid ist eine verpflichtete Unternehmenspolitik, die sich den Aufträgen und Erwartungen der Shareholder, aber auch denen der Stakeholder stellt. Demnach berücksichtigt das Unternehmen gleichzeitig folgende Interessens- und Anspruchsgruppen:

- die Gesellschafter
- die zu fördernden Kunden / Teilnehmer
- die institutionellen Kunden, z. B. ARGE, Agentur für Arbeit
- die Privatkunden, die Waren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Arbeit Remscheid.

Hieraus ergibt sich zum einen eine gesellschaftliche, sozialräumliche Verantwortung gegenüber der Stadt Remscheid und den speziellen Bevölkerungsgruppen. Zum anderen hat Arbeit Remscheid auch eine Verantwortung allen Mitarbeitenden gegenüber, die sich in einem leistungswirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Konzept niederschlagen muss.

Arbeit Remscheid arbeitet zum Teil gemeinnützig, zum Teil aber auch gewerblich. Die MitarbeiterInnen und Führungskräfte der einzelnen Sparten und Betriebe von Arbeit Remscheid sollen stärker auf förderungsunabhängige Unternehmensziele, Strukturen und Prozesse vorbereitet werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine gezielte Stärken-Schwächen-Analyse wurde notwendig, um die Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern und aufgrund der noch nicht systematisch erhobenen Potenziale und Marktchancen neues Arbeitsplatzpotenzial zu identifizieren.

Die Stammebelegschaft blieb im Jahresschnitt weitgehend stabil. 38 Arbeitnehmern und 32 Auszubildenden im Januar 2010 standen im Dezember 39 Arbeitnehmer und 29 Auszubildende gegenüber. Der Jahresschnitt beträgt 40 Arbeitnehmer und 28 Auszubildende. Hinzu kommen im Jahresschnitt 7 Mitarbeitende, die nach der sog. Arbeitsgelegenheit als Entgeltvariante beschäftigt waren.

Im Blick auf die räumliche Ausstattung wurden die Standorte über das Jahr betrachtet stabil gehalten. Zum Jahresende wurde der Standort Großhülsberg mit Schließung des Gartenlandschaftsbaues aufgelöst.

Im ersten Quartal wurde ein dritter Raum mit EDV-Ausstattung (16 Plätze) geschaffen, im zweiten Quartal ein Sozial- und Pausenraum für Teilnehmer und zum Ende des Jahres ein Kiosk/Bistro, der ausgerichtet ist auf die Pausenversorgung von Teilnehmenden und Mitarbeitenden. Darüber hinaus wird er als Sozial- und Pausenraum für die Mitarbeiterschaft etabliert.

Im Mai wurde das große Rezertifizierungsaudit durchgeführt, das mit der Erteilung des Zertifikates nach DIN EN ISO 9001:2008 sowie der Anerkennung nach AZWV erfolgreich endete. Auch im Rahmen des Qualitätsverbundes Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erfolgte nach Audit im Oktober die erneute Zertifizierung, so dass Arbeit Remscheid gGmbH auch weiterhin das Gütesiegel der Gemeinwohlarbeit öffentlich verwenden darf. Alle qualitätsrelevanten Prozesse sind im Qualitätshandbuch erfasst und vereinheitlicht, um die Struktur- und Prozessqualität nachzuweisen. Auch der betriebliche

Arbeitsschutz ist in das Qualitätsmanagementsystem integriert und wird mit Hilfe eines externen Sicherheitsingenieurs und dem Betriebsarztzentrum Remscheid sichergestellt.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatzentwicklung im Vergleich mit den beiden Vorjahren

Durch Erhöhung der Umsatzerlöse bei Reduzierung des Wareneinkaufes konnte der Rohertrag in 2010 um mehr als 40 % gegenüber 2009 erhöht werden. Diese Entwicklung geht im Wesentlichen zurück auf die Ausweitung der Ganzil-Maßnahmen und die Erhöhung der Umsatzerlöse in den Bereichen Möbellager und Kaufhaus. Vergleicht man die Zahlen mit den Ergebnissen des Jahres 2008, so wurden seitdem die Umsatzerlöse um 78 % gesteigert und der Wareneinkauf um 29 % gesenkt, was einem Anstieg des Rohertrages von 95 % entspricht.

Bezeichnung	2010 in €	2009 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	1.014.260,09	719.087,01	295.173,08	41,05
Wareneinkauf	56.401,71	60.286,23	-3.884,52	-6,45
Rohertrag	957.858,38	658.800,78	299.057,60	45,39

2.2 Ertragsentwicklung Qualifizierungsprogramme/integrative Dienstleistungen

In diesem Bereich weist das Ergebnis 2010 Erlöse in Höhe von 1.604 T€ auf. Gegenüber 2009 bedeutet dies einen Rückgang um fast 29 %. Hierbei fielen insbesondere der Rückgang der Zuschüsse in den Bereichen Arbeitsgelegenheiten und 3. Weg in der Berufsausbildung ins Gewicht.

Bezeichnung	2010 in €	2009 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Erträge	1.603.639,58	2.257.305,53	-653.665,95	-28,96

Fasst man den Rohertrag aus Umsatzerlösen und Wareneinkauf sowie die Erträge aus den Qualifizierungsprogrammen und integrativen Dienstleistungen sowie aktivierten Eigenleistungen zusammen, dann betrug der betriebliche Rohertrag im Jahre 2010 insgesamt 2.573 T€, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 12% entspricht.

2.3 Kostenentwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Der reduzierten Ertragslage wurde im Berichtszeitraum durch die Absenkung der Personal- und Sachkosten um jeweils gut 11 % Rechnung getragen. So konnten bei den Personalkosten 235 T€ und bei den Sachkosten 100 T€ eingespart werden. Hiermit konnte die Reduzierung des Rohertrages annähernd kompensiert werden. Einsparungen bei den Personalkosten konnten insbesondere dadurch erzielt werden, dass beim Personalwechsel Vakanzphasen genutzt wurden und neue Mitarbeiter zu günstigeren Konditionen eingestellt werden konnten. Bei den Sachkosten wirkte sich besonders die räumliche Umstrukturierung kostensenkend aus.

Bezeichnung	2010 in €	2009 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	1.771.298,81	2.006.404,09	-235.105,28	-11,72
Sachkosten	797.336,09	897.851,42	-100.515,33	-11,20
Gesamtkosten	2.568.634,90	2.904.255,51	-335.620,61	-11,56

2.4 Betriebswirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Die betriebswirtschaftliche Entwicklung zeigt in der Gesamtsicht das Verhältnis des Ertrags zum Kostenwachstum. Der Reduzierung des betrieblichen Rohertrages um gut 12 % wurde mit der Reduzierung der Kosten um knapp 12 % begegnet. Unter dem Strich ergibt sich eine Reduzierung des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

Bezeichnung	2010 in €	2009 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Rohergebnis	2.573.247,96	2.916.106,31	-342.858,35	-11,76
Akt. Eigenleist.	11.750,00	0,00	11.750,00	-
Gesamtkosten	2.568.634,90	2.904.255,51	-335.620,61	-11,56
Betriebsergebnis	4.613,06	11.850,80	-7.237,74	-61,07
Zinsaufwand	505,92	865,25	-359,33	-41,53
Zinsertrag	2.179,23	4.104,16	-1.924,93	-46,90
Steuern	4.968,68	4.610,48	358,20	7,77
Ergebnis	1.317,69	10.479,23	-9.161,54	-87,43

2.5 Analyse der Vermögenslage

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtszeitraum von 205 T€ auf 173 T€ Investitionen von 37 T€ stehen Abschreibungen von 70 T€ gegenüber.

Die Bilanzsumme reduzierte sich von 1.228 T€ in 2009 auf 1.040 T€ zum Ende des Jahres 2010 (unter Berücksichtigung der Ausweisänderung der ausstehenden Einlagen auf das Stammkapital). Auf der Aktivseite schlägt sich dies insbesondere in der Reduzierung des Umlaufvermögens und einer Verminderung der Sachlagen nieder. Bei den Passiva war eine erhebliche Reduzierung der Rückstellungen möglich und die Verbindlichkeiten wurden um fast 40 % gesenkt.

2.6 Analyse der Finanzlage

Insbesondere durch die Verbesserung und konsequente Anwendung des Forderungsmanagements konnte im gesamten Berichtsjahr eine stabile Liquidität sichergestellt werden. Das langfristig gebundene Vermögen wird durch das vorhandene Eigenkapital um mehr als das Fünffache gedeckt.

Im Geschäftsjahr 2010 konnten die verminderten Erträge durch eine konsequente Reduzierung der Kosten ausgeglichen werden.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wandel der Wirtschaft und die Reduzierung der Budgets innerhalb der Arbeitsverwaltung führte zwangsläufig zu einer weiteren Erhöhung des Konkurrenzdruckes und zu finanziellen Einbußen und zwingt zu einer flexiblen und innovativen Unternehmenspolitik. Arbeit Remscheid stellt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Aufgabe und beabsichtigt weitestgehend dafür Sorge zu tragen, sich selbst zu finanzieren und unabhängiger von öffentlichen Fördermitteln zu werden, da in Zukunft mit immer weniger Mitteln gerechnet werden muss.

Als Einfluss- und Risikofaktoren der künftigen Entwicklung sind insbesondere anzusehen:

- *die Ausschreibungs- und Zuschlagspraxis des Regionalen Einkaufszentrums (REZ NRW) – siehe auch 1.2.*
- *Gravierende Kürzung der Mittel zur Eingliederung in Arbeit in 2011*

Im Zuge der Sparbeschlüsse der Bundesregierung sollen 2011 deutlich weniger Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Für den Bereich des SGB II werden in 2011 nur noch 5,3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

Dies entspricht einer Mittelkürzung um 19,7 %. In der Arge Remscheid wird von einer Kürzung des Eingliederungstitels um 22,3 % oder ca. 2 Mio. € ausgegangen.

- *Ersatzloser Abbau der zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (1-€-Jobs)*

Folge der Kürzung des Eingliederungstitels ist eine rigide Kürzung des Jobcenters Remscheid hinsichtlich der zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten um 35 %. Dies trifft Arbeit Remscheid überdurchschnittlich, weil hier in besonderem Maße die großen gemeinwohlorientierten Maßnahmen wie Remscheider City Service, Forst, Freibad Eschbachtal oder Möbellager durchgeführt werden, die durch entsprechende Personal- und Sachaufwände nicht ganz billig sind.

Hinzu kommt, dass selbst der Remscheider City Service als Projekt mit ausdrücklichem Schwerpunkt in der Beschäftigung (und nicht in der Vermittlung) zukünftig an Vermittlungsquoten gemessen werden sollen. Aktuelle Untersuchungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bestätigen ausdrücklich die eher mittel- und langfristige Wirksamkeit des Instrumentes „zusätzliche Arbeitsgelegenheiten“ hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt. Aus diesem Grunde ist es fachlich unzulässig, diese Maßnahmen hauptsächlich an einer kurzfristigen Wirksamkeit zu messen.

Darüber hinaus trägt der neueste Bericht des Bundesrechnungshofes zu einer Diskreditierung sogenannter 1-€-Jobs bei. Hier wird den Maßnahmen insgesamt auf der Grundlage der Prüfung in acht Gebietskörperschaften die Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität abgesprochen. Desweiteren wird für die Zukunft die Abschaffung jeglicher Maßnahmepauschalen und die ausschließliche Ansiedlung bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften vorgeschlagen. Aus heranzuführenden und qualifizierenden Maßnahmen, die auch Beratung und Betreuung zur Beseitigung von sogenannten Vermittlungshemmnissen werden dann reine Arbeitsmaßnahmen.

- *Wettbewerbsnachteil durch Reduzierung auf das Stadtgebiet Remscheid*

Eine bisherige Stärke von Arbeit Remscheid entwickelt sich zunehmend als Wettbewerbsnachteil. Maßnahmen und Projekte werden zunehmend für den gesamten Agenturbezirk Solingen/Remscheid ausgeschrieben. Zukünftig ist sicher auch mit Ausschreibungen für das Bergische Städtedreieck zu rechnen. Der Aktionsradius von Arbeit Remscheid ist durch Gesellschaftervertrag beschränkt auf das Stadtgebiet. Alle lokalen Mitbewerber agieren sowohl in Remscheid als auch in Solingen.

Arbeit Remscheid als Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetrieb steht in Fragen der Qualifizierung und Vermittlung vor immer komplizierter werdenden Aufgaben. Gleichzeitig verlangt der Arbeitsmarkt nach qualifizierten und motivierten Fachkräften. Arbeit Remscheid sieht diesen Umstand als Chance und will sich noch stärker als Partner der Wirtschaft etablieren und die Qualifizierung von Bürgern der Region, die ohne Arbeit sind, entsprechend des Marktbedarfs vorantreiben.

Zentral für die Zukunft von Arbeit Remscheid ist es, sich noch deutlicher als herausragender Dienstleister im Bereich der sozialen Gemeinwohlarbeit und als regionsfreundlicher Partner zu etablieren und den Vorsprung zu regionsfremden Anbietern von konkurrierenden Angeboten auszubauen. Arbeit Remscheid wird sich weiter als regionsgestaltender Beschäftigungsträger und Partner für die freie Wirtschaft profilieren. Zentrale Aufgabe ist es, die Bedarfe der regionalen Unternehmen systematisch zu identifizieren und die Kommunikation mit den Unternehmen stärker zu institutionalisieren.

Bereits auf der Pädagogischen Konferenz im November eingeleitet wurde die weitere Intensivierung und Systematisierung der Vermittlungsorientierung in den Arbeitsmarkt im Rahmen des Casemanagements und des Jobcoachings. Durch die Weiterentwicklung der Standards im Rahmen des Fallmanagements und die Etablierung von Fallkonferenzen innerhalb der Bereichsteams wird eine noch konsequentere Heranführung an den internen

Akquisiteur und Vermittler, und damit an den Arbeitsmarkt, erreicht werden. Grundlagen hierfür wurden im zweiten Halbjahr 2010 bereits durch die Schaffung einer Stelle „Bewerbercenter-Management“ und einer reinen Stelle „Akquisiteur/Vermittler“ gelegt.

Im Bereich der Gemeinwohlarbeit wird es zum einen um die Erweiterung des Maßnahmespektrums gehen. Hier gilt es auch neue Projekte zu entwickeln, die auch zukünftig den Anforderungen „zusätzlich, gemeinnützig und wettbewerbsneutral“ unzweifelhaft gerecht werden. Verschiedene Projektansätze wurden im Berichtszeitraum entwickelt und werden in 2011 im Blick auf die Umsetzbarkeit kommuniziert und überprüft werden. In diesem Zusammenhang wird die Nutzbarkeit des neuen Instrumentes „Bürgerarbeit“ eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Um die Flexibilität des Gesamtunternehmens zu erweitern und weiteren Einschränkungen im Bereich der ausgeschriebenen Maßnahmen vorzubeugen, sind die Überlegungen und Planungen zur Weiterentwicklung der vorhandenen Zweckbetriebe bereits fortgeschritten. Hier sollen zukünftig die Synergiemöglichkeiten zwischen Schreinerei, Malerwerkstatt, Möbellager und Kaufhaus aktiv genutzt werden. Desweiteren wurden im Zuge des Potenzialberatungsprozesses bereits sehr konkret Erweiterungen und Differenzierungen des Dienstleistungs- und Warenangebotes erarbeitet.

Innerhalb des Bereiches Berufsausbildung wurde durch die sehr positive Abschlussquote bei der Fachkraft für Küchen-, Möbel- und Umzugsservice und bei den Verkäufern der Grundstein dafür gelegt, den Erhalt und den Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten und des Ausbildungsspektrums voranzutreiben.

Remscheid, den 25.03.2011
Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties
Geschäftsführer

3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2000

Die Gesellschafterversammlung hat am 14.06.2007 -nach Erreichen des Gesellschaftszwecks- die Auflösung der Gesellschaft zum 01.10.2007 beschlossen.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.000,00	33,33
Stadt Solingen	9.000,00	33,33
Stadt Wuppertal	9.000,00	33,33
<u>Gesamt</u>	<u>27.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Projektentwicklung, Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der REGIONALE 2006 und die zusammenfassende, projekt- und stadtübergreifende Kommunikation der REGIONALE 2006.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Projektentwicklung und Projektmanagementberatung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern
- Übernahme der Auftragsprojekträgerschaft für Projekte ohne lokale Bindung sowie für stadtübergreifende oder grenzüberschreitende Projekte
- Qualitätsmanagement und Projektqualifizierung im Sinne der Anliegen der REGIONALE 2006
- Akquirierung von Mitteln, insbesondere auch Mobilisierung privaten Kapitals und bürgerschaftlichen Engagements
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zur REGIONALE 2006

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung/Liquidator:

Henry Beierlorzer

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Zuschuss	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Beschäftigte	2005	2006	2007
	10	10	6
Sowie in allen Jahren mehrere Aushilfskräfte			

Wirtschaftliche Unternehmensdaten (bis zum Liquidationszeitpunkt)**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Sachanlagen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Anlagevermögen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Vorräte	9	1,78	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	187	37,03	75	9,31	59	16,81
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	284	56,24	708	87,84	279	79,49
Umlaufvermögen	480	95,05	783	97,15	338	96,30
Rechnungsabrechnungsposten	6	1,19	0	0,00	0	0,00
Aktiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00
Gezeichnetes Kapital	27	5,35	27	3,35	27	7,69
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	1	0,20	1	0,12	2	0,57
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	1	0,12	1	0,28
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	28	5,54	29	3,60	30	8,55
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Rückstellungen	20	3,96	32	3,97	13	3,70
Verbindlichkeiten	438	86,73	722	89,58	295	84,05
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00

Abschluss 2007 per 30.09.2007

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

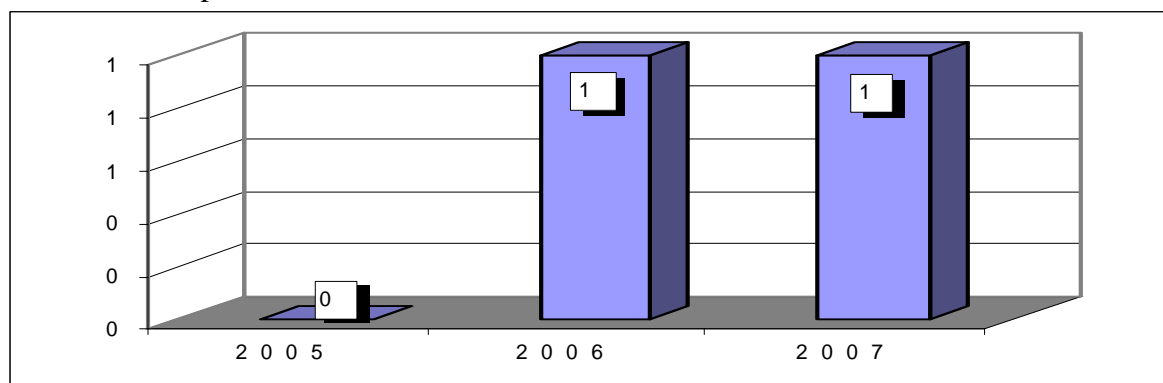
Jahr	2005	2006	2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.068	4.041	812
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	5
Erträge	1.071	4.048	817
Personalaufwand	546	654	240
Abschreibungen	13	22	10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	512	3.371	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.071	4.047	816
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	1	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Abschluss 2007 per 30.09.2007

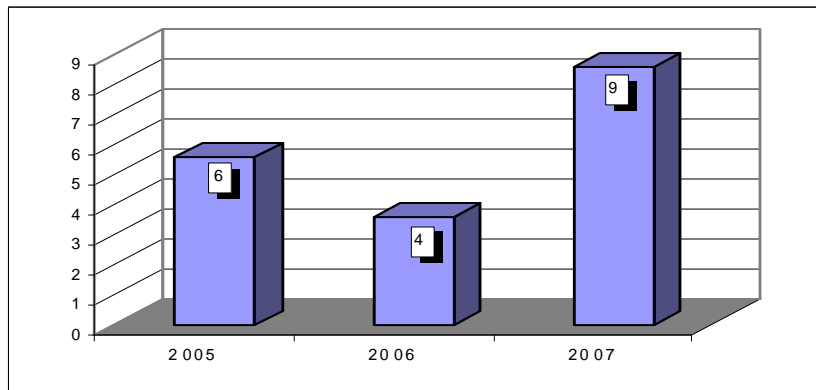
Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	1	1

Abschluss 2007 per 30.09.2007

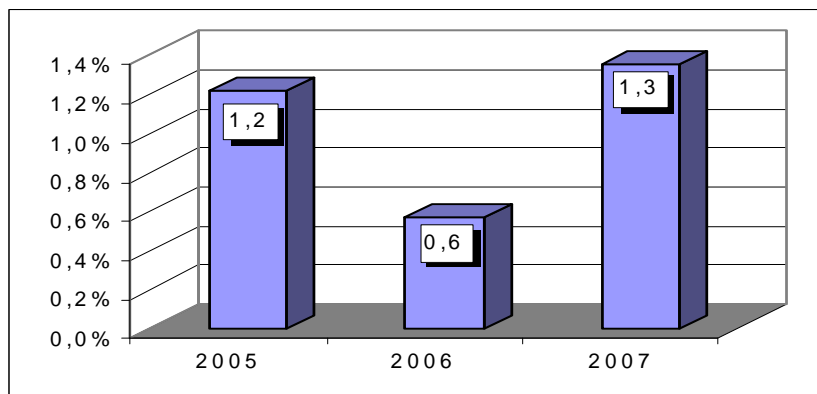
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	28	29	30
Bilanzsumme	505	806	351
% EK	6	4	9



Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	1	1
Abschreibungen	13	22	10
	13	23	11
Gesamterträge	1.071	4.048	817
Cash-Flow	1,2%	0,6%	1,3%



Die Gesellschaft befindet sich seit dem 01.10.2007 in Liquidation. Die Löschung der Gesellschaft kann erst nach erfolgreicher Prüfung der Fördermittelverwendung erfolgen.

3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Günter Hermann Jäckle
 Frau Silke Gaube

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz. Ein zweiter Vertreter wird jeweils in der Einzelvorlage zur Gesellschafterversammlung durch den Rat bestellt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	84	87	87

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2008	2009	2010
Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)			
Intensivangebot	24	24	22
Regelangebot	75	75	75
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	7	8	6
Platzzahl gesamt	115	116	112
Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)			
Regel- / Intensivangebot	95,7	97,1	94,4
Verselbständigungsangebot	100	100	55,1
Erziehungsstelle	84,6	78,9	67,4

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

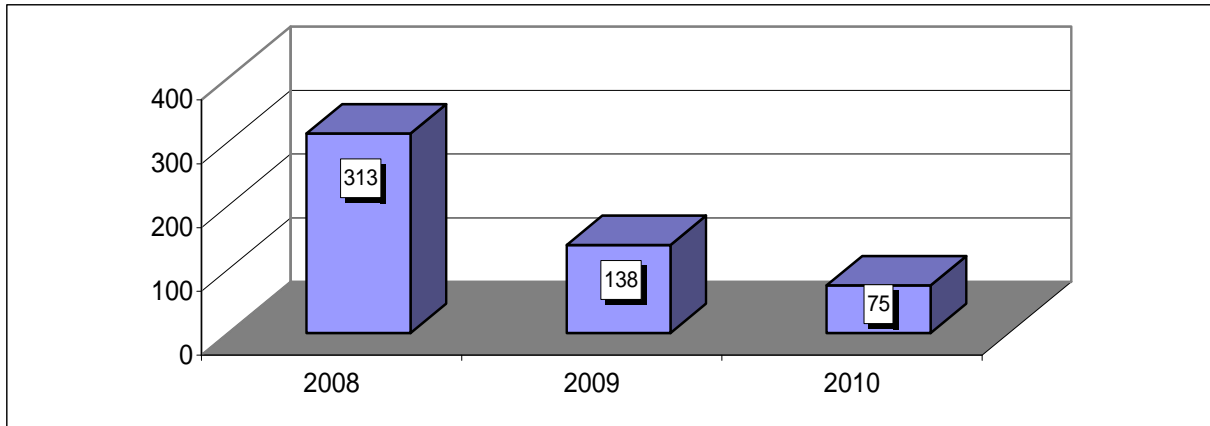
Jahr Bilanz-Position	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0,27	27	0,83	20	0,61
Sachanlagen	1.242	37,94	1.221	37,59	1.185	36,26
Finanzanlagen	81	2,47	72	2,22	61	1,87
Anlagevermögen	1.332	40,68	1.320	40,64	1.266	38,74
Vorräte	7	0,21	9	0,28	4	0,12
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	648	19,79	674	20,75	779	23,84
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.166	35,61	1.141	35,13	1.121	34,30
Umlaufvermögen	1.821	55,62	1.824	56,16	1.904	58,26
Rechnungsabgrenzungsposten	121	3,70	104	3,20	98	3,00
Aktiva	3.274	100,00	3.248	100,00	3.268	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	1,53	50	1,54	50	1,53
Kapitalrücklage	1.050	32,07	1.050	32,33	1.050	32,13
Gewinnrücklagen	978	29,87	1.291	39,75	1.429	43,73
(+) Gewinn- / (-) Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss	313	9,56	138	4,25	75	2,29
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	2.391	73,03	2.529	77,86	2.604	79,68
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	59	1,80	54	1,66	50	1,53
Rückstellungen	190	5,80	87	2,68	120	3,67
Verbindlichkeiten	634	19,36	578	17,80	494	15,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.274	100,00	3.248	100,00	3.268	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.648	5.871	5.769
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	334	90	210
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	32	20	10
Erträge	6.014	5.981	5.989
Materialaufwand	361	371	357
Personalaufwand	4.202	4.430	4.581
Abschreibungen	103	112	125
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.006	903	822
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	23	20
Aufwendungen	5.697	5.839	5.905
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	317	142	84
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-5
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	313	138	75
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

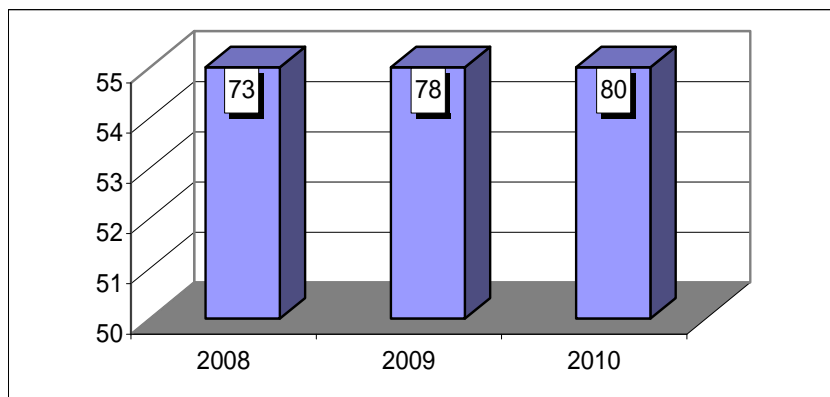
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	313	138	75



Kennzahlen

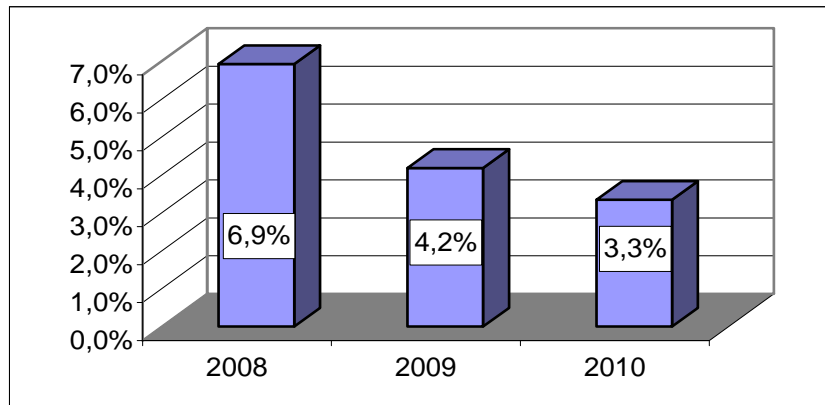
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.391	2.529	2.604
Bilanzsumme	3.274	3.248	3.268
% EK	73	78	80



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	313	138	75
Abschreibungen	103	112	125
	416	250	200
Gesamterträge	6.014	5.981	5.989
Cash-Flow	6,9%	4,2%	3,3%

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010****I. Darstellung des Geschäftsverlaufes im Geschäftsjahr 2010**

Vorbemerkung: Das Geschäftsjahr 2010 war bereits in der ersten Jahreshälfte geprägt von einer deutlich reduzierten Nachfrage nach Jugendhilfeleistung generell.

Diese Entwicklung war nicht EJBL – spezifisch, sondern im gesamten Bereich des Fachverbandes sichtbar und hing wohl ursächlich mit zusätzlichen Sparbemühungen der teils hoch verschuldeten Kommunen zusammen.

1. Entwicklung von Heimerziehung und Jugendhilfe insgesamt

Wie in den Vorjahren lässt sich die Entwicklung der Heimerziehung auch 2011 nur sehr schwer prognostizieren. Erneut scheint in der Region die Gewinnung von Pflegeeltern wieder eine besondere Priorität in den Jugendämtern zu gewinnen. Aus Sicht der stationären Jugendhilfe ist dies jedoch kein probates Mittel, Heimkosten zu reduzieren, da der Personenkreis, an den sich die Hilfe richtet, ein anderer ist.

Nach unserer Einschätzung wird es auch in den nächsten Jahren Heimerziehung in den unterschiedlichsten Ausformungen geben müssen, um besonderen Hilfsbedürfnissen gerecht werden zu können.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€75 ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

	2009	2010
Betriebsergebnis	+109	-47
Finanzergebnis	-3	-10
Sonst. Steuern	-4	-4
Neutrales Ergebnis	+36	+136
Jahresergebnis	+138	+75

3. Belegungsentwicklung

Die Aufstellung der Einrichtung, differenziert nach Betreuungsformen, hat sich im Geschäftsjahr um 2 Plätze in der heilpädagogischen Gruppe und einen Erziehungsstellenplatz verringert.

Angebote:	Plätze
Regelangebot	75
Intensivangebot	22
Verselbständigungsangebot	9
Erziehungsstellen	6

Die Belegungsentwicklung der Einrichtung stellt sich im innerjährlichen Verlauf stichtagsbezogen wie folgt dar:

Datum:	Ist:	Saldo:
11.01.2010	108 belegte Plätze	-6
09.02.2010	105 belegte Plätze	-9
01.03.2010	104 belegte Plätze	-10
12.04.2010	109 belegte Plätze	-2
07.06.2010	111 belegte Plätze	0
14.07.2010	109 belegte Plätze	-5
04.10.2010	104 belegte Plätze	-5
30.11.2010	108 belegte Plätze	-1
20.12.2010	108 belegte Plätze	-1

4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am Ende des Wirtschaftsjahres 2010 insgesamt 112 Mitarbeitende (87,55 Vollkräfte). Davon waren zwei Mitarbeiterinnen in Elternzeit; drei Arbeitsverhältnisse waren wegen Langzeiterkrankung unterbrochen. Alle pädagogisch tätigen Mitarbeitenden verfügen über eine spezifische Fachschul-, Fachhochschul- oder universitäre Ausbildung.

Die Interessensvertretung der Mitarbeitenden wurde im Geschäftsjahr durch eine im April 2010 ordnungsgemäß gewählte Mitarbeitervertretung gem. MVG wahrgenommen.

Die Fluktuation im Geschäftsjahr 2010 ist weiterhin als äußerst gering zu bezeichnen. Kündigungen seitens der EJBL mussten nicht ausgesprochen werden. Arbeitsgerichtsverfahren waren oder sind nicht anhängig.

Stellenbesetzung:

	2009	2010
Leitung und Beratung	4,00	4,25
Verwaltung	3,41	3,51
Pädagogischer Bereich	69,29	69,53
Wirtschaftsdienst	10,65	10,26
Summen	87,26	87,55

Quer über alle Dienstarten mussten für Krankheitsvertretungen lediglich 0,26 Stellen aufgewandt werden. Eine Ausweitung des Stellenplanes im Wirtschaftsjahr war nicht erforderlich.

Krankheitsentwicklung in der EJBL

In 2010 waren drei Mitarbeitende langzeiterkrankt (ein Mitarbeitender 365 Tage, zwei Mitarbeitende zwischen 71 und 112 Tagen).

Drei Mitarbeitende nahmen mit insgesamt 50 Arbeitstagen an einer Rehamaßnahme teil.

56 Ausfalltage wegen Mutterschutz waren zu verzeichnen.

2010 belief sich die durchschnittliche Ausfallrate der deutschen Arbeitnehmer wegen Krankheit lt. einer Veröffentlichung der AOK im ersten Halbjahr auf 17,3 Arbeitstage.

AOK:	17,30 Tage
EJBL incl. Langzeiterkrankte	21,62 Tage
EJBL ohne Langzeiterkrankte	14,47 Tage

5. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im angelaufenen Geschäftsjahr wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung</u>	
	T€	T€	T€	%
<u>AKTIVA</u>				
Langfristig gebundenes Vermögen				
Anlagevermögen	1.266	1.320	-54	-4,1%
Kurzfristig gebundenes Vermögen				
Vorräte	4	9	-5	-55,6%
Leistungsforderungen	625	661	-36	-5,4%
Sonstige Vermögensgegenstände	154	14	140	>+100,0%
Flüssige Mittel	1.121	1.141	-20	-1,8%
Rechnungsabgrenzungsposten	98	104	-6	-5,8%
	<u>2.002</u>	<u>1.929</u>	<u>73</u>	<u>3,8%</u>
Bilanzsumme	<u>3.268</u>	<u>3.249</u>	<u>19</u>	<u>0,6%</u>
	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung</u>	
	T€	T€	T€	%
<u>PASSIVA</u>				
Wirtschaftliches Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50	50	0	0,0%
Kapitalrücklage	1.050	1.050	0	0,0%
Gewinnrücklagen	1.429	1.291	138	10,7%
Jahresüberschuss	75	138	-63	-45,7%
Sonderposten	50	54	-4	-7,4%
	<u>2.654</u>	<u>2.583</u>	<u>71</u>	<u>2,7%</u>
Langfristige Fremdmittel				
Jubiläumsrückstellung	30	24	6	25,0%
Bankverbindlichkeiten	412	443	-31	-7,0%
	<u>442</u>	<u>467</u>	<u>-25</u>	<u>-5,4%</u>
Kurzfristige Fremdmittel				
Sonstige Rückstellungen	90	64	26	40,6%
Bankverbindlichkeiten	31	30	1	3,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18	14	4	28,6%
Sonstige Verbindlichkeiten	33	91	-58	-63,7%
	<u>172</u>	<u>199</u>	<u>-27</u>	<u>-13,6%</u>
Bilanzsumme	<u>3.268</u>	<u>3.249</u>	<u>19</u>	<u>0,6%</u>

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:	2009	2010
Barliquidität	573,4%	651,7%
Kurzfristige Liquidität	964,8%	1.161,6%
Mittelfristige Liquidität	969,3%	1.164,0%

7. Investitionen

Investitionen der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2010 ausschließlich im Bereich der Gebäudeunterhaltung, Einrichtung der dezentralisierten Kinderwohngruppe sowie Inventarbeschaffung getätigt und beliefen sich auf T€82.

8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Dezentralisierung des Betriebsteiles Waldhof wurde auch in 2010 konsequent weiterverfolgt. Die Kinderwohngruppe wurde hierbei unter gleichzeitiger Platzzahlreduzierung in ein angemietetes Objekt in Remscheid umgesiedelt.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres lagen bis zur Erstellung des Lageberichtes nicht vor.

III. Prognosebericht**1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

An der Beurteilung der Chancen und Risiken hat sich im Vergleich zum letzten Geschäftsjahr nichts geändert.

Die Geschäftsführung ist weiterhin der Überzeugung, dass eine gut strukturierte Einrichtung mit einem Schwerpunkt im Bereich der Intensivgruppenarbeit (Aufnahme- und Clearingzentrum, Heilpädagogische Intensivgruppen u.ä.) die besten Marktchancen hat. Die Strategie 2015 trägt dieser Einschätzung Rechnung.

Die Entwicklung im europäischen Ausland (Frankreich, Niederlande) lässt darauf schließen, dass neue Modelle im Bereich ambulanter / teilstationärer Hilfen zukünftig größere Marktanteile haben werden.

Auch hier ist die Geschäftsführung nahe an der fachlichen Diskussion dieser Themen.

2. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2012 und 2013

Das Geschäftsjahr 2012 wird vom Betriebsübergang auf die neue Geschäftsführung geprägt sein. Alle hierfür notwendigen Planungen sind eingeleitet und teilweise bereits umgesetzt. Im mittelfristigen Bereich verfügt die Gesellschaft über eine durchdachte und kraftvolle Strategie. Es sind daher keine wechselbedingten Problemlagen zu erwarten.

2013 steht dann der bisherige Geschäftsführer für externe Beratung der Gesellschaft und der Geschäftsführerin weiterhin zur Verfügung, so dass ein sanfter Übergang in neue Strukturen zu erwarten steht.

3. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Geschäftsführung geht sicher davon aus, dass auf Grund der bisherigen Gegebenheiten im Geschäftsjahr 2011 eine kostendeckende Arbeit der Gesellschaft möglich sein wird. Anzeichen für sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich stationärer Hilfen bestehen derzeit noch nicht.

4. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsführung beobachtet die bisherige Entwicklung der EJBL auf dem Hintergrund des bisherigen sechsjährigen Zeitraumes nach der Fusion mit vorsichtigem Optimismus.

Eine stabile Marktposition zusammen mit einer guten Binnendifferenzierung und insbesondere einer kompetent aufgestellten Struktur bei Führungskräften und Mitarbeitenden lässt diese Betrachtung zu.

gez. Günter H. Jäckle
Geschäftsführer

gez. Silke Gaube
Geschäftsführerin

Wermelskirchen, 22.06.2011

3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städten beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,
 - zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Stammkapitalanteil	0,00	0,00	0,00
Sachkostenzuschuss	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	60.000,00	60.000,00	60.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/innen	4	7	8
zzgl. Personalgestellungen	4	4	5
zzgl. Studentische Aushilfskräfte	9	10	16

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	2,71	6	1,52	11	3,20
Sachanlagen	21	7,12	16	4,05	21	6,34
Anlagevermögen	29	9,83	22	5,57	32	9,54
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10	3,39	238	60,25	135	40,61
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	256	86,78	135	34,18	165	49,85
Umlaufvermögen	266	90,17	373	94,43	300	90,46
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,10	0	0,12
Aktiva	295	100,00	395	100,00	331	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	16,95	50	12,66	50	15,13
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	16,95	50	12,66	50	15,13
Sonderposten für Investitionszuschüsse	29	9,83	22	5,57	30	9,18
Rückstellungen	20	6,78	40	10,13	46	13,89
Verbindlichkeiten	196	66,44	283	71,65	205	61,81
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	295	100,00	395	100,00	331	100,00

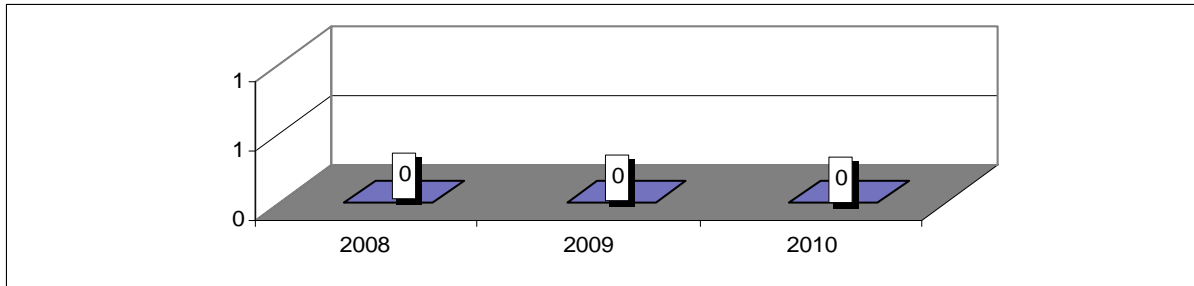
Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Sonstige betriebliche Erträge	827	1.278	1.809
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	3	1
Erträge	834	1.281	1.810
Materialaufwand	420	412	270
Personalaufwand	202	331	477
Abschreibungen	8	11	12
Sonstige betriebliche Aufwendungen	204	527	1.051
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	834	1.281	1.811
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	-1
Außerordentliche Erträge	0	0	1
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

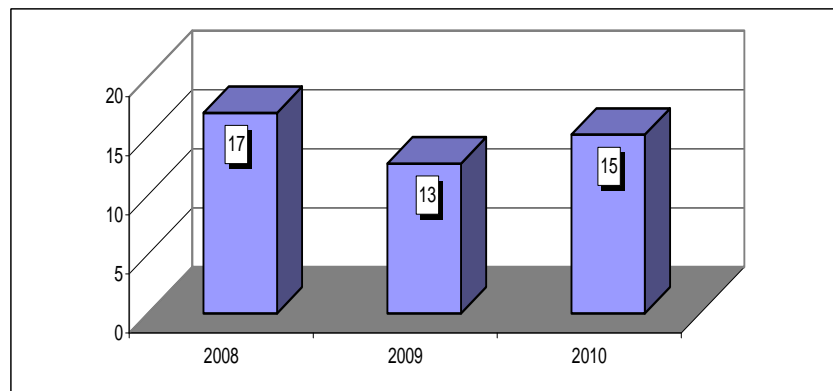
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



Kennzahlen:

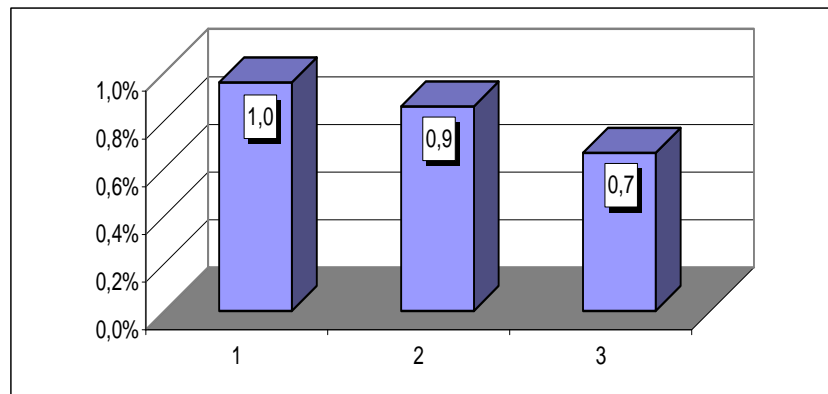
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	295	395	331
% EK	17	13	15



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	8	11	12
	8	11	12
Gesamterträge	834	1.281	1.810
Cash-Flow	1,0%	0,9%	0,7%



Lagebericht des Unternehmens zum 31. Dezember 2010

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die institutionelle Aufbauarbeit der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH zum Abschluss gebracht. Das basiert vor allem die interne Struktur einschließlich der personellen Zusammensetzung, aber auch die Etablierung der Bergischen Entwicklungsagentur im Kreis der regionalen Akteure sowie die inhaltliche Projektarbeit. Die Aktivitäten basierten auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. An der Zusammensetzung der Gesellschaftsstruktur wurde 2010 keine Änderung vorgenommen.

Die im Gesellschaftervertrag sowie in dem von den Räten zur Gründung der Bergischen Entwicklungsagentur verabschiedeten Handlungsrahmen festgelegte inhaltliche Ausrichtung blieb grundsätzlich bestehen. Allerdings wurde die Frage der fachlichen Schwerpunktsetzung sowie der Kommunikation mit den politischen Gremien der Städte einer grundlegenden Revision unterzogen. Ausgelöst und begleitet von einer Evaluierung der Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur durch die Stadt Wuppertal haben sich im Laufe des Jahres 2010 sowohl die Gremien der Bergischen Entwicklungsagentur als auch die Gremien der Gesellschafter ausführlich mit der Frage eines neuen inhaltlichen und prozessualen Grundkonsens befasst.

Ende 2010 bzw. Anfang 2011 wurde von den Gesellschaftern ein Papier zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit beschlossen, das Eckpunkte zur konkreten Ausgestaltung der Arbeitsschwerpunkte sowie zum Umgang mit den politischen Gremien enthält. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die fachliche Fokussierung auf die Felder Wirtschaftsentwicklung, Tourismusentwicklung sowie Stadt- und Regionalentwicklung im Grundsatz beibehalten werden soll, nunmehr allerdings mit einer Festlegung der Prioritäten. Gleichzeitig bleibt die Einwerbung von Fördermitteln für Projekte der Region sowie zur Finanzierung der eigenen Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur wichtigste Querschnittsaufgabe.

Gleichzeitig sehen die Beschlüsse vor, die Möglichkeiten der unmittelbaren Einflussnahme der politischen Gremien der Städte zu stärken. Dazu gehört die Verbesserung der Information über die laufende Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur ebenso wie die Übertragung der Beschlusskompetenz über wichtige Aktivitäten auf die Räte der drei Städte. Dazu stellt die Bergische Entwicklungsagentur künftig zu Beginn eines Jahres ein Arbeitsprogramm zur

Abstimmung. Der Lenkungskreis bleibt als zentrales interkommunales Abstimmungsgremium erhalten und wird künftig die inhaltliche Vorberatung im Vorfeld der Gesellschafterversammlungen übernehmen.

Hinsichtlich der Erarbeitung mittel- und langfristiger Perspektiven der interkommunalen Kooperation setzte die Gesellschafterversammlung am 02. Februar 2010 eine Kommission zur Zukunft der regionalen Zusammenarbeit ein. Diese setzt sich zusammen aus Vertretern der Städte, der Universität, der Arbeitgeberverbände, der Industrie- und Handelskammer, der Stadtparkassen, der Gewerkschaften und einem externen Experten. Die Kommission wurde beauftragt, der Gesellschafterversammlung ihre Empfehlungen bis Mitte 2011 vorzulegen. Die Arbeit der Kommission wurde durch die Bergische Entwicklungsagentur geschäftsführend und inhaltlich begleitet.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.12.2010. Der Jahresabschluss 2010 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH auch 2010 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Agentur im Jahr 2010 mit laufenden monetären Beiträgen in Höhe von 555.064 Euro unterstützt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von ca. 60.000 Euro seitens der Stadt Remscheid, ca. 140.000 Euro seitens der Stadt Solingen und ca. 70.000 Euro von Seiten der Stadt Wuppertal bzw. der Wirtschaftsförderung Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurden 45.000 Euro angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Agentur in erheblichem Umfang auf Drittmittel insbesondere des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2010 1.808.777,66 Euro. Davon wurden 447.352,09 für Personalaufwendungen, 12.220,93 Euro für Abschreibungen und 1.051.306,82 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro. Damit hat sich das Finanzvolumen um 530.813,65 Erhöht.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszweckes der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor. Obwohl die Finanzbehörden noch keine abschließende Entscheidung getroffen haben, wurde davon ausgegangen, dass vor diesem Hintergrund eine Vorsteuerabzugsberechtigung nicht besteht.

Personalentwicklung

Zu Beginn des Jahres 2010 waren bei der Bergischen Entwicklungsagentur insgesamt 11 Mitarbeiter beschäftigt, davon 4 Abordnungen der Städte und 7 bei der Bergischen Entwicklungsagentur angestellte Mitarbeiter. An der Besetzung und der Kompetenzregelung für die Geschäftsführung und die stellvertretende Geschäftsführung änderte sich in 2010 nichts. Ebenso blieb die Abwicklung der Öffentlichkeitsarbeit über eine freie Mitarbeiterin bestehen. Auch die Beschäftigung einer Auszubildenden zur Kauffrau für Tourismus- und Freizeitwirtschaft wurde unverändert weitergeführt.

Eine der durch die Stadt Wuppertal zu besetzenden vakanten Personalstellen konnte ab dem 1. März 2010 mit einer Mitarbeiterin der Stadt Wuppertal besetzt werden. Die zweite Stellenvakanz konnte zum 1. Oktober 2010 aufgehoben werden. Im Gegenzug zog die Wirtschaftsförderung Wuppertal die Abordnung einer halben Personalstelle mit Beendigung des Monats September ab.

Im Rahmen eines in 2011 bewilligten Ziel II-Projektes konnten ab Juni 2010 drei weitere projektfinanzierte Personalstellen eingerichtet und besetzt werden. Ein Mitarbeiter schied während der Probezeit wieder aus; eine Wiederbesetzung der Stelle konnte aber ohne zeitliche Verzögerung erreicht werden.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung zu Beginn des Jahres 2010 war Herr Oberbürgermeister a.D. Franz Haug, Solingen, da die turnusmäßig anstehende Neuwahl des Vorsitzes durch die Gesellschafterversammlung einvernehmlich auf die Sitzung am 02. Februar 2010 verschoben worden war. In dieser Sitzung wurde Herr Oberbürgermeister Norbert Feith, Solingen, zum neuen Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung gewählt.

Projekte und Aktivitäten

In 2010 lag der Fokus zum Abschluss der institutionellen Aufbauarbeit auf den Aktivitäten im Bereich Wirtschaftsentwicklung. Im Folgenden werden wichtige Projekte in den drei Arbeitsbereichen der Bergischen Entwicklungsagentur beschrieben, jedoch keine vollständige Auflistung vorgenommen.

Das vor allem in 2009 vorbereitete Projekt im Rahmen des Ziel II-Landesprogramms „Regionalbudget“ konnte 2010 nach einer erfolgter Bewilligung durch den Fördergeber an den Start gehen. Das Vorhaben ist mit einem auf zwei Jahre verteilten Gesamtvolumen von 660.000 Euro ausgestattet, von denen die Bergische Entwicklungsagentur einen Eigenanteil in Höhe von 60.000 beisteuert. Mit Beginn des Projektes wurden drei zeitlich befristete Personalstellen besetzt, darunter zwei Projektleiter und eine Projektassistentin.

Inhaltliche Zielsetzung war und ist die Durchführung von Maßnahmen auf den Feldern Innovationsförderung, Stärkung der Dienstleistungsstrukturen, Fachkräfteentwicklung und –akquise sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bergischer Universität. Dazu konnten bereits zwei Schlüsselprojekte in die Umsetzung gehen.

Mit dem Projekt „dreipunktnull“ werden Unternehmen bei der Fachkräftesicherung, Fachkräfteentwicklung, und Fachkräfterekrutierung unterstützt; das Projekt „FACHWERK“ dient der Förderung von unternehmerischen Innovationsprozessen. Im Rahmen beider Projekte wurden in 2010 bereits Veranstaltungen durchgeführt.

Ab Februar 2010 konnte darüber hinaus mit den Aktivitäten im Rahmen des Ziel II-Projekts „BeFit“ begonnen werden. Dazu wurde wie im Förderantrag vorgesehen eine halbe Personalstelle geschaffen. Das bereits 2009 begonnene Ziel II-Projekt „Bergischer ThinkThank“ konnte mit einer Reihe größerer Veranstaltungen in 2010 erfolgreich fortgeführt werden.

Zusammen mit einer Reihe weiterer institutioneller Akteure und Unternehmen beteiligte sich die Bergische Entwicklungsagentur Anfang des Jahres 2010 erfolgreich an dem Ziel II-Landeswettbewerb „RegioCluster.NRW“. Bei dem Projektvorhaben mit dem Titel

„surface.net“ geht es um den Aufbau eines Kompetenzfeldnetzwerkes Oberflächentechnik mit den Aufgabenschwerpunkten Netzwerkaufbau, Umweltberatung, Förderung des Wissenstransfers sowie der Aus- und Weiterbildung. Erstmals ist es gelungen, unter Einbeziehung der Kreise Mettmann und Ennepe-Ruhr ein regionsübergreifendes Vorhaben zu initiieren, das damit eine höhere Effektivität hinsichtlich seiner Strukturwirksamkeit erwarten lässt. Der Projektstart ist nach dem Vollzug des Antragsverfahrens für 2011 vorgesehen.

Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der Fachkräftesicherung für die Unternehmen der Region sowie auf ein vom Land avisiertes neues Förderprogramm in diesem Bereich wurde von der Bergischen Entwicklungsagentur die Gründung eines Bergischen Fachkräftebündnisses initiiert. An dieser auf regionaler Ebene neuen Kooperation waren und sind neben der BEA die beiden Arbeitsagenturen, die IHK, die Arbeitgeberverbände sowie die Kreishandwerkerschaft beteiligt.

Im Aufgabenfeld Stadt- und Regionalentwicklung konnte die Erarbeitung des regionalen Standortkonzeptes unter dem Titel „zukunfthochdrei“ mit der Vorlage eines Endberichtsentwurfs abgeschlossen werden. Im Laufe des Jahres wurde der Konzeptentwurf zunächst den Gremien der Gesellschaft und später dann auch den Ratsgremien sowie den Gremien der IHK zur Abstimmung und Beschlussfassung übermittelt.

Darüber hinaus gehören zu den wichtigsten Aufgaben dieses Arbeitsbereiches die Koordinierung der Erarbeitung des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes als Grundlage für die Akquisition von Landesfördermitteln, die Begleitung der regionalen Evaluierung des Programms „Soziale Stadt“ sowie Durchführung des Vergabeprozesses für die Erstellung eines Sanierungskonzeptes für Schloss Burg. In der zweiten Jahreshälfte wurde zudem die Arbeit an dem regional bedeutsamen Projektvorhaben „Galileum“ in Solingen aufgenommen.

Mitte des Jahres beteiligte sich die Bergische Entwicklungsagentur mit zwei Projektskizzen an dem Ziel II-Landeswettbewerb „erlebnis.nrw“. Dabei handelt es sich zum einen um ein Konzept zur Neupositionierung von Schloss Burg unter dem Titel „Erlebnisraum Schloss Burg“ in einem Gesamtumfang von 1,0 Mio. Euro, dem ein umfangreicher Erarbeitungs- und Abstimmungsprozess vorausgegangen war. Zum zweiten wurde eine Projektidee zur Unterstützung vorwiegend ehrenamtlicher Vereine und Initiativen bei der Professionalisierung ihrer Gastgeberfunktion in einer finanziellen Größenordnung von ca. 300.000 Euro eingereicht. Beide Wettbewerbsbeiträge wurden von der Jury ebenso uneingeschränkt zur Förderung empfohlen wie ein weiteres Projekt aus dem Städtedreieck zur Besucherlenkung im Bereich Müngsten. Dieser unter Federführung der Ökologischen Station Mittlere Wupper eingereichte Projektantrag wurde von der Bergischen Entwicklungsagentur ebenfalls eng begleitet.

In infrastruktureller Hinsicht konnte mit der sogenannten Bergbahntrasse zwischen der Korkenziehertrasse in Solingen sowie dem Brückenpark Müngsten unter Einsatz von Regionale-Restmitteln ein weiteres wichtiges Verbindungsstück im Rahmen des Bergischen Trassenverbundes der überregionalen Verbindungsachsen realisiert werden. Überdies konnte das Projekt „WupperSchiene“ mit der Reaktivierung der stillgelegten Bahntrasse zwischen Wuppertal-Oberbarmen und Radevormwald-Wilhelmstal sowie der Erarbeitung eines Vermarktungskonzeptes unter Einbeziehung der örtlichen Akteure weitergeführt und eine positive Förderaussage des Landes herbeigeführt werden.

Von den Städten war die Bergische Entwicklungsagentur beauftragt worden, ein Konzept zur strategischen und operativen Neuausrichtung der regionalen Tourismusförderung zu

erarbeiten. Das Ergebnis des Bearbeitungsprozesses, der in enger Abstimmung mit den einschlägigen Akteuren durchgeführt wurde, wurde 2010 in Form des Masterplanes Tourismus den Gremien vorgestellt und von diesen verabschiedet. Darauf aufbauend wurde ein neues Corporate Design entwickelt. Ein erstes bedeutsames Einzelprojekt auf der Basis der neuen Ausrichtung war die Entwicklung eines Internetportals zur Vermarktung von Tagesorten unter dem Titel „bergisch.findig“.

Für die operative Tourismusförderung war 2010 weiterhin der Bergisch Land Tourismus Marketing-Verein (BLTM) zuständig, der unter der Leitung eines Mitarbeiters der Bergischen Entwicklungsagentur in personeller und organisatorischer Hinsicht bereits faktisch mit der Bergischen Entwicklungsagentur verschmolzen wurde. Seine Aufgaben bestanden im Wesentlichen in der Organisation und Durchführung von Messeauftritten, der Erstellung eines neuen Gastgeberverzeichnisses, der Entwicklung und Vermarktung von Buchungspauschalen sowie weiterer Aktivitäten des touristischen Marketings.

Als zentrale Stelle für die Koordinierung der Aktivitäten unter dem Oberbegriff kompetenzhoch3 führt die Bergische Entwicklungsagentur die bereits im Rahmen der Regionale 2006 entwickelte gemeinsame Internet- und Kommunikationsplattform weiter. Dies umfasst vor allem die regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit regional bedeutsamer Akteure und ihrer Projekte sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Unter diesem Dach fungierte die Bergische Entwicklungsagentur in 2010 erstmals als Hauptdarsteller für die Immobilienmesse „ExpoReal“ in München. Beide Aktivitäten wurden über Sonderkonten geführt.

In eigener Sache betreibt die Bergische Entwicklungsagentur Pressearbeit sowohl mit lokalen als auch mit überregionalen Medien. Sie wird wesentlich ergänzt durch monatliche Berichte in der IHK-Zeitschrift sowie regelmäßige Veröffentlichungen in der bergischen Ausgabe des Wirtschaftsblattes.

Zukünftige Entwicklungen

In den ersten Monaten des Jahres 2011 wurden von den Gremien der Gesellschafter wesentliche Entscheidungen für die Arbeit der Gesellschaft getroffen. So wurde das in 2010 entwickelte gemeinsame Papier zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit“ von allen Räten sowie von der Vollversammlung der IHK einstimmig beschlossen. Im Zusammenhang mit dem ebenfalls beschlossenen Jahresarbeitsprogramm der Gesellschaft für 2011 liegt nun eine konkrete Grundlage für die Wahrnehmung der Aufgaben im laufenden Jahr vor.

Auch in inhaltlicher Hinsicht konnten zu Beginn des Jahres positive Beschlüsse zu Projekten erreicht werden, die wesentlich auf der Arbeit in 2010 und dem vorangegangenen Jahr beruhen. Dazu gehören zuvorderst die Verabschiedung des Regionalen Standortkonzeptes, aber auch die Entscheidungen für eine regionale Koordinierung des Prozesses zur Regionalplanaufstellung sowie die Erarbeitung des regional abgestimmten Gewerbeflächenkonzeptes.

Das Tagungsportal „bergisch.findig“ ging Anfang 2011 mit einer großen regionalen Sonderveranstaltung an den Start. Und auch das Bergische Fachkräftebündnis konnte sich mittlerweile konstituieren und an die Öffentlichkeit gehen. Die Bergische Entwicklungsagentur bereitet sich in Zusammenarbeit mit dem Bündnis auf die Erarbeitung eines Förderantrages im Rahmen des Ziel II-Sonderprogramms des Landes zur Fachkräftesicherung vor. Die auf der Basis der erfolgreichen Wettbewerbsanträge in 2010 zu

erarbeitenden Förderanträge für die Projekte „Erlebnisraum Schloss Burg“, „Ehrenamt Gastgeber“ und „surface.net“ wurden zwischenzeitlich eingereicht. Mit einer Bewilligung ist in der zweiten Jahreshälfte 2011 zu rechnen.

Die Stadt Solingen hat mit Wirkung zum 1. April 2011 ihre lokalen Aktivitäten im Bereich der Tourismusförderung auf die Bergische Entwicklungsagentur übertragen.

Damit sind die Abordnung einer weiteren Personalstelle sowie die Zahlung eines Sonderbetrages in Höhe von 20.000 Euro für die Deckung von Sachkosten vereinbart. Diese zusätzliche Aktivität soll bei der Bergischen Entwicklungsagentur über ein Sonderkonto abgerechnet werden.

In personeller Hinsicht sind 2011 keine entscheidenden Veränderungen mehr vorgesehen. Für die Projekte „surface.net“ und „Ehrenamt Gastgeber“ soll in der zweiten Jahreshälfte noch einmal jeweils eine projektfINANZIerte Personalstelle eingerichtet und besetzt werden.

Chancen und Risiken

Die Gesellschafter haben vereinbart, die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur zunächst im Rahmen der laufenden Ziel II-Förderperiode bis 2014 durch laufende Zuschüsse in gleicher Höhe wie 2009 zu finanzieren.

Bereits in 2010 ist die Zahl der durch die Entwicklungsagentur drittmittelfinanzierten Projekte deutlich gestiegen und wird auch 2011 noch einmal ausgeweitet. Da es sich hierbei zu einem hohen Anteil um Mittel aus der europäischen Strukturförderung handelt, die eine Vorfinanzierung der Ausgaben verlangen, erhöht sich der Liquiditätsbedarf im laufenden Geschäft. Dies soll zum einen dadurch entspannt werden, dass der Start neuer Projekte erst nach Vorliegen des endgültigen Bewilligungsbescheides und nicht bereits mit Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns erfolgt. Darüber hinaus wird die vorsorgliche Aushandlung eines Kontokorrentkreditrahmens mit der Hausbank angestrebt.

Weitere Risiken könnten sich aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben. Diese werden dadurch reduziert, dass im Falle der Regionale-Restmittel eine Vorprüfung durch die Stadt Wuppertal als formalem Fördermittelempfänger erfolgt und im Falle der mit EU-Mitteln kofinanzierten Projekte eine kontinuierliche, umfängliche Begleitprüfung sämtlicher eingereichter Unterlagen durch die Bewilligungsbehörden erfolgt. Darüber hinaus fand in 2011 bereits eine erste Sonderprüfung des Projekts „Regionalbudget“ statt, die zu keinerlei Beanstandung geführt hat.

Besondere erwähnenswerte Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, im Mai 2011

gez. Bodo Middeldorf

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Burger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00
RNR Sana MVZ GmbH	12.250,00	49,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, München- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-
 Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-
 Dr. Trapp
 Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Michal
 Michael Johnigk bis 30.04.2010
 Dr. Karl-Josef Bierth ab 01.05.2010
 Hans Joachim Erhardt
 Herbert Simon bis 30.04.2010
 André Lassak ab 01.05.2010
 Heinz Jürgen Heuser
 Susanne Hochburger

Beirat:

Lothar Sill
 Wolf Lüttinger Ratsmitglied
 Bernd Störmer
 Harald Sellner Ratsmitglied
 Susanne Pütz Ratsmitglied
 Fritz Beinersdorf Ratsmitglied
 Norbert Schmitz Ratsmitglied
 Rita Jungesbluth-Wagner
 Uwe Ufer
 Walter Steege
 Ralf Laflör
 Johannes Haun
 Thomas Kaster
 Dr. Frank Neveling
 Ulrich Schnell
 Volker Pleiß
 Rainer Wallenfang
 Hildegard Schrader

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2010 9.000.000,00 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 € Zum 31.12.2010 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	0,00	0,00	42.368,15*
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	750.000,00	0,00	0,00

*) hierbei handelt es sich um die letzte Zuschussgewährung betreffend das Jahr 2007.
Der Zuschuss wurde erst in 2010 angefordert.

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2008	2009	2010
Arztlicher Dienst	168,8	165,4	163,3
Pflegedienst	284,8	288,4	296,2
Med.-technischer Dienst	79,6	79,9	70
Funktionsdienst	102,5	108	112,1
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,4	0,3	0,3
Technischer Dienst	0	0	0
Verwaltungsdienst	44,4	46,6	48,6
Sonderdienste	5,6	6,4	6,1
Personal der Ausbildungsstätten	6,3	5,5	4,5
Gesamt	692,4	700,5	701,1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2008	in %	2009	in %	2010	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	518	0,0	518	0,0	518	0,0
Pflegetage	150.627	-4,8	144.473	-4,1	144.074	-0,3
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	20.565	-14,8	20.875	1,5	20.943	0,3
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	7,3	-8,8	6,9	-5,5	6,9	0,0
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	79,4	-5,0	76,4	-3,8	76,2	-0,3

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

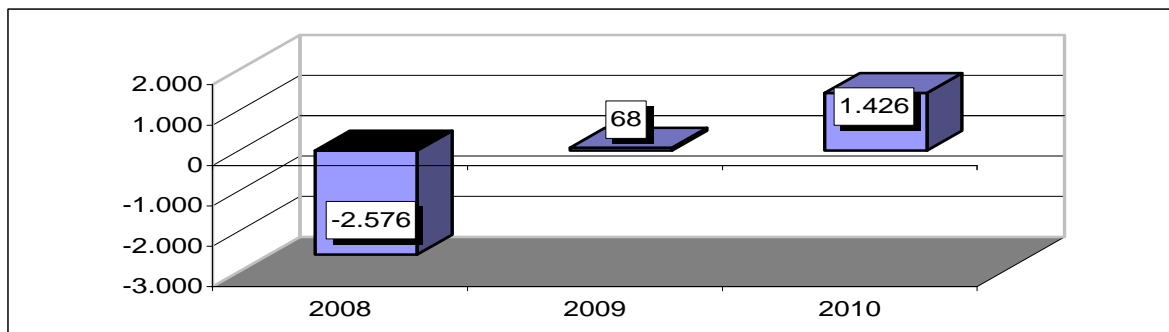
Jahr Bilanz-Position	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	181	0,14	893	0,72	67	0,05
Sachanlagen	110.485	84,95	105.512	84,80	100.092	82,06
Finanzanlagen	0	0,00	25	0,02	2.225	1,82
Anlagevermögen	110.666	85,09	106.430	85,54	102.384	83,94
Vorräte	2.929	2,25	2.717	2,18	2.582	2,12
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	10.791	8,30	10.126	8,14	10.762	8,82
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.056	0,81	616	0,50	963	0,79
Umlaufvermögen	14.776	11,36	13.459	10,82	14.307	11,73
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.159	3,20	4.184	3,36	4.206	3,45
Rechnungsabgrenzungsposten	464	0,36	354	0,28	65	0,05
Latente Steuern	0	0,00	0	0,00	1.000	0,82
Aktiver Urteilsbetrag aus Vermögensverr.	0	0,00	0	0,00	18	0,01
Aktiva	130.065	100,00	124.427	100,00	121.980	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,38	3.100	2,49	3.100	2,54
Kapitalrücklage	4.124	3,17	9.205	7,40	9.285	7,61
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	468	0,38
Verlustvortrag	-472	-0,36	-3.049	-2,45	-2.981	-2,44
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	68	0,05	1.427	1,17
Jahresfehlbetrag(-)	-2.576	-1,98	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	4.176	3,21	9.324	7,49	11.299	9,26
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	20.637	15,87	18.529	14,89	18.195	14,92
Rückstellungen	9.806	7,54	9.818	7,89	8.365	6,86
Verbindlichkeiten	94.558	72,70	85.995	69,11	83.514	68,47
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	806	0,62	703	0,56	600	0,49
Rechnungsabgrenzungsposten	82	0,06	58	0,05	7	0,01
Passiva	130.065	100,00	124.427	100,00	121.980	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	84.558	89.701	90.518
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-109	-75	-246
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.960	6.206	6.440
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	25	41	26
Erträge	90.434	95.873	96.738
Aufwand nach dem KHG	4.514	5.321	4.313
Personalaufwand	44.411	46.857	46.945
Materialaufwand	22.067	22.248	23.156
Abschreibungen	6.749	6.797	6.373
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.764	12.226	12.615
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.194	2.715	2.148
Aufwendungen	92.699	96.164	95.550
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.265	-291	1.188
Außerordentliche Erträge	0	0	-481
Sonstige Steuern	-311	359	719
Jahresüberschuss (+)	0	68	1.426
Jahresfehlbetrag (-)	-2.576	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

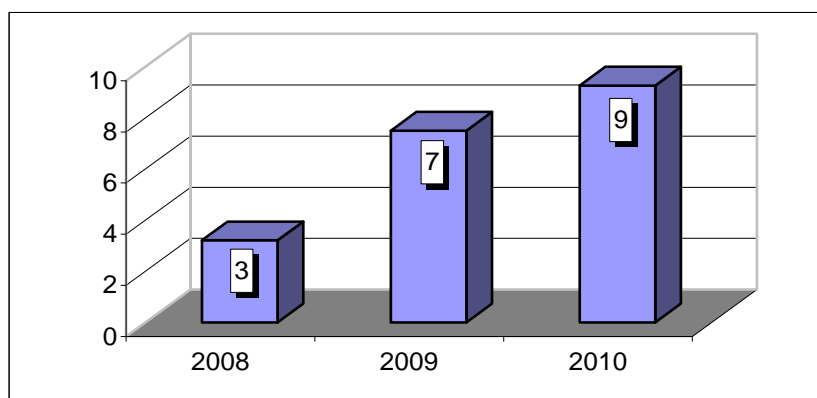
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-2.576	68	1.426



Kennzahlen

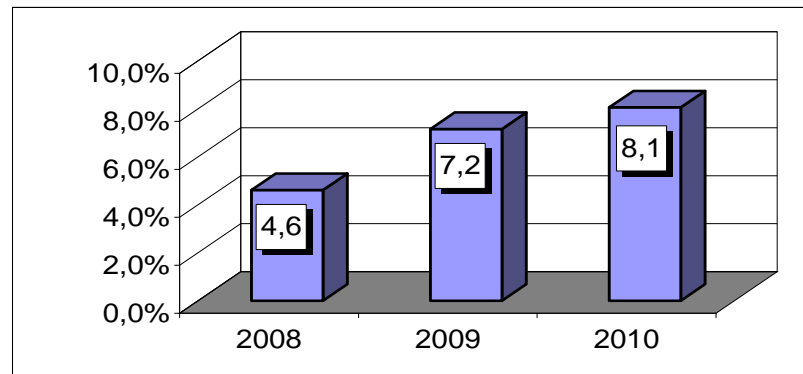
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	4.176	9.324	11.299
Bilanzsumme	130.065	124.427	121.980
% EK	3	7	9



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-2.576	68	1.426
Abschreibungen	6.749	6.797	6.373
	4.173	6.865	7.799
Gesamterträge	90.434	95.873	96.738
Cash-Flow	4,6%	7,2%	8,1%



Lagebericht 2010

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Lage im Gesundheitswesen stellt sich aufgrund der gesetzlichen, stringenten Rahmenbedingungen nach wie vor als außerordentlich schwierig dar. Im Geschäftsjahr 2010 betrug die gesetzlich vorgesehene Steigerung des Krankenhausbudgets 1,54 %. Eine Refinanzierung der allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen ist darüber nicht vollständig möglich.

Die zum 1. Januar 2010 in Kraft getretene Tarifierhöhung im Bereich des TVöD und die damit verbundenen Personalkostensteigerungen im nichtärztlichen Dienst haben zu Ergebnisbelastungen in Höhe von 339 TEUR im Geschäftsjahr geführt.

Im Bereich des ärztlichen Dienstes hat die Erhöhung des Tarifvertrages Marburger Bund zum 1. Januar Mehrkosten in Höhe von rd. 247 TEUR verursacht.

Das Jahr 2010 war für das Sana-Klinikum Remscheid geprägt durch eine nicht uneingeschränkt zufriedenstellende Entwicklung im Leistungsbereich, verbunden mit einer — bereits in Vorjahren begonnenen — Reorganisation medizinischer und pflegerischer Abläufe sowie einer Verbesserung der Servicequalität. Zwar konnten die Leistungen im Vergleich zum Vorjahr weiter gesteigert werden, dies jedoch nicht im erhofften Umfang.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2010 wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Die Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie wurde als regionales Traumazentrum zur Versorgung von Schwerverletzten im Traumanetzwerk Köln zertifiziert. Zur Beibehaltung des Verletztenartenverfahrens der Berufsgenossenschaften ist dies künftig immens wichtig. Darüber hinaus hat das Klinikum zur weiteren Verbesserung der Patientensicherheit mit Unterstützung der GRB Gesellschaft für Risiko-Beratung mbH ein umfassendes klinisches Risikomanagementsystem installiert und mit Datum vom 24. November 2010 ein entsprechendes Zertifikat der GRB erhalten.

Die Nachfolge des in den Ruhestand getretenen Chefarztes für Anästhesie und Intensivmedizin hat zum 1. November 2010 Herr Dr. Uwe Junker angetreten, der die damit zusammengeführte Abteilung für Anästhesie-, Intensiv-, Schmerz- und Palliativmedizin leitet.

Im Jahr 2010 konnte das Planungsverfahren zum Ausweis von 10 Palliativbetten im Landeskrankenhausplan abgeschlossen werden. Mit Schreiben vom 28. September 2010 der Bezirksregierung Düsseldorf wurden für das Sana-Klinikum Remscheid 10 Palliativbetten in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden 20.544 Patienten vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt über dem Vorjahr und ist weiterhin als positiv zu beurteilen,

wenngleich die geplanten Leistungen deutlich unterschritten wurden.

Leistungssteigerungen sind in den Abteilungen Orthopädie und Unfallchirurgie sowie Gastroenterologie zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer lag im Jahr 2010 bei 6,9 Tagen. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (Gase-Mix Index) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2010 auf 1,059.

Die Entwicklung im ambulanten Bereich ist im Vergleich zum Vorjahr positiv zu bewerten. Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 45.701 ambulante Fälle versorgt, dies entspricht einer Steigerung von rd. 2.451 ambulanten Fällen im Vergleich zum Vorjahr. Im teilstationären Bereich verringerte sich die Anzahl der behandelten Fälle im Vergleich zum Vorjahr um 11,8% auf 819 Fälle.

Vor dem Hintergrund des Ausbaus des medizinischen Leistungsangebotes wurde die kardiologische Abteilung umgebaut und ein zweiter Linksherzkathetermessplatz installiert. Die Maßnahme wurde im Geschäftsjahr 2010 abgeschlossen. Die Kosten der Baumaßnahme betragen im Geschäftsjahr 2010 432 TEUR, welche vollständig über zugewiesene Mittel im Rahmen des Investitionsfördergesetzes NRW finanziert wurden. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von 987 TEUR in medizinisch-technische Geräte zur nachhaltigen Verbesserung der Ausstattung des Klinikums getätigt.

Aufgrund des im Dezember 2009 mit der Dünkeloh-Klinik GmbH & Co. KG geschlossenen Kauf- und Übertragungsvertrages wurden zum 1. Januar 2010 wesentliche Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens übernommen. Da das Leistungsgeschehen in das des Sana-Klinikums Remscheid integriert wurde, wurde die Dünkeloh-Klinik als stationärer Standort aufgegeben. Teile der Dünkeloh-Klinik sind derzeit an die Sana Arztpraxen Remscheid GmbH vermietet. Für das Geschäftsjahr 2011 ist die Vermietung weiterer Flächen geplant.

Die Ende des Jahres 2009 gegründete 100-%ige Tochter Sana Arztpraxen Remscheid GmbH wurde zum 1. Oktober 2010 als Medizinisches Versorgungszentrum zugelassen. Am Standort der Liegenschaft Dünkeloh-Klinik sind zwei Unfallchirurgen und ein Hausarzt tätig. Mit Datum vom 14. Dezember 2010 wurde zwischen der Sana-Klinikum Remscheid GmbH als Organträger und der Sana Arztpraxen Remscheid GmbH als Organgesellschaft ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen.

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde die Radiologie des Klinikums in die 49-%ige Tochter RNR Sana MVZ GmbH, Leverkusen, ausgegliedert. Die restlichen Geschäftsanteile hält die RNR Servimed GmbH, Leverkusen.

2. Entgeltverhandlung

Entgeltvereinbarungen sowohl für das Budgetjahr 2009 als auch für das Budgetjahr 2010 liegen nicht vor. Am 24. Februar 2010 hat eine erste und am 25. Mai 2010 eine zweite Verhandlungsrunde mit den Kostenträgern für den Entgeltzeitraum 2009 sowie 2010 stattgefunden. Leider konnte auch in der zweiten Verhandlungsrunde keine Einigung erzielt werden. Aufgrund von Terminengpässen auf Seiten der Kostenträger konnte der angedachte Verhandlungstermin im November 2010 nicht stattfinden. Die Entgeltverhandlung soll nun im ersten Halbjahr 2011 zum Abschluss gebracht werden.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögenslage

Neben der Umbaumaßnahme der kardiologischen Abteilung sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 277 TEUR finanziert wurden.

Zum 1. Juli 2010 erfolgte die Ablösung bestehender Darlehen bei der KfW/IKB mit einem Volumen von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG, Ismaning. Die Hauptfinanzierungsquelle stellt jedoch nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 9.673 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1.427 TEUR erzielt. Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber 2009 von 9.324 TEUR auf 11.299 TEUR.

3.2 Finanzlage

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur sehr engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung der Sana Kliniken AG weiter angewiesen.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR, nunmehr durch die Sana Kliniken AG, mussten im Jahr 2010 2.056 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden.

3.3 Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem deutlich über dem Vorjahr liegenden Jahresüberschuss in Höhe von 1.427 TEUR, obwohl die umfängliche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen von 4.099 TEUR belastet.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2010 eine Betriebsleistung in Höhe von 88.042 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 2.096 TEUR. Ursächlich für die Steigerung der Betriebsleistung sind die um 2.970 TEUR gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen. Dieser Erlössteigerung stehen um 88 TEUR höhere Personalaufwendungen und bedingt durch die Ausgliederung der radiologischen Abteilung des Klinikums in ein Medizinisches Versorgungszentrum um 1.827 TEUR höhere Kosten für Untersuchungen in fremden Instituten gegenüber.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 31. März 2010 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2010 eine Baupauschale in Höhe von 1.016 TEUR. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahmen.

4. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet eine Vielzahl von Kontrollmechanismen, so z.B. für den Bereich des Liquiditätsmanagements. Das konzernweit gültige Risikomanagementhandbuch enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch seine risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagement-Ansatz durch eine einheitliche Risiko-

Management-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Risikomanagement-Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht für wesentliche Risiken eine verpflichtende Ad-hoc-Berichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Die Konzernrevision überprüft unter anderem jährlich die Funktionsfähigkeit des ganzheitlichen Risikomanagementsystems sowie die Einhaltung der Richtlinien.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse. Für die Sana-Klinikum Remscheid GmbH besteht auf Grund von Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) weiterhin das Risiko zukünftiger Erlösschmälerungen.

Neben vorgenannten Erlörisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlörisiko durch Nichterreichen der geplanten Leistungen. Da der Erfolg zum größten Teil auf der Leistungsseite erzielt wird, resultiert hieraus ein erhöhtes Risiko bei Nichterreichung der Planungswerte. Zwar werden große Anstrengungen seitens der Gesellschaft unternommen, Fallzahlen zu steigern und Imageverbesserungen herbeizuführen, ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung kann jedoch schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

5. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkung auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

6. Ausblick auf das Geschäftsjahre 2011 und 2012

Wie schon in den Vorjahren liegt der Schlüssel zur Verbesserung der Ertragslage der Gesellschaft fast ausschließlich in der medizinischen Zentrenbildung und der Diversifizierung des Leistungsspektrums, verbunden mit einer Steigerung der Leistungen. Für das Geschäftsjahr 2011 werden ca. 22.261 vollstationäre Fälle ohne teilstationäre Dialyse erwartet, was einem Case-Mix von rund 23.430 Punkten entspricht. Die angestrebten Wachstums- und Leistungsziele sollen u. a. durch folgende strukturelle und organisatorische Maßnahmen erreicht werden:

- Ausbau des im Geschäftsjahr 2010 eröffneten Adipositas-Zentrums
- Etablierung und Zertifizierung eines proktologischen Zentrums
- Einführung der minimal-invasiven Herzklappenimplantation in der Kardiologie
- Erweiterung des Kerneinzuggebietes für spezialisierte Leistungen

Darüber hinaus sollen durch Überprüfung und Optimierung des personellen und des sächlichen Ressourceneinsatzes Ergebnisverbesserungen erzielt werden.

Im Hinblick auf die für die Jahre 2011 und 2012 geplanten Leistungs- und Effizienzsteigerungen zur langfristigen Stärkung der Marktposition ist die Geschäftsführung optimistisch und erwartet für das Geschäftsjahr 2011 und das darauffolgende Jahr eine positive Entwicklung.

Remscheid, den 03.02.2011

gez. Oliver Bredel
Geschäftsführer

3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Baedekerstraße 5
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Oberkreisdirektor a.D. Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück (bis 31. Dezember 2009)

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach (seit 1. Januar 2010)

Oberbürgermeister a.D. Ernst Löchelt, Bottrop (bis 30. Juni 2010)

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen (seit 1. Juli 2010)

Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	1.616,00	1.616,00	1.616,00

3.13 RW Holding AG, Düsseldorf

vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG
Herzogstr. 15
40217 Düsseldorf
Tel. 0211 / 826-4623

Gründungsjahr: 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	3.000	0,00053
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	50.050 €	31,21

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

Organe der GesellschaftVorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:

Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Stadt Remscheid war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	397.292,07	528.261,21	414.554,76
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	106.246,68	189.241,29	148.507,74

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal
Korzert 15
42349 Wuppertal
Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg
Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender
Frank Braken	
Karlheinz Emmert	
Ralph Güther	
Dirk Jaschinski	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ingeborg Ockel	
Günter Pott	
Paul-Yves Ramette	
Bernhard Sander	
Ursel Simon	
Dr. Johannes Slawig	
Fred Surga	
Hartmut Than	
Thomas Uebrick	
Peter-Edmund Uibel	
Andreas Weigel	
Andreas Feicht	beratendes Mitglied
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	beratendes Mitglied
Heinz-Werner Thissen	beratendes Mitglied

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss
 -Herr Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann am 29.06.2010
 -Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk am 02.12.2010

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2010 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Bürgschaftsprovision (letztmalig in 2009)	878,45	253,41	-
Verrechnungsbetrag aus US-Lease	-	-	97.216,76

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter	371	373	393

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

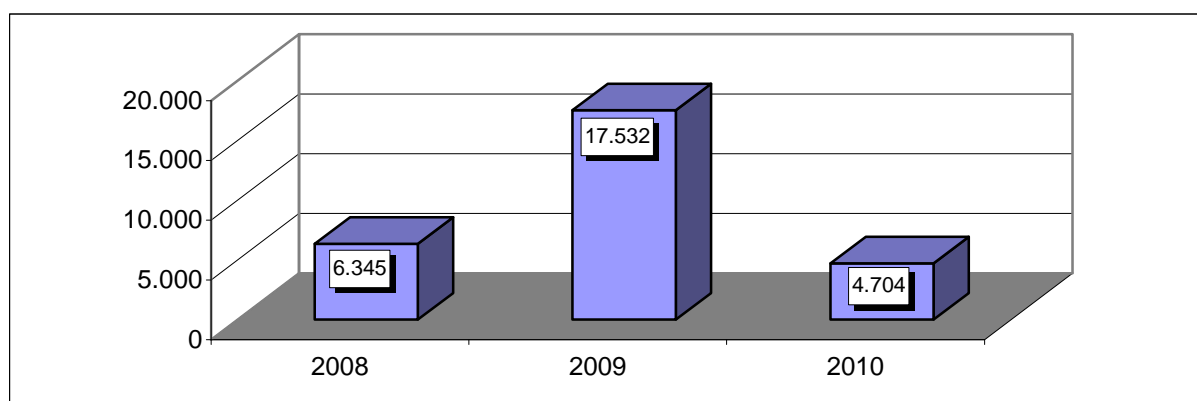
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	152	0,09	275	0,18	213	0,16
Sachanlagen	140.231	87,41	130.538	86,21	117.027	86,16
Finanzanlagen	480	0,30	321	0,21	284	0,21
Anlagevermögen	140.863	87,80	131.134	86,60	117.524	86,52
Vorräte	4.202	2,62	3.967	2,62	3.833	2,82
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	11.851	7,39	11.256	7,43	12.484	9,19
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	3.515	2,19	5.037	3,33	1.976	1,45
Umlaufvermögen	19.568	12,20	20.260	13,38	18.293	13,47
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,00	25	0,02	12	0,01
Aktiva	160.438	100,00	151.419	100,00	135.829	100,00
Gezeichnetes Kapital	767	0,48	5.000	3,30	5.000	3,68
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	19.271	12,01	17.000	11,23	20.529	15,11
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	20.038	12,49	22.000	14,53	25.529	18,79
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.424	2,13	3.437	2,27	0	0,00
Rückstellungen	23.100	14,40	20.673	13,65	21.807	16,05
Verbindlichkeiten	113.876	70,98	105.309	69,55	88.493	65,15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	160.438	100,00	151.419	100,00	135.829	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	89.750	91.569	94.542
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.816	3.538	2.020
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29	245	10
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	179	107	75
Erträge	92.774	95.459	96.647
Materialaufwand	32.243	35.448	36.783
Personalaufwand	18.593	20.465	19.936
Abschreibungen	15.645	15.956	16.360
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.951	9.294	8.709
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.199	4.661	4.364
Aufwendungen	85.631	85.824	86.152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.143	9.635	10.495
Außerordentliche Erträge	1.037	11.249	116
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4.227
Steuern von Einkommen und Ertrag	-1.652	-3.164	-1.500
Sonstige Steuern	-183	-188	-180
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-6.345	-17.532	-4.704
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

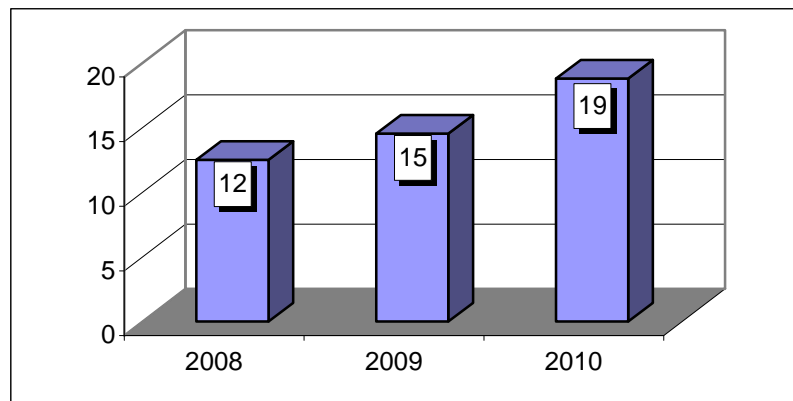
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	6.345	17.532	4.704



Kennzahlen

Eigenkapitalquote

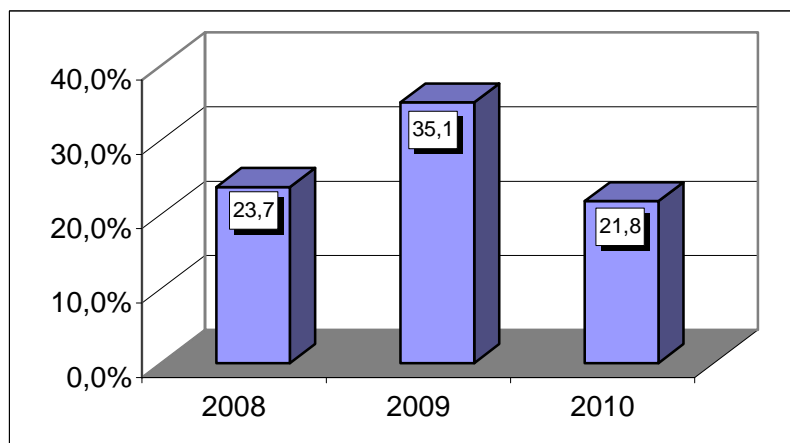
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	20.038	22.000	25.529
Bilanzsumme	160.438	151.419	135.829
% EK	12	15	19



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	6.345	17.532	4.704
Abschreibungen	15.644	15.956	16.360
	21.989	33.488	21.064
Gesamterträge	92.774	95.459	96.647
Cash-Flow	23,7%	35,1%	21,8%

*) vor Ergebnisabführung



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1. Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid sind durch die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband EKOCity wirtschaftlich und entsorgungspolitisch gut aufgestellt und für zukünftige Herausforderungen gerüstet. Der Entsorgungszweckverband wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsverbund gegründet. Zum 1.1.2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur.

Resultat der positiven Entwicklung des Verbands ist u. a., dass der Entsorgungspreis des Verbands der letzten Jahre von den Preisschwankungen im Entsorgungsmarkt weitgehend verschont blieb und, in Folge, die kommunalen Entsorgungsgebühren in den Mitgliedskommunen des Verbands in den letzten Jahren weitgehend stabil waren und damit auch langfristig kalkulierbar sind.

Die AWG wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient.

Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity profitiert von den positiven Auswirkungen dieses Entsorgungsverbunds.

Die Position der AWG im Entsorgungsverbund EKOCity ist auch deshalb auf Sicht als gesichert zu bezeichnen, weil der Zweckverband EKOCity - zu auskömmlichen Preisen - eine ausreichende Auslastung des AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet sichert.

Im Übrigen erfüllt die AWG ihre Aufgaben als leistungsfähiger regionaler Entsorgungsdienstleister auch für den gewerblichen Entsorgungsmarkt.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes

2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Verbrennungsmenge des MHKWs der AWG lag im Jahre 2010 bei rd. 427.700 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Im Berichtsjahr hat sich das Preisniveau für Gewerbemüll auf einem niedrigen Level stabilisiert. Es gibt aber Hinweise - wenn auch bisher nur vereinzelt - dafür, dass der Preisverfall für Gewerbeabfälle in den kommenden Jahren weiter voranschreitet. Daneben stehen die Wertstoffe in den Abfällen aus privaten Haushalten als potentielle Rohstoffe im öffentlichen Focus und sind abfallpolitisch hinsichtlich der Entsorgungszuständigkeit und den daraus folgenden wirtschaftlichen Auswirkungen noch umstritten.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG langfristig zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den im Berichtsjahr erfreulicherweise wieder gestiegenen Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Versorgung umgesetzt. Mit fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG nun ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Durch die Abfallrahmenrichtlinie der EU und die zu erwartende Umsetzung in nationales Recht nimmt, auch für Müllheizkraftwerke, die Bedeutung einer möglichst hohen Energieeffizienz weiter zu. Das sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorteilhafte Projekt des Ausbaus der Fernwärme, wird in Zusammenarbeit mit der WSW Energie und Wasser AG weiterhin mit Nachdruck vorangebracht. Auch im Berichtsjahr konnte die Abgabemenge für Fernwärme wieder gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Für die nähere Zukunft wird fast mit einer wesentlichen Erhöhung der Fernwärmeabgabe gegenüber dem Beginn des Jahrzehnts gerechnet. Die AWG leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der Fernwärmeversorgung in Wuppertal.

War das Jahr 2009, bedingt durch die Umweltprämie, für den Bereich „Autorecycling“ der AWG von einem exorbitanten Zulauf an Altfahrzeugen geprägt, so erfolgte im Jahre 2010 der erwartete Einbruch. Dennoch konnten vor allem organisatorische Maßnahmen im Bereich „Autorecycling“ wirtschaftlich negative Auswirkungen abfedern. Auch ließ sich zumindest im zweiten Halbjahr erkennen, dass etwa im Bereich des Gebrauchtwagenhandels die Talsohle durchschritten wurde. Wirtschaftlich hilfreich waren auch die wieder gestiegenen Erlöse für Karosenschrott.

Die „Altfahrzeughalde“ aus dem Jahr 2009 wurde im Berichtsjahr vollständig abgebaut und einer geordneten Entsorgung zugeführt.

Auf der Deponie Korzert II wurden seit dem Beginn der 80er Jahre bis ins Jahr 2007 hinein ca. 150.000 m³ der bei der Verbrennung der Abfälle in den Elektrofiltern angefallenen Filterstäube - nach einer entsprechenden Aufbereitung zu einem mörtelähnlichen Material - aus dem Müllheizkraftwerk Wuppertal der AWG abgelagert. Die Deponiekapazität war im Jahre 2007 erschöpft. Im Jahr 2008 wurde mit dem Bau der Oberflächenabdichtung und damit mit dem Abschluss der Deponie begonnen. Der Bau der Abdichtung wurde im Jahr 2009 abgeschlossen und in den Jahren 2009 und 2010 rekultiviert. Die Deponie wird kontinuierlich überwacht. Seit Beendigung der Deponierung in 2007 werden die Filterstäube, wie die Rauchgasreinigungsrückstände, in den untertägigen Bergversatz verbracht.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2009 reduzierte sich die angelieferte Abfallmenge mit 427.616 Mg (VJ 442.614 Mg) um rd. 14.998 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€55.426,6 (Vorjahr T€56.384,7).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€6.782,4 (Vorjahr T€6.670,9) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 91.515 Mg (VJ 91.963 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 74.361 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 17.154 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€9.805,4 (VJ T€9.773,0).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€530,5 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit 5.732 gegenüber dem Vorjahr mit 5.740 weitestgehend konstant. Die Zahl der Frontumleerbehälter reduzierte sich von rd. 281 im Vorjahr auf rund 266.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€1.752,7) und Altkleider (T€153,8) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€50,2).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€1.146,6 generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling steigerten sich mit T€2.293 gegenüber dem Vorjahr (T€1.856) um rund 24%. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Alteilvermarktung als auch auf eine Wiederbelebung des Gebrauchtwagenhandels zurückzuführen.

2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu. Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit T€3.625 gegenüber dem Vorjahr (T€3.725,3) konstant.

2.4. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€2.822,9 durchgeführt. Davon wurden insgesamt T€1.745 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und rd. T€287 für die Beschaffung von Mulden und Pressen aufgewendet. Weiterhin wurden für die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung rd. 326 T€ investiert.

2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Für im Rahmen einer Umschuldungsmassnahme in 2009 vorzeitig getilgte Darlehen in Höhe von rd. T€6.400 wurde im Berichtsjahr ein Anschlussdarlehen ausgezahlt.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage – Unternehmenskennzahlen - verwiesen.

2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2010 beträgt 398.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€19.935,9 (Vorjahr T€20.465) Dieser teilt sich wie folgt auf:

	<u>Personalaufwand</u>	<u>Sozialabgaben</u>
Thermik	7.027,1	2.099,3
Sammlung und Transport	8.049,4	2.312,6
Autorecycling	352,7	94,8

2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2010 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und der Bezirksregierung vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Standorte Klingelholl 80-84 sowie Deutscher Ring (Autorecycling) zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gemäß den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäße Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft ist auf zwei Jahre befristet und enthält eine Verlängerungsoption für weitere drei Jahre, die notwendigen Maßnahmen zur Ausübung der Verlängerungsoption wurden in die Wege geleitet.

3. Darstellung der Lagen

(hier nicht wiedergegeben, siehe wirtschaftliche Unternehmensdaten aus Beteiligungsbericht)

4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der, aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken, wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystem eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren der US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems hat eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter zu erfolgen. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Zu der aktuellen Entwicklung verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

4.2 EKOCity

Durch den Abschluss der Pacht- und Betriebsführungsverträge im Jahr 2003 wurde die Auslastung der Verbrennungsanlage und damit eine kostendeckende Erlössituation und ein entsprechender Unternehmensertrag langfristig gesichert.

5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 HGB)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge vor.

6. Voraussichtliche Entwicklung

Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 4.2. Es werden für den mittel- und langfristigen

Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen.

Wuppertal, im Februar 2011

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	523.405	1.340	93,1	108.980	278.988,80	0,021
Vorzugsaktien	39.000	100	6,9	0	0	
Summe	562.405	1.440	100	108.980	278.988,80	0,019

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

90 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und –technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	270.853,45	361.064,37	280.827,84
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA			
Beadeanstalten Erstattung	72.433,55	129.345,63	100.602,16

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH	22.000,00	22,0
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	*1) 6.838.490,88	6,5
*1)Kapitalanteil		

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender

Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender Ratsmitglied

Lothar Weischet, 2. stellv. Vorsitzender

Dr. Anton Binder

Thomas Blicke

Helmut Börsch

Katja von Doren

Ulrich Erkens bis Juli 2010

Susanne Fiedler

Dr. Gerhard Holtmeier ab Dez. 2010

Karl-Heinz Humpert Ratsmitglied

Andreas Karthaus

Michael Riechel Aug.–Dez. 2010

Gabriele Schoffhauser

Achim Südmeier

Beate Wilding Oberbürgermeisterin

Hans-Herbert Wilke Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.855.412,56	7.877.850,42	7.517.352,70

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	271	261	269

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2008	in %	2009	in %	2010	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	523,2	-4,1	462,8	-11,5	635,7	37,4
	Umsatz T€	66.818	1,8	63.513	-4,9	73.131	15,1
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.143	7,7	1.022	-10,6	1.204	17,9
	Umsatz T€	56.618	23,2	51.317	-9,4	49.019	-4,5
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,7	-2,9	6,6	-1,5	6,9	4,5
	Umsatz T€	16.104	-1,2	15.702	-2,5	16.321	3,9
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	41,8	5,6	44,4	6,2	49,2	10,8
	Umsatz T€	3.913	19,4	4.166	6,5	4.122	-1,1
	Gesamtumsatz T€	143.453	9,4	134.698	-6,1	142.593	5,9

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

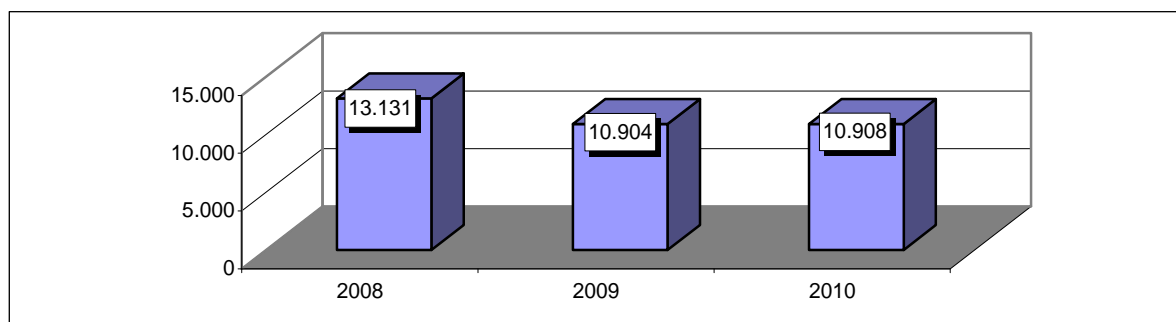
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.292	0,75	1.241	0,88	1.137	0,82
Sachanlagen	72.585	42,08	68.499	48,79	66.850	48,35
Finanzanlagen	28.761	16,67	28.754	20,48	29.991	21,69
Anlagevermögen	102.638	59,51	98.494	70,16	97.978	70,87
Vorräte	1.329	0,77	1.340	0,95	1.355	0,98
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	56.633	32,83	20.828	14,84	28.500	20,61
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	10.816	6,27	18.687	13,31	9.394	6,79
Umlaufvermögen	68.778	39,87	40.855	29,10	39.249	28,39
Rechnungsabgrenzungsposten	1.070	0,62	1.038	0,74	1.030	0,74
Aktiva	172.486	100,00	140.387	100,00	138.257	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	10,15	17.500	12,47	17.500	12,66
Kapitalrücklage	66.316	38,45	66.316	47,24	66.316	47,97
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	48,59	83.816	59,70	83.816	60,62
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	7.187	4,17	6.195	4,41	5.653	4,09
Rückstellungen	7.171	4,16	9.920	7,07	12.484	9,03
Verbindlichkeiten	74.312	43,08	40.456	28,82	36.304	26,26
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	172.486	100,00	140.387	100,00	138.257	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

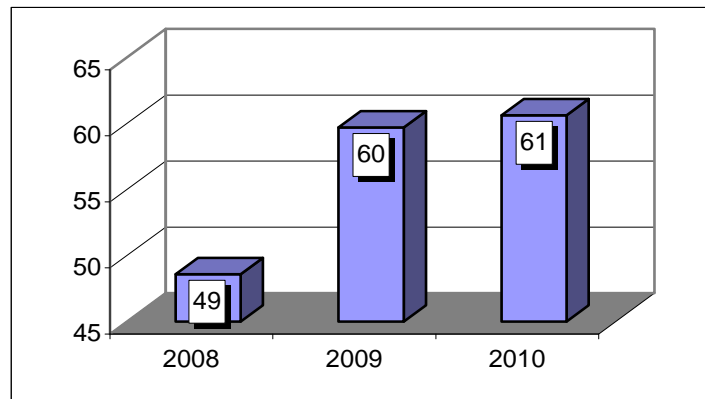
Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	155.443	146.606	137.854
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	18	-22	23
Andere aktivierte Eigenleistungen	289	331	350
Sonstige betriebliche Erträge	23.881	23.443	7.033
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	2	2	4
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	775	215	730
Erträge	180.408	170.575	145.994
Materialaufwand	111.616	119.904	93.702
Personalaufwand	15.093	15.386	15.977
Abschreibungen	7.158	6.885	6.615
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.485	14.406	16.871
Aufwendungen aus Verlustübernahme	12.754	950	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.007	904	896
Aufwendungen	165.113	158.435	134.061
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.295	12.140	11.933
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-154
Sonstige Steuern	-2.164	-1.236	-871
Gewinnabführung an Organträger	-13.131	-10.904	-10.908
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	13.131	10.904	10.908

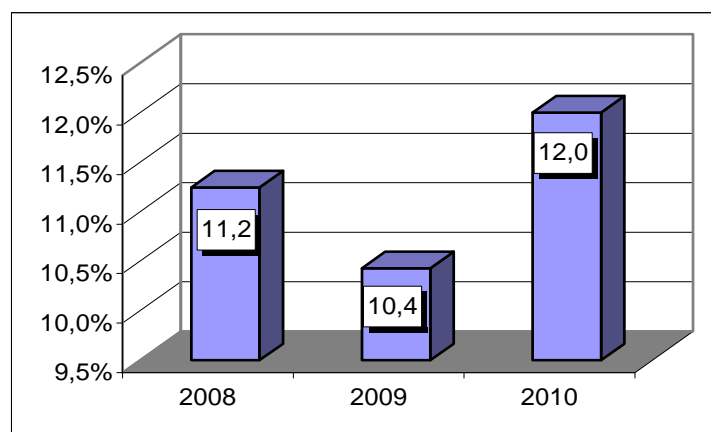
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	172.486	140.387	138.257
% EK	49	60	61



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	13.131	10.904	10.908
Abschreibungen	7.158	6.885	6.615
	20.289	17.789	17.523
Gesamterträge	180.408	170.575	145.994
Cash-Flow	11,2%	10,4%	12,0%



Lagebericht 2010

Allgemeines

Die wirtschaftliche Lage der bergischen Unternehmen hatte sich im Herbst 2010 weiter deutlich verbessert. Die Konjunkturumfrage der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahreswechsel 2011 bestätigt diese Entwicklung, die Bergische Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem kräftigen Aufschwung. Im IHK-Bezirk sind inzwischen alle Hauptwirtschaftszweige von diesem Trend erfasst, wobei Remscheid erkennbar hinterherhinkt.

Der Arbeitsmarkt in der Region hat im Berichtsjahr ebenfalls eine spürbare Belebung erfahren: Weg von einer tiefgreifenden Kurzarbeit hin zu einer Zunahme der erwerbstätigen Personen. In Remscheid sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2010 gegenüber Dezember 2009 deutlich von 10,2 % auf 9,3 %. Nach einer mehr als schwierigen

Geschäftslage im Bergischen Wirtschaftsraum sehen insbesondere die Remscheider Unternehmen dem kommenden Jahr durchaus mit Optimismus und Zuversicht entgegen.

Der konjunkturelle Aufschwung strahlt ebenfalls auf die Energieversorgungsbranche und damit auf die EWR aus, wenngleich der wirtschaftliche Aufschwung der heimischen Industrie erst im letzten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres an Fahrt gewann. Auf der Gasseite hat die extrem kalte Witterung allein in den Monaten November und Dezember für ein deutliches Absatzplus gesorgt. Allerdings hat sich insgesamt der Wettbewerbsdruck intensiviert.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 02. Juli 2010 wurde die EWR Netz GmbH, Remscheid, rückwirkend zum 01. Januar 2010 auf die alleinige Gesellschafterin EWR GmbH durch Aufnahme verschmolzen. Damit entfallen nunmehr die Abrechnung von Entgelten für die seinerzeit im Rahmen eines Verpachtungs-/Dienstleistungsmodells an die Gesellschaft verpachteten Strom- und Gasnetze bzw. die Abrechnung von Netznutzungsentgelten durch die EWR Netz GmbH. Insofern ist ein Vergleich der Geschäftsjahre 2009 und 2010 der EWR nur eingeschränkt möglich.

Der nach der Gemeindeordnung NW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen, eine sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die allmähliche Erholung der heimischen Wirtschaft von den Folgen der Weltwirtschaftskrise war auch in der Absatzbilanz der EWR wiederzuerkennen. Die Gesamterlöse der Gesellschaft sanken zwar gegenüber dem Vorjahr von 146,6 Mio. € auf 137,9 Mio. € allerdings im Wesentlichen aus dem Verschmelzungseffekt mit der EWR Netz GmbH resultierend. Auf Energie- und Wasserlieferungen bezogen - nunmehr einschließlich Durchleitungen - stiegen die Erlöse von 134,7 Mio. € um ca. 5,9% auf 142,6 Mio. €. Vom Umsatzzuwachs in der Sparte Strom - insgesamt 9,6 Mio. € oder 15,1 % - entfielen rund 4,0 Mio. € auf Mengen- und Preiseffekte und 5,6 Mio. € auf die jetzt einbezogenen Durchleitungsentgelte. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 4,5 % - wird durch die Nachwirkungen der in 2009 vorgenommenen Preissenkungen verzerrt und ist kein Spiegelbild der mehr als positiven Absatzentwicklung. Der Umsatz in der Wasserversorgung (+ 3,9 %) und damit verbunden die abgesetzten Mengen konnten trotz einer weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung in Folge des sehr heißen Sommers in Remscheid erfreulich zulegen.

In der Stromsparte überschreiten wir mit dem Absatz - bereinigt um Durchleitungsmengen - von 476,0 Mio. kWh den Wert des Jahres 2009 um 13,2 Mio. kWh oder gut 2,8 % als Ergebnis der konjunkturellen Belebung. Insgesamt wurden unter Einbeziehung der durchgeleiteten und der in fremde Netzgebiete gelieferten Mengen 635,7 Mio. kWh abgesetzt. Die Witterungsverhältnisse zu Beginn und Ende des Jahres 2010 haben neben den positiven Konjunktoreinflüssen einen ausgesprochen starken Beitrag zum Gasabsatz geleistet, der mit rund 1,2 Mrd. kWh um 17,8 % über dem Volumen des Vorjahres liegt. Wie bereits angesprochen, konnte der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch durchbrochen werden. Mit ca. 6,9 Mio. m³ im Berichtsjahr fällt dieser um mehr als 4 % höher aus. Die

Wärmeversorgung konnte sich wie die Gasversorgung ebenfalls gut behaupten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg der Absatz auf insgesamt 49,2 Mio. kWh oder um 10,9 %.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den Absatz- und Umsatzbereich der Energie- und Wasserversorgung zusammen, wobei ein direkter Vergleich der Strom- und Gasversorgung gegenüber dem Vorjahr aufgrund nunmehr eingeflossener Durchleitungsmengen nur sehr eingeschränkt möglich ist:

		Absatz *)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	635,7	+ 37,3	73,1	+ 15,1
Gasversorgung	Mio. kWh	1.203,6	+ 17,8	49,0	./ 4,5
Wärmeversorgung	Mio. kWh	49,2	+ 10,9	4,1	./ 1,1
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,9	+ 4,1	16,3	+ 3,9
Gesamt				142,6	+ 5,9

*) einschl. Durchleitung Strom und Gas, Eigenverbrauch, ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Das Jahresergebnis der EWR schließt vor Gewinnabführung über alle Sparten und nach Ertragsteuern wie im Jahr zuvor mit einem Gewinn in Höhe von 10,9 Mio. € ab.

Die Konzessionsabgabe - abgeleitet von den Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,8 Mio. € um 0,25 Mio. € über dem Vorjahreswert. Auf der Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresgewinn von 10,9 Mio. € vor Abzug der Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafterin Thüga Aktiengesellschaft, München, an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

Beschaffung

Die Entwicklung der Bezugskosten für Strom und Gas fiel unterschiedlich aus. Die absoluten Strombeschaffungskosten - ohne Netzkosten - stiegen deutlich um mehr als 13 %. Die Gasbezugskosten hingegen sanken im Vergleich zu 2009 aufgrund der Nachwirkungen günstigerer Bezugskonditionen. Einschließlich des Materialverbrauchs, der Brenn- und Treibstoffe und der bezogenen Lieferungen und Leistungen beansprucht der gesamte Materialaufwand in 2010 eine Größenordnung von 93,7 Mio. €. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist aufgrund der Verschmelzung der EWR Netz GmbH nicht aussagekräftig.

Personalbereich

Zum 31.12.2010 beschäftigte die EWR 269 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - davon 4 übernommene Personen aus der EWR Netz GmbH - und damit 8 Belegschaftsmitglieder mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erhöht und zwar von 240 Personen auf 249 Personen. Zum Jahresende befanden sich wie im Vorjahr 15 junge Menschen in einem

Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende bezogen - einer Ausbildungsquote von knapp 6 %.

Die Personalkosten nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 16,0 Mio. € und damit als Folge personeller Veränderungen und tariflicher Erhöhungen etwa 0,6 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2009. Als Folge gesunkener Umsatzerlöse nimmt der Personalaufwand 11,2 % (Vorjahr 9,1 %) der betrieblichen Erträge ein.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14.001 genügt, dessen Neu-Zertifizierung im Jahr 2010 erfolgt ist. Der EWR wird mit dem Zertifikat einer unabhängigen Gutachterorganisation bescheinigt, dass das Thema Umweltschutz ein wichtiger und gelebter Bestandteil der Organisation ist.

Arbeitsschutz ist ein stets im Focus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 9 im Vorjahr auf aktuell 14 - davon 8 meldepflichtig - erhöht. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltageliegen stiegen von 83 auf 148 an. Im Konzern registrierten wir insgesamt 28 Arbeitsunfälle, von denen 20 (13 i.Vj.) meldepflichtig waren.

Risiken und Chancen

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahresende sind im Konzern sieben Risiken - davon sechs die EWR betreffend - identifiziert. Diese sechs Risiken werden in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Zu diesen Risiken zählt das mit dem SANA-Klinikum, Remscheid, vereinbarte Schiedsverfahren über die Auslegung der Endschaftsklausel bezüglich der Wärmeversorgungsanlage. Die als endgültig anzusehende Entscheidung des Schiedsgerichts steht noch aus. Die EWR GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Um den regulatorischen Anforderungen an einen effizienten Netzbetrieb besser nachkommen zu können, wurde die EWR Netz GmbH rückwirkend zum 01. Januar 2010 auf die alleinige Gesellschafterin EWR GmbH verschmolzen. Im Zuge der damit verbundenen Organisationsanpassung in den technischen Bereichen haben wir uns dazu entschlossen, die Organisation der EWR insgesamt zu beleuchten. Mit der im Frühjahr 2011 in Kraft gesetzten neuen Struktur können wir unsere Geschäftsstrategie zielgerichtet verfolgen und besser auf die neuen Herausforderungen des Marktes und unserer Kunden eingehen.

Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Technik breit genutzt. Mit der angestrebten Beteiligung an der Thüga Erneuerbare Energiengesellschaft sehen wir neben dem bestehenden Engagement bei GREEN GECCO ein weiteres Standbein im Segment der regenerativen Energieerzeugung.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2010 wurden rund 6,5 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert und damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt gut 2,8 Mio. € mehr Finanzmittel für Investitionen eingesetzt. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um 1,1 Mio. €

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen knapp 51 % auf die Stromversorgung, etwa 7 % auf die Gasversorgung, ca. 6 % flossen in die Wasserversorgung und rund 4 % wurden in die Wärmeversorgung investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen gut 32 % der Finanzmittel. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die erwirtschafteten Abschreibungen zurückgegriffen werden.

Ausblick

Zum Jahreswechsel nach 2011 scheint der konjunkturelle Aufschwung auch Remscheid zu erfassen. Zu Beginn des zweiten Quartals ist von der Industrie- und Handelskammer eine Klimaverbesserung und Zuversicht auszumachen.

Die winterlichen Verhältnisse sowie die wirtschaftliche Lage unserer industriellen Kunden konnten insgesamt den Gas- und Wärmeabsatz in den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres nicht beflügeln. Im Strombereich bewegen wir uns in etwa auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Der Wasserabsatz zeigt aufgrund der relativen Trockenheit eine erfreuliche Entwicklung und übertrifft für diesen Zeitabschnitt unsere Erwartungen. Insgesamt gesehen können die ersten vier Monate des Jahres 2011 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres geben.

Die tragischen Ereignisse um Fukushima und die hierdurch ausgelösten gesellschaftlichen und politischen Diskussionen werden die Zukunft der Energieversorgung tiefgreifend und nachhaltig verändern. Als kommunaler Energieversorger werden wir unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens weiter fortsetzen.

Mit der im ersten Quartal 2010 im Verbund mit anderen Stadtwerken vollzogenen Beteiligung an der GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft sehen wir unseren nachhaltigen Einstieg in das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung, das perspektivisch ausgebaut wird. Im Fokus stehen Biogasanlagen, Windkraft, Biomasse-Heizkraftwerke und Wasserkraftwerke. Bereits zwei Onshore-Windparks - in Schottland und Schleswig-Holstein - wurden in 2010 bzw. 2011 gekauft. Die zum Jahreswechsel von der Thüga AG in ihrem Beteiligungsumfeld gegründete Erneuerbare Energiengesellschaft (THEE) wird ein vergleichbares Netzwerk mit dem Schwerpunkt Windkraft aufbauen. Unsere Gesellschaft wird sich ebenfalls durch eine

Beteiligung engagieren. Die entsprechenden Beschlüsse unserer Aufsichtsgremien liegen bereits vor.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2011 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 13,6 Mio. € das mehr als 5 Mio. € für geplante Projekte innerhalb von GREEN GECCO und der Beteiligung an der THEE vorsieht. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Maßnahmen innerhalb unseres Strom- und Gasversorgungsnetzes.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gesichert, zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden voraussichtlich keine Fremdmittel benötigt. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Für 2011 streben wir vor Gewinnabführung an die Muttergesellschaft und vor Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von gut 11,3 Mio. € an. Perspektivisch sehen wir für 2012 eine ähnlich gute Ergebnislage, die sich damit insgesamt über dem Niveau von 2010 bewegt.

Remscheid, 20. Mai 2011

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und –einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Lothar Sill, Vorsitzender	SB
Klaus Mandt, stellvertretender Vorsitzender	SB
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	5	5	5

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€aufgeteilt auf:	2008	2009	2010
Kurzparken	610	633	598
Dauerparken	209	190	203
Dienstleistungen	56	79	96
Gesamtumsatz T€	875	902	897

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

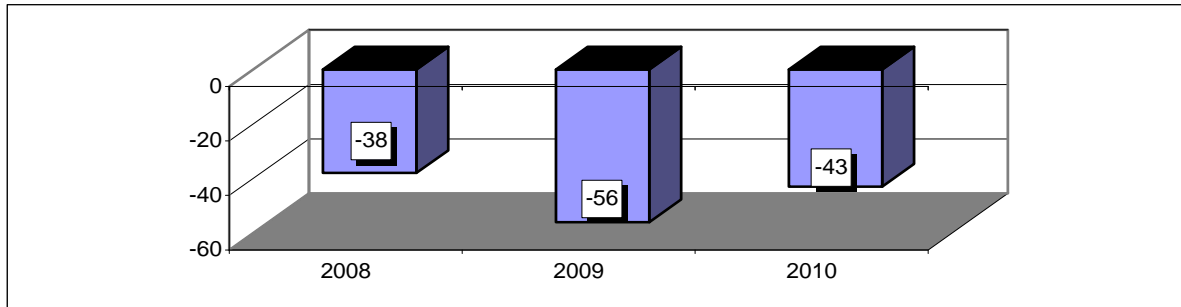
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	0,10	2	0,05	1	0,03
Sachanlagen	3.959	95,86	3.866	96,53	3.784	96,73
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	3.963	95,96	3.868	96,58	3.785	96,75
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	60	1,45	88	2,20	92	2,35
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	107	2,59	49	1,22	35	0,89
Umlaufvermögen	167	4,04	137	3,42	127	3,25
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	4.130	100,00	4.005	100,00	3.912	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,42	100	2,50	100	2,56
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,02	-1	-0,02	-1	-0,03
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,40	99	2,47	99	2,53
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	20	0,48	72	1,80	118	3,02
Verbindlichkeiten	4.011	97,12	3.834	95,73	3.695	94,45
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.130	100,00	4.005	100,00	3.912	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	875	902	897
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	45	16	17
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	2	1	1
Erträge	922	919	915
Materialaufwand	137	206	162
Personalaufwand	204	209	279
Abschreibungen	98	100	98
Sonstige betriebliche Aufwendungen	327	297	293
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	171	140	103
Aufwendungen	937	952	935
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-15	-33	-20
Sonstige Steuern	-23	-23	-23
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	38	56	43
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

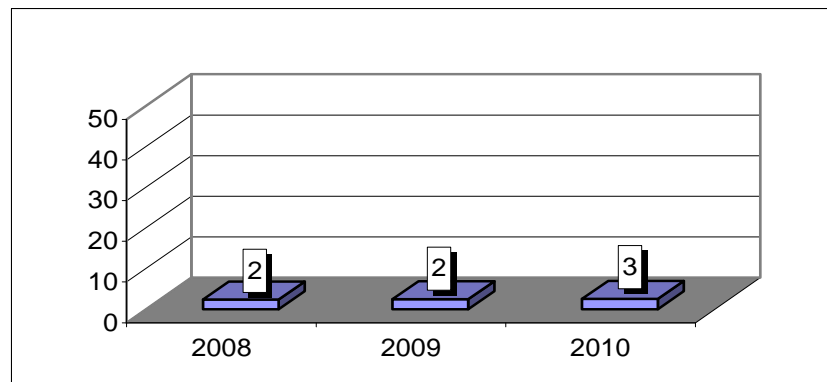
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-38	-56	-43



Kennzahlen

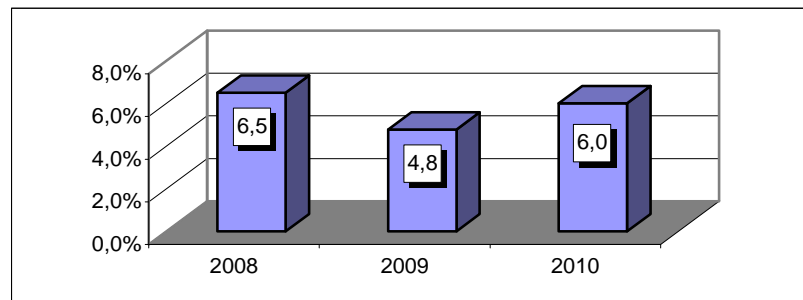
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	99
Bilanzsumme	4.130	4.006	3.912
% EK	2	2	3



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-38	-56	-43
Abschreibungen	98	100	98
	60	44	55
Gesamterträge	922	919	915
Cash-Flow	6,5%	4,8%	6,0%



Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2010

Allgemeines

Seit nunmehr über sechs Jahren gehört die Gesellschaft zum Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH und betreibt das von der Städtischen Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH übernommene Parkgeschäft. Der Gegenstand der Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist unverändert die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen.

Die Gesellschaft hat ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 erstmals unter Anwendung des durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des HGB aufgestellt. Aus der Umstellung auf die neuen Vorschriften ergeben sich zum 01. Januar 2010 keine Bewertungsänderungen.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR) wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von den Stadtwerken Remscheid diverse technische Dienstleistungen erbracht.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Kundenresonanz und das damit verbundene Parkverhalten präsentierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder uneinheitlich. Die teilweise extremen Winterverhältnisse bis weit in das Frühjahr 2010 sowie heftige und lang anhaltende Schneefälle bereits im November und Dezember 2010 bewirkten einerseits Rückgänge im Kurzparkerbereich, andererseits verzeichneten wir eine spürbare Belebung des Geschäfts mit Dauerparkern.

Die Erlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Wert von 897 T€ und damit annähernd die korrespondierende Vorjahresgröße von 902 T€. Unsere Erwartungen - geplant waren rund 906 T€ - wurden

damit fast erreicht. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie nehmen etwa zwei Drittel der Gesamterlöse ein - erstmals einen Rückgang von 5,5 % auf 598 T€ vollziehen, können wir bei den Dauerparkern nach spürbaren Umsatzrückgängen in den letzten Jahren einen erfreulichen Umsatzgewinn von 6,9 % verzeichnen. Die bereits angesprochenen extremen Winterbedingungen aber auch die weit in das Jahr 2010 in Remscheid reichende fehlende Belegung der heimischen Wirtschaft zeichnen insgesamt für die stagnierende Umsatzentwicklung verantwortlich.

Von den insgesamt etwa 1.560 verfügbaren Stellplätzen werden zum Bilanzstichtag ca. 480 (i. Vj. 440) von Dauerparkern in Anspruch genommen.

Zwischen den Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Vertrag wurde am 09. November 2010 mit Wirkung zum 01. Januar 2011 angepasst. Der Jahresfehlbetrag 2010 in Höhe von ca. 43 T€ fällt um ca. 13 T€ niedriger aus als im Jahr zuvor.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.500 T€ Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1.410 T€ (i. Vj. 1.420 T€) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von rund 2,2 Mio. €

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit den Stadtwerken Remscheid ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft mit 100 T€ vergleichsweise gering. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,5 % auf Vorjahresniveau.

Personalbereich

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 279 T€ (208 T€ i. Vj.) ca. 31 % der betrieblichen Erträge ein. Zu erwähnen ist, dass erstmals eine Rückstellung (79 T€) für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse passiviert wurde, die die Unterdeckung zum 31. Dezember 2010 einschließlich der Nachholung aus Vorjahren berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 4,5 (i. Vj. 5) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vergütung richtet sich nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G bzw. TV-V. Diese gelten auch für die Altersversorgung. Auch im Berichtsjahr fanden wieder zwei Mitarbeiter-Workshops statt. Im Vordergrund steht die Umsetzung eigener Ideen, die sowohl die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch den geschäftlichen Erfolg der PSR fördern. Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder kein Arbeitsunfall.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid - diese sind seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert - wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Soweit sinnvoll und angemessen,

wird die PSR in dem zentralen Managementsystem berücksichtigt. Erhöhten Umweltrisiken ist die Park Service Remscheid GmbH nicht ausgesetzt.

Rentabilität

Der Jahresfehlbetrag in 2010 fällt gegenüber dem Vorjahr und im Vergleich zu unserer ursprünglichen Prognoserechnung spürbar niedriger aus. Der bisher anhaltend positive Trend bei den Kurzparkern wurde witterungsbedingt und als Folge der lang anhaltenden allgemein schlechten Wirtschaftslage durchbrochen. Bei den Dauerparkern sorgte im Wesentlichen mangelnder Parkraum im oberirdischen Straßenraum als Folge der Wintereinflüsse für einen Umsatzzuwachs mit direkter Ergebnisauswirkung. Nach wie vor wirken sich infrastrukturelle Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen negativ auf die Erlösentwicklung und damit unmittelbar auf die Ergebnislage aus. Auch in den nächsten Jahren erwarten wir geringfügige Verluste - allerdings mit abnehmender Tendenz. Der Verlust wird von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages ausgeglichen.

Risiken und Chancen

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden wieder Maßnahmen umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenzierung und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Neben der Nutzung von Wertkarten, die sich zur Erfolgsstory entwickelt hat, konnte eine Kooperation mit der Volkshochschule (VHS) geschlossen werden, die den VHS-Besuchern eine attraktive Nutzung des Parkhauses „Am Markt“ eröffnet. Viel Lob für die PSR brachten spezielle „Winter-Nacht-Tarife“ ein, die ein zusätzliches Kundenpotenzial eröffnen. Als wichtiger Partner des Einzelhandels ist die PSR auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

Ausblick

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2010 aufgestellten mittelfristigen Wirtschaftsplanung erwarten wir für die Jahre 2011 bis 2014 - vor Ergebnisabführung - kontinuierlich sinkende Jahresdefizite. Für das kommende Jahr rechnen wir bei der Kundengruppe der Kurzparker wieder mit einer belebenden Frequenzierung unserer Parkeinrichtungen. Bei der Vermietung von Dauerparkplätzen gehen wir von einer Stabilisierung der positiven Entwicklung des Jahres 2010 aus. In unserer Planung für 2011 haben wir geringfügig höhere Gesamterlöse der PSR gegenüber dem Vorjahr unterstellt.

In der Planungsperiode 2011 bis 2014 rechnen wir mit Jahresdefiziten auf einem insgesamt niedrigeren Niveau.

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr beschränkte sich vor allem auf die Anschaffung eines neuen Datenbankservers für die Parkleittechnik in Höhe von ca. 20 T€ Der Austausch der 30 Jahre alten Beleuchtungsanlage in der Tiefgarage Rathaus durch ein modernes, energieeffizientes und langlebiges Beleuchtungssystem sorgt im Sinne der Kunden für deutlich bessere Lichtverhältnisse. Die im Unterhaltungsbereich durchgeführte Maßnahme - etwa 40 T€ wurden verausgabt - wird zu einer spürbaren Senkung der Stromkosten und damit insgesamt zu einer Ergebnisverbesserung beitragen. Im Zeitraum 2011 bis 2014 sind Investitionen von 40 T€ im Jahresdurchschnitt geplant. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Entwicklung im neuen Geschäftsjahr lässt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den Verlauf des Jahres 2011 zu.

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 24. Februar 2011

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Karl Wilhelm Tamm, Vorsitzender
Bernd Quinting
Beate Wilding

SB
Ratsmitglied
Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	27	29	29

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2008	in %	2009	in %	2010	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	570.132	4,4	541.242	-5,1	505.672	-6,6
	Umsatz T€	3.913	6,3	3.969	1,4	3.786	-4,6
Sportbad	Besucher	138.690	0,6	134.715	-2,9	145.848	8,3
	Umsatz T€	132	5,6	128	-3,0	115	-10,2
	Gesamtumsatz T€	4.045	6	4.097	1	3.901	-5

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

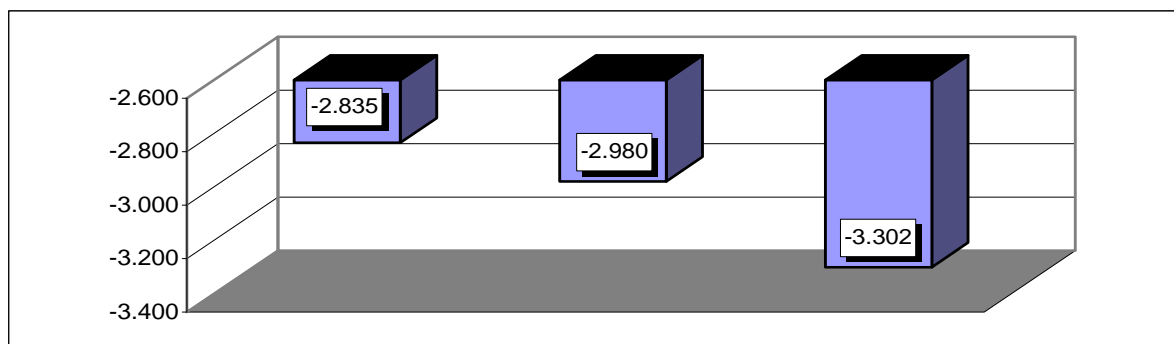
Jahr Bilanz-Position	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	13	0,05	9	0,03	5	0,02
Sachanlagen	23.694	87,84	22.461	87,04	21.182	83,71
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	23.707	87,89	22.470	87,07	21.187	83,73
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2.959	10,97	3.166	12,27	3.414	13,49
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	308	1,14	170	0,66	702	2,77
Umlaufvermögen	3.267	12,11	3.336	12,93	4.116	16,27
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	26.974	100,00	25.806	100,00	25.303	100,00
Gezeichnetes Kapital	200	0,74	200	0,78	200	0,79
Kapitalrücklage	23.426	86,85	23.426	90,78	23.426	92,58
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	23.626	87,59	23.626	91,55	23.626	93,37
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	666	2,47	682	2,64	587	2,32
Verbindlichkeiten	2.682	9,94	1.498	5,80	1.090	4,31
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	26.974	100,00	25.806	100,00	25.303	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.075	4.132	3.937
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	187	201	253
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	6	1	5
Erträge	4.268	4.334	4.195
Materialaufwand	3.404	3.725	3.587
Personalaufwand	1.131	1.141	1.435
Abschreibungen	1.420	1.481	1.489
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.078	880	919
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66	19	2
Aufwendungen	7.099	7.246	7.432
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.831	-2.912	-3.237
Sonstige Steuern	-4	-68	-65
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	2.835	2.980	3.302
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

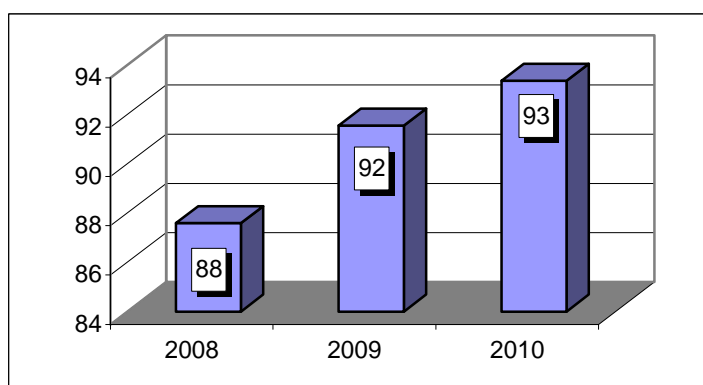
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-2.835	-2.980	-3.302



Kennzahlen

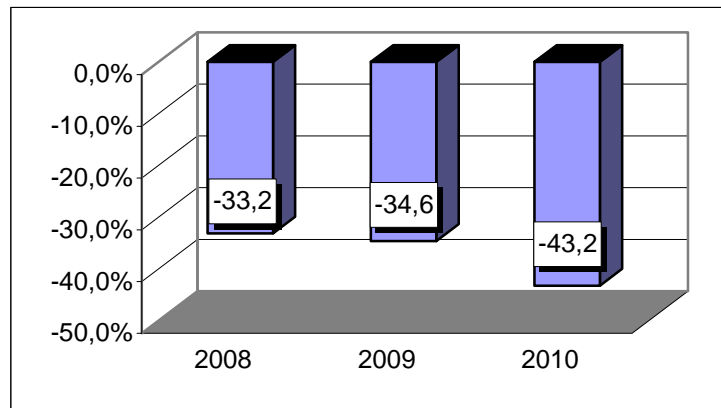
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	23.626	23.626	23.626
Bilanzsumme	26.974	25.806	25.303
% EK	88	92	93



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-2.835	-2.980	-3.302
Abschreibungen	1.420	1.481	1.489
	-1.415	-1.499	-1.813
Gesamterträge	4.268	4.334	4.195
Cash-Flow	-33,2%	-34,6%	-43,2%



Lagebericht der H₂O GmbH für das Geschäftsjahr 2010

Allgemeines

Die H₂O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus behaupten. Die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurde wieder honoriert: Unsere Saunalandschaft hat sich vom beachtlichen 5. Platz nach dem jüngsten Ranking auf Platz 4 der führenden und schönsten Saunaanlagen Europas etabliert.

Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Die Gesellschaft hat ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 erstmals unter Anwendung des durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des HGB aufgestellt. Aus der Umstellung auf die neuen Vorschriften ergaben sich zum 01. Januar 2010 keine Bewertungsänderungen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung wird weiterhin von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR), wahrgenommen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die teilweise extremen Winterverhältnisse bis weit in das Frühjahr 2010, die Fußball-WM im Sommer sowie heftige und lang anhaltende Schneefälle bereits im November und Dezember 2010 hinterließen auch bei unseren Gästezahlen und damit verbunden auf der Einnahmeseite der Gesellschaft sichtbare Spuren.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden rund 651.500 Gäste registriert und damit etwa 24.500 Besucher oder 3,6 % weniger als im Jahr 2009. Gleichwohl erfüllen die Besucherzahlen insgesamt das für das Jahr 2010 planerisch gesteckte Ziel. Auf den wirtschaftlich erfolgreichen Saunabereich einschließlich Massagen entfallen ca. 113.500 Gäste (im Vorjahr 115.500) und leicht gestiegene Einnahmen, die sich auf 1.930 T€ (im Vorjahr 1.925 T€) belaufen. Der höhere Absatz an Wochenend- und Feiertagskarten und die damit verbundenen höheren Preisstrukturen, bewirken diese Entwicklung. Neben den weiteren Einnahmen aus dem Betrieb der Wasserlandschaft des H₂O und des Sportbades - insgesamt 1.971 T€- erzielt die Gesellschaft weitere Erlöse aus Pachtentgelten, aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich. Insgesamt erreichen die Umsatzerlöse ohne die sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten mehr als 3,9 Mio. €, die damit gegenüber dem Vorjahr um rund 0,2 Mio. € geringer ausfallen.

Der im Geschäftsjahr 2010 ausgewiesene Jahresfehlbetrag beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf 3.302 T€ Gegenüber dem Vorjahresergebnis stellt sich eine Verschlechterung von 322 T€ ein. Im Vergleich zur ursprünglichen Wirtschaftsplanung für 2010 bewegen wir uns mit dem Ergebnis allerdings unterhalb der festgelegten Zielgröße von - 3.350 T€

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der am 09. November 2010 mit Wirkung zum 01. Januar 2011 angepasst wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 3,3 Mio. € wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages übernommen.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.000 T€, der zu jeder Zeit ausreichend bemessen war.

Die Gesellschaft verfügt seit 2008 über eigenes Anlagevermögen, die Betriebsmittel wurden im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft zum 01.01.2008 übernommen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt aus diesem Vorgang resultierend 23,6 Mio. € (i. Vj. 23,6 Mio. €). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme nimmt im abgelaufenen Geschäftsjahr gut 93 % ein.

Personalbereich

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.435 T€ und nimmt einen Anteil von knapp 35 % an den betrieblichen Erträgen ein. Zu erwähnen ist, dass eine Rückstellung (58 T€) für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse passiviert wurde, die zum 31. Dezember 2010 die Veränderung zum Vorjahr berücksichtigt. Zum Jahresende beschäftigt die Gesellschaft unverändert 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das wie im Vorjahr ca. 24 Personale. Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die nach dem 01.04.2005 beschäftigt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Die H₂O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied regelmäßig Beiträge an die

Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln) im von den Statuten geforderten Umfang. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Zurzeit bilden wir einen jungen Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Das Thema Arbeitssicherheit nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich im Jahr 2010 einer von insgesamt 20 im Konzern Stadtwerke Remscheid registrierten meldepflichtigen Arbeitsunfällen. Von den nicht meldepflichtigen Unfällen entfiel ebenfalls einer auf die H₂O GmbH. Alles in allem erneut ein erfreuliches Ergebnis.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid, die seit vielen Jahren ISO 14.001 zertifiziert sind, wird auch in der H₂O GmbH aufrechterhalten. So wird das H₂O seit dem 1. Juni 2010 ausschließlich mit Öko-Strom versorgt und ist damit eine der ersten Freizeitanlagen in Deutschland, die ihren Strombedarf zu 100 % mit Strom aus regenerativen Erzeugungsformen deckt. Dieser stammt zum größten Teil aus modernen Wasserkraftwerken, was dem Anspruch, in der Wasser- und Saunalandschaft nicht nur mit den Rohstoffen Wärme und Wasser, sondern auch mit dem Strom verantwortungsvoll umzugehen, Rechnung trägt.

Rentabilität

Die Gesellschaft ist aufgabenbedingt eine Verlustgesellschaft. Die entstehenden Verluste sind von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2010 erreicht die Gesellschaft - bezogen auf das Betriebsergebnis - einen Kostendeckungsgrad von 55 % (im Vorjahr 59 %).

Risiken und Chancen

Die H₂O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Die H₂O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft sind die beihilferechtlichen Vorschriften zur öffentlichen Daseinsvorsorge - hier das klarstellende Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus dem Jahr 2003 in der Sache „Altmark Trans“ - und der derzeit geltende Rechtsrahmen der EU-Kommission für die Gewährung von staatlichen Ausgleichszahlungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Die von der H₂O GmbH zu erbringenden Dienstleistungen - Bereitstellung von Beckenzeiten für Schul- und Vereinsschwimmen sowie ein Bäderbetrieb zu sozialverträglich gestaffelte Nutzerentgelte - beinhalten in der Regel das geforderte gemeinwohlverpflichtende Element und gehören damit zu den Daseinsvorsorgeaufgaben.

Um sicherzustellen, dass der von den Stadtwerken Remscheid vorzunehmende und damit von der Stadt Remscheid getragene jährliche Verlustausgleich im Einklang mit dem EU-Beihilferecht steht, bedarf es noch eines sogenannten Betrauungsaktes, der damit verbunden auch Rückgewährsverpflichtungen vermeidet. Dieser Betrauungsakt wird derzeit von der Gesellschaft vorbereitet, um im Laufe des Jahres 2011 über entsprechende Beschlüsse des Aufsichtsrates und Rates der Stadt Remscheid sowie der Gesellschafterversammlung herbeizuführen.

Im operativen Geschäft der Gesellschaft kristallisieren sich Witterungseinflüsse, wirtschaftliche Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation als starke Einflussfaktoren auf das Verhalten und die Besucherfrequenz unserer Gäste heraus. Den Rückgang in den Besucherzahlen der Wasserlandschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr schreiben wir zu großen Teilen den ausgesprochen extremen Winterverhältnissen zu. Trotz aller widrigen Umstände haben wir mit den Gästezahlen insgesamt noch ein sehr gutes Niveau erreicht. Die hohe Attraktivität unserer Einrichtungen, die Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen sowie die Qualität unserer Dienstleistungen wurden erneut honoriert: Unsere Saunalandschaft konnte sich im Ranking erneut verbessern und nimmt nunmehr Platz 4 der führenden und schönsten Saunaanlagen in Europa ein. Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, trotz zunehmender Konkurrenzsituation im Umland, mit der ausgewiesenen Attraktivität unserer Einrichtungen, die Ertragslage der Gesellschaft stabil zu halten.

Ausblick

Die Perspektivplanung der Gesellschaft trägt der zunehmenden Konkurrenzsituation im Umland Rechnung und geht derzeit davon aus, dass wir - in den einzelnen Gästekategorien nuanciert - in etwa das Besucherniveau des Jahres 2010 halten werden. Gezielte Investitionen im Jahr 2011 und im Jahr 2012 sowohl in die Wasser- als auch Saunalandschaft verbunden mit einem Programmpaket und hoher Qualität im Servicebereich sollen zur Stabilisierung der Ergebnissituation der Gesellschaft beitragen. Unterstützt wird diese Entwicklung nach wie vor durch ein striktes Kostenmanagement. Als wichtiges Rahmenelement für eine beihilferechtskonforme Finanzierung und damit Grundlage des operativen Handelns der Gesellschaft wird im laufenden Geschäftsjahr der sogenannte Betrauungsakt herbeigeführt.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die Besucherentwicklung in den ersten zwei Monaten des Jahres 2011 ist vielversprechend und unterstützt unsere Einschätzung zum weiteren wirtschaftlichen Verlauf der Gesellschaft.

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 25. Februar 2011

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

15 Mitglieder

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich –**

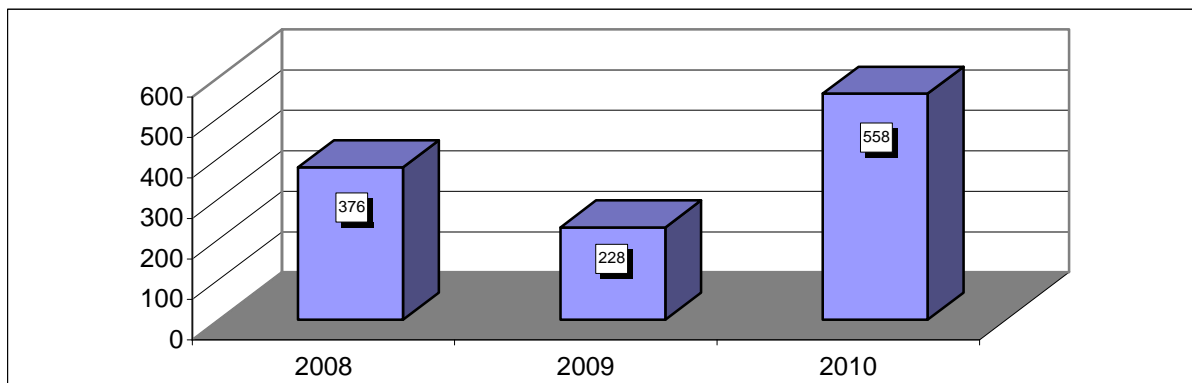
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,04	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	3	0,13	3	0,13	2	0,08
Finanzanlagen	2.011	89,86	2.011	87,82	2.011	85,28
Anlagevermögen	2.015	90,04	2.014	87,95	2.013	85,37
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	222	9,92	275	12,01	344	14,59
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1	0,04	1	0,04	1	0,04
Umlaufvermögen	223	9,96	276	12,05	345	14,63
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.238	100,00	2.290	100,00	2.358	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	1,12	25	1,09	25	1,06
Kapitalrücklage	3.995	178,51	3.994	174,41	3.995	169,42
Gewinnrücklage	0	0,00	0	0,00	54	2,29
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.439	-153,66	-3.062	-133,71	-2.834	-120,19
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	377	16,85	228	9,96	558	23,66
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	958	42,81	1.185	51,75	1.798	76,25
Rückstellungen	132	5,90	131	5,72	67	2,84
Verbindlichkeiten	1.148	51,30	974	42,53	493	20,91
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.238	100,00	2.290	100,00	2.358	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	319	323	387
Erträge aus Beteiligungen	586	412	720
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
Erträge	906	736	1.109
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	64	66	70
Abschreibungen	1	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	388	399	471
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79	41	33
Aufwendungen	532	507	575
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	374	229	534
Sonstige Steuern	2	-1	24
Jahresüberschuss (+)	376	228	558
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

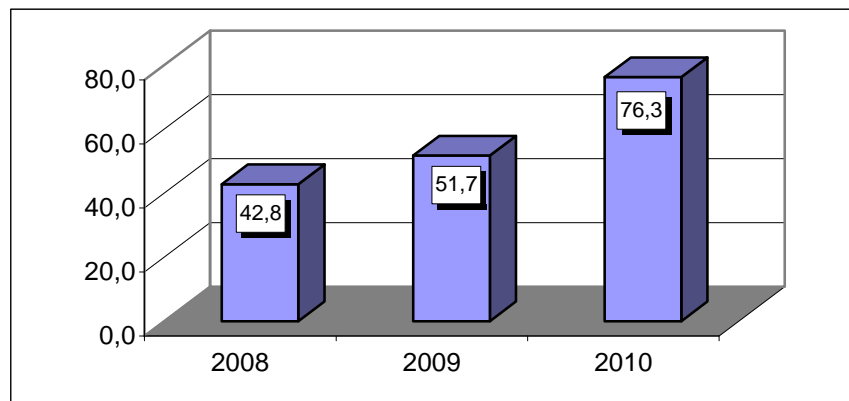
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	376	228	558



Kennzahlen

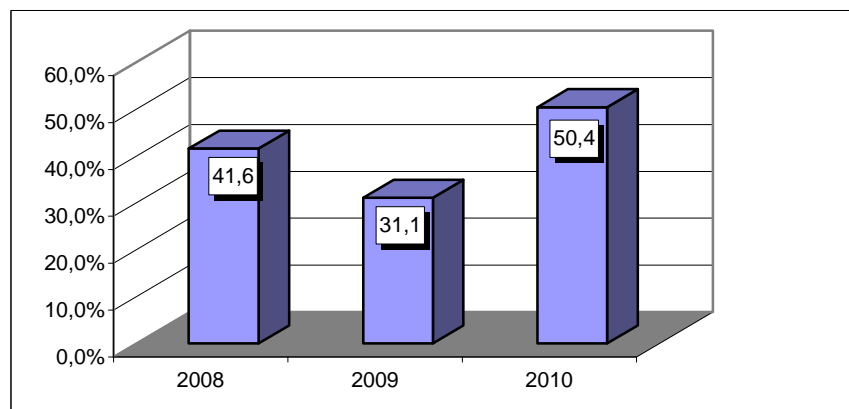
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	958	1.185	1.798
Bilanzsumme	2.238	2.290	2.358
% EK	42,8	51,7	76,3



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	376	228	558
Abschreibungen	1	1	1
	377	229	559
Gesamterträge	907	736	1.109
Cash-Flow	41,6%	31,1%	50,4%



Lagebericht 2010

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

Im Geschäftsjahr 2010 verlief die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume planmäßig.

Die Beteiligungserträge entwickelten sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr 2009 ist positiv verlaufen. Trotz der angespannten Finanzlage der Kommunen, insbesondere der Stadt Wuppertal, ist es der GKE gelungen Mehrumsätze zu erzielen. Weiter hat die GKE durchaus Chancen, in 2010/2011 weitere Aufträge von Tochterunternehmen der Städte Wuppertal, Remscheid und Velbert zu gewinnen.

In 2009 mussten keine nennenswerten Auftragsverluste beklagt werden. Durch Gewinnung neuer Kunden sowie diverse Preisanpassungen gelang es, den Umsatz um 449 T€ zu steigern. Die Aufwendungen erhöhten sich jedoch ungefähr im gleichen Maße. Das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2009 ist daher mit 167 T€ im Vergleich zum Vorjahr (171 T€) nahezu unverändert.

Die BEG erzielte aus der GKE mbH einen Beteiligungsertrag in Höhe von 46 T€ (Vorjahr 48 T€).

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Die Gesamtleistung hat sich im Geschäftsjahr 2009 gegenüber 2008 um 316 T€ auf 5.454 T€ reduziert. Der Materialaufwand ging jedoch um 630 T€ zurück. Dies führte zu einem Rohergebnis in Höhe von 3.875 T€ (Vorjahr 3.560 T€). Das verbesserte Rohergebnis resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Deponieerlösen aufgrund realisierter Mengen und Preissteigerungen.

Der positive Effekt aus reduzierten betrieblichen Aufwendungen (-969 T€), aufgrund deutlich geringerer Zuführung zur Rückstellung für Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie Industriestraße wurde nur zum Teil durch erhöhte Abschreibungen und ein geringeres Zinsergebnis kompensiert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnte daher im Geschäftsjahr 2009 auf 1.986 T€ (Vj. 1.126 T€), und das Ergebnis nach Steuern auf 1.427 T€ (Vj. 818 T€) gesteigert werden.

Die BEG erzielte aus der DBV einen Beteiligungsertrag in Höhe von 476 T€ (Vorjahr 273 T€).

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Die in 2009 verfüllte Menge von 191.056 Tonnen (Vorjahr: 148.160 Tonnen) ist insgesamt auf der Deponie „Industriestraße“ verfüllt worden. Das durchschnittliche Nutzungsentgelt betrug 1,53 € pro Tonne. Das Anlagevermögen der Deponie „Industriestraße“ wurde zum 31.12.2008 abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2009 fielen daher keine Abschreibungen an (Vorjahr: 382 T€).

Im Geschäftsjahr 2009 konnte die DGV mbH & Co. KG einen Jahresüberschuss nach Steuern von 254 T€ (Vj. 61 T€) erzielen.

Der Beteiligungsertrag der BEG aus der DGV belief sich auf 127 T€(Vj. 30 T€).

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Das Geschäftsjahr 2009 ist positiv verlaufen. Die Umsatzerlöse / Erträge von insgesamt 1.768 T€ liegen auf Vorjahresniveau (1.670 T€). Ursächlich hierfür ist ein höherer Mengeninput. Durch die notwendige Vergabe von Fremdaufträgen zur Verarbeitung von Grünabfällen stieg der Materialaufwand überproportional zu den Umsatzerlösen an.

Insbesondere durch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen (-36 T€) und geringerer Aufwendungen (-35 T€), ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 349 T€ in 2008 auf 400 T€ gestiegen. Der Jahresüberschuss nach Steuern liegt bei 277 T€ (Vorjahr 233 T€).

Die BEG erzielte aus der GKR einen Beteiligungsertrag in Höhe von 72 T€ (Vj. 61 T€).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage hat sich im Geschäftsjahr 2010 aufgrund der Ausschüttungen der Beteiligungen verbessert. Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich durch den Jahresüberschuss und durch die Anpassung einer Rückstellung gem. Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Die Eigenkapitalquote beträgt 76,2 % (Vorjahr: 51,8 %).

Die Gesellschafterdarlehen wurden planmäßig um 63 T€ getilgt. Die Darlehen valutieren zum 31.12.2010 mit 125 T€. Daneben bestehen Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Tagesgeldern in Höhe von 263 T€ (Vorjahr: 733 T€).

Die Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb wird durch die Gesellschafter bzw. eine Kreditlinie sichergestellt.

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 558 T€. Die positive Geschäftsentwicklung und die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus höheren Beteiligungserträgen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung um 219 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2010 haben sich nicht ergeben.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Mietverträge mit der ELBA Omnibusreisen GmbH (ELBA), der VSG Verkehrs-Service GmbH (VSG) und der VGW Verkehrsgesellschaft Wuppertal (VGW, vormals Gerda Klingenuß GmbH) wurden von den Mietern gekündigt. Gleichzeitig werden jedoch auch die Mietaufwendungen reduziert, so dass im Geschäftsjahr 2011 lediglich ein geringerer Ertrag aus der Objektverwaltung erwartet wird.

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt.

Für das Geschäftsjahr 2010 liegen bei den Beteiligungen erfreuliche Geschäftsentwicklungen vor. Für das Geschäftsjahr 2011 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 437 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher auch in den Folgejahren ab 2012 Jahresüberschüsse erwartet, die jedoch voraussichtlich nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 und 2011 erreichen werden.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 rechnet die GKE mit Ergebnissen auf Vorjahreshöhe. Auf Grund des Geschäftsverlaufs im Jahr 2010 sind keine wesentlichen Abweichungen zu den Planungen zu erwarten. Der Verlauf des Geschäftsjahres 2010 ist bisher als normal zu bezeichnen.

Die GKE rechnen mit einem ähnlichen Jahresergebnis wie in 2009 und zwar in der Hochrechnung mit rd. 114.000 € nach Steuern. Im Wirtschaftsplan waren für 2010 113.400 € vorgesehen.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Für das Geschäftsjahr 2010 wird ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 1.200 T€ erwartet. Der Geschäftsverlauf ist als äußerst zufriedenstellend zu bezeichnen, da sowohl die Mengen als auch die Preisentwicklung über den Erwartungen liegt.

Deponie Plöger Steinbruch:

Mit der Oberflächenabdichtung des Altteils wurde im Mai/Juni 2010 begonnen. Die Baumaßnahme verläuft bisher entsprechend des Bauzeitenplans.

Das Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung West ist seit 2009 abgeschlossen und die Genehmigung liegt vor, so dass im Oktober/November die Vergabe für die Bauleistung zur Errichtung der Basisabdichtung vergeben wird.

Deponie Industriestraße:

Das Restvolumen wird voraussichtlich bis zum 3. Quartal 2011 ausreichen, so dass ein reibungsloser Übergang der Annahme auf die Deponie Plöger Steinbruch gewährleistet ist. Die Fertigstellung und Übergabe an die Stadt Velbert (zum Bau des Sportzentrums) wird voraussichtlich in 2013 stattfinden können.

Deponie Röttgenstraße:

Die Oberflächenabdichtung wird in 2011 aufgebracht, so dass diese Deponie in 2011 an die Eigentümer übergeben werden kann.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde bei einer Verfüllmenge von 120.000 Tonnen ein Jahresergebnis nach GewEst in Höhe von 207 T€ geplant. Die Hochrechnungen gehen von einer Planeinhaltung aus.

Die Verfüllung erfolgt im Jahr 2010 allein auf der Deponie Industriestraße. Die Deponie Plöger Steinbruch wird gemäß der Planung der DBV erst im Jahr 2011 für Abfallstoffe der Deponieklasse 1 zur Einnahmeerzielung wieder zur Verfügung stehen. Im Geschäftsjahr 2011 wird die Deponie „Industriestraße“ verfüllt sein, ab dem Geschäftsjahr 2012 stehen dann nur Verfüllmengen in der Deponie „Plöger West“ zur Verfügung.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wurde ein Jahresergebnis von 155 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung um ca. 65 T€ auf ca. 220 T€ aus. Die ersten 9 Monate weisen ein Ergebnis nach Steuern von 170 T€ aus.

Die Ergebnisverbesserung gegenüber den Planwerten in den ersten 9 Monaten ergibt sich insbesondere aus höheren Umsatzerlösen (Planwert: 1.055 T€ IST: 1.243 T€).

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert. Mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal besteht bis 2011 ein Vertrag über die Lieferung von Grünabfällen.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2015 werden in den Jahren 2011 bis 2015 Ergebnisse nach Steuern zwischen 151 T€ und 159 T€ erzielt.

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Bericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und die Stadtwerke Remscheid GmbH mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH mit 10 % beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung. Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

Remscheid, 15. März 2011

Die Geschäftsführung

gez. Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71950-0

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
ELBA durch den Einzug eigener Anteile	-62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>187.500,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Stephan Klucken (bis 31.12.2010)
Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	133.970,05	59.390,71	87.742,12

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

Beschäftigte	2008	2009	2010
Mitarbeiter-/innen	5	4	4
Geschäftsführer	2	2	2
Gesamt	7	6	6

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 4 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

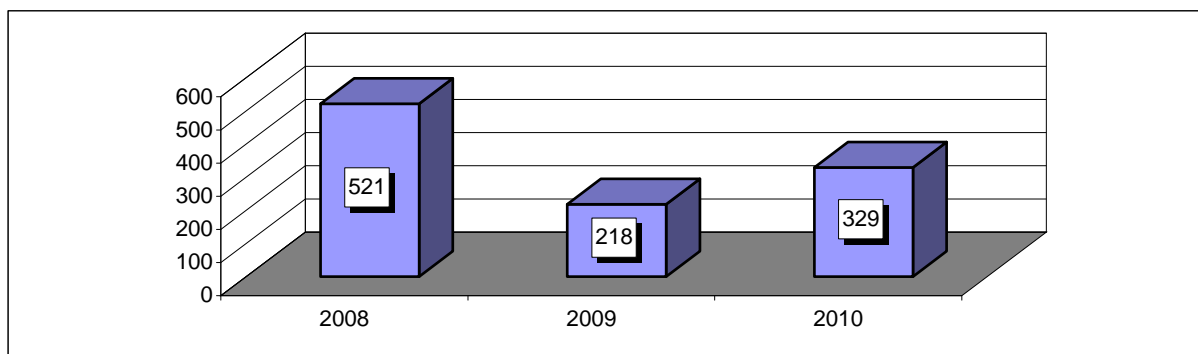
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,02	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	86	1,04	20	0,23	3	0,03
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	88	1,06	20	0,23	3	0,03
Vorräte	2	0,02	1	0,01	1	0,01
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	320	3,86	201	2,33	127	1,43
Sonstige Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	4.869	54,88
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.885	95,05	8.420	97,42	3.872	43,64
Umlaufvermögen	8.207	98,93	8.622	99,76	8.869	99,97
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,01	1	0,01	0	0,00
Aktiva	8.296	100,00	8.643	100,00	8.872	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	3,01	250	2,89	250	2,82
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	681	8,21	782	9,05	940	10,60
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	253	3,05	102	1,18	157	1,77
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.184	14,27	1.134	13,12	1.347	15,18
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	7.031	84,75	7.368	85,25	7.494	84,47
Verbindlichkeiten	81	0,98	141	1,63	31	0,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	8.296	100,00	8.643	100,00	8.872	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

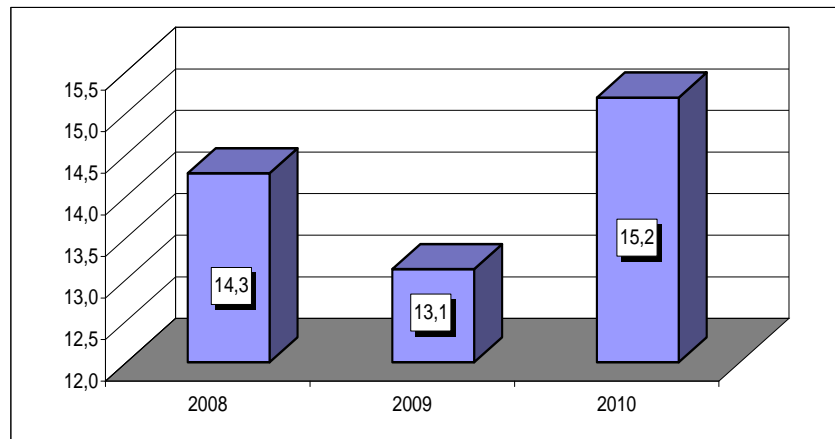
Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.879	1.421	1.068
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	22	32	31
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	365	155	114
Erträge	2.266	1.608	1.213
Materialaufwand	397	337	235
Personalaufwand	265	252	241
Abschreibungen	190	71	8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	729	627	145
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	101
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.581	1.287	730
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	685	321	483
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-164	-103	-154
Jahresüberschuss (+)	521	218	329
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	521	218	329

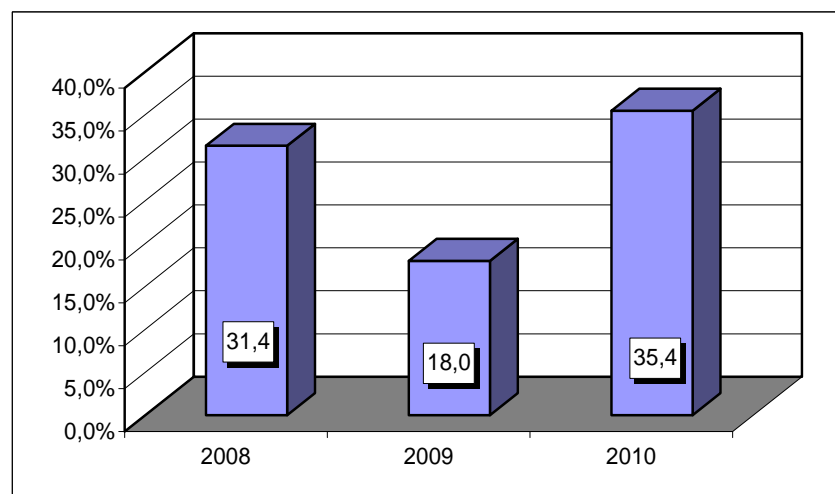
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.184	1.134	1.347
Bilanzsumme	8.296	8.643	8.872
% EK	14,3	13,1	15,2



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	521	218	329
Abschreibungen	190	71	101
	711	289	430
Gesamterträge	2.266	1.608	1.213
Cash-Flow	31,4%	18,0%	35,4%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2010

2.1 Allgemeine Beurteilung

Nachdem die Deponie zum 15.07.2009 aufgrund der gesetzlichen Vorgaben der Deponieverordnung für die Annahme von Abfällen geschlossen werden musste, wurden im Jahr 2010 lediglich Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Nach einer Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 22.09.2009 kann diese Verfüllung im Rahmen der Endprofilierung mit Deponieersatzbaustoffen erfolgen. Diese müssen für den ehemaligen DK-I-Bereich die Zuordnungswerte nach Z 2.0 und für den ehemaligen DK-II-Bereich die Zuordnungswerte nach DK-I (Anhang 3, Tabelle 2, Spalte 6 der Deponieverordnung) einhalten. Für diese Restverfüllung steht gemäß dieser Genehmigung ein Zeitrahmen bis zum April 2011 zur Verfügung.

Im Rahmen dieser Profilierungsarbeiten wurden im Jahr 2010 im ehemaligen DK-I-Bereich Deponieersatzbaustoffe in einer Menge von 66.571 Mg. und im ehemaligen DK-II-Bereich in einer Menge von 40.218 Mg. eingebaut. Mit diesen Ablagerungsmengen konnten zusätzliche Erlöse generiert werden. Da die notwendige Rekultivierungsrückstellung bereits während der Ablagerungsphase der Deponie gebildet werden konnte, waren diese Erlöse nur mit geringen verfüllungsmengenabhängigen Aufwendungen verbunden.

Hierdurch verlief das Wirtschaftsjahr 2010 trotz der im Vergleich zu den Vorjahren geringeren Umsatzerlösen erfolgreich. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 329 T€ ab. Somit konnte der geplante Jahresüberschuss in Höhe von 229 T€ übertroffen werden.

Mit den Ablagerungen des Jahres 2010 ist die Restprofilierung weitgehend abgeschlossen. Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 66.571 Mg. Deponieersatzbaustoffe auf dem DK-I-Bereich abgelagert.

Auf dem DK-II-Bereich wurden im Jahr 2010 insgesamt 40.218 Mg. Deponieersatzbaustoffe abgelagert. Hiervon entfielen 1.983 Mg auf Kleinmengenannahmen vom Wertstoffhof.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.068 T€realisiert. Auf die Deponierlöse entfielen 834 T€ Im Wesentlichen beruhen diese auf Erlösen aus der Annahme von Deponieersatzbaustoffen (813 T€) sowie aus der Annahme von Baustoffen für die Rekultivierung (21 T€). Umsatzerlöse konnten auch mit der Betriebsführung des Wertstoffhofs (74 T€) und mit Kippgebühren des Wertstoffhof (33 T€) erwirtschaftet werden. Weiterhin wurden Umsatzerlöse aus Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände in Höhe von 112 T€sowie sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 15 T€erzielt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Umsatzerlöse wegen der geringeren Deponierlöse um 353 T€

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 31 T€ Sie sanken gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1 T€ An Zinserträgen konnten 114 T€erwirtschaftet werden. Somit sanken die Zinserträge aufgrund des allgemein niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr erneut um 41 T€

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 1.213 T€erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit um 395 T€verminderte Erträge erzielt.

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 1.213 T€stehen Aufwendungen in Höhe von 883 T€gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 235 T€und die Personalaufwendungen 241 T€

Die Abschreibungen beliefen sich auf 8 T€ Aufgrund der Deponieverfüllung fielen 2010 keine verfüllmengenabhängigen Abschreibungen mehr an. Daher haben sich die Abschreibung gegenüber dem Vorjahr um 64 T€vermindert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 145 T€ Gegenüber dem Vorjahr sanken

sie um 482 T€ Auch hier wirkt sich die abgeschlossene Verfüllung der Deponie aus, da keine Zuführung zur Rekultivierungsrückstellung vorgenommen werden musste.

Aufgrund der Verschlechterung des Kurswerte zum Bilanzstichtag musste für die im Jahr 2010 getätigten Finanzanlagen eine Wertberichtigung in Höhe von 101 T€ vorgenommen werden.

Fremdkapitalzinsen fielen 2010 nicht an.

Der Aufwand für sonstige Steuern und den Steuern vom Einkommen und Ertrag betrug 154 T€

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 506 T€

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 329 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 111 T€ verbessert. Der im Wirtschaftsplan 2010 eingeplanten Jahresüberschuss in Höhe von 229 T€ konnte somit im Wirtschaftsjahr deutlich überschritten werden.

Erwirtschaftet die Gesellschaft in einem Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss, so gilt hinsichtlich der Gewinnverteilung die in § 3 Abs. 1 des Konsortialvertrages festgelegte Regelung:

- Ein Betrag in Höhe von 6% des eingezahlten Stammkapitals wird an die Gesellschafter ausgeschüttet.
- Sollten darüber hinaus weitere Beträge des Jahresüberschusses zur Verfügung stehen, so wird die Hälfte hiervon einer Gewinnrücklage zugeführt.
- Der restliche Jahresüberschuss unterliegt der Disposition der Gesellschafter gemäß den Regelungen des § 11 des Gesellschaftsvertrages.

Unter Beachtung der vereinbarten Mindestausschüttung sowie der Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 157 T€

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2011 verschoben. Im Jahr 2010 wurden daher keine Investitionen durchgeführt.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Zur Verbesserung der Zinserträge wurde ein Teilbetrag der liquiden Mittel in eine festverzinsliche Anleihe sowie einen Rentenfond angelegt. Bei den Anlagen handelt es sich um risikoarme, sichere Anlageformen mit einer kurzlaufenden Anlagestrategie. Der Wertpapierbestand zum Bilanzstichtag betrug 4.869 T€ Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2010 3.872 T€ Der Gesamtbetrag der Anlagen und Guthaben betrug somit 8.741 T€ Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 321 T€ erhöht.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand der Gesellschaft wurde zu 30.06.2009 um einen Mitarbeiter verringert. Am Ende des Geschäftsjahres wurden 4 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend zum 01.01.2011 wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände), die aufgrund der Vorgaben der TASI nicht mehr auf der Deponie abgelagert werden können, weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden. Hierdurch werden zusätzliche Erträge erzielt.

Im Wirtschaftsjahr wurden die Vorgaben zur Umsetzung des Nutzungskonzeptes des Deponiegeländes nach Abschluss der Rekultivierung seitens der Stadt Remscheid konkretisiert. Es wurde daher eine Machbarkeitsstudie zur Nachweis der Verträglichkeit der geplanten Nachnutzung mit der Dichtung sowie den weiteren deponietechnischen Einrichtungen in Auftrag gegeben. In Abhängigkeit von den Ergebnissen des Gutachtens, das im Frühjahr 2011 fertig gestellt werden soll, müssen dann die weiteren Planungsschritte festgelegt werden. Weiterhin wurde auf der Grundlage des Nachnutzungskonzeptes der von der Bezirksregierung Düsseldorf geforderte Landschaftspflegerische Begleitplan beauftragt.

Da mit dem vorläufigen Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend zum 01.01.2011 wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.643 T€ (01.01.2010) um 243 T€ auf 8.886 T€ (31.12.2010) erhöht.

Den Anlagenzugängen in Höhe von 5 T€ standen Abschreibungen in Höhe von 7 T€ sowie Anlagenabgänge in Höhe von 54 T€ und Abgänge auf Abschreibungen in Höhe von 38 T€

gegenüber. Die Anlagenabgänge resultieren aus der Rückübertragung für den Wertstoffhof benötigten Betriebsvermögen auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe. Der Verkauf erfolgte zum Buchrestwert der Wirtschaftsgüter, so dass hierdurch ein wirtschaftlicher Ausgleich sichergestellt wurde. Insgesamt ergab sich eine Verminderung des Anlagenbestandes von 18 T€ Der Anlagenbestand zum 31.12.2010 betrug 3 T€

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.883 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 261 T€ erhöht. Auf die Erhöhung des Bestand an Wertpapieren sowie des Kassenbestand und der Guthaben bei Kreditinstituten entfallen 321 T€ Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 60 T€ vermindert.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Aus dem Jahresüberschuss wurden daher 157 T€ gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages der Gewinnrücklage zugeführt. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2010 betrug 939 T€

Der Bilanzgewinn des Jahres 2010 belief sich nach Abzug der Mindestausschüttung auf 157 T€

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2009 und 31.12.2010 um 213 T€ erhöht.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2010	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2010
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	782	157	0	939
Gewinn/Verlustvortrag	101	157	- 101	157
Gesamt	<u>1.134</u>	<u>314</u>	<u>- 101</u>	<u>1.346</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2010 beträgt somit 15,15 %. Zum 31.12.2009 betrug sie 13,12 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2010 um 126 T€ auf insgesamt 7.494 T€ erhöht. Hiervon entfallen 7.321 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 13 T€ für Planungsleistungen entnommen.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde im Jahr 2010 keine Anpassung vorgenommen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2010 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und

die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2010 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen wurden in einer Höhe von 102 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2010 betragen 45 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 96 T€ reduziert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 1.068 T€ (Vorjahr: 1.421 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 31 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 114 T€

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagerungsverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Aufgrund einer Neuvermessung der Deponie im Frühjahr 2009 wurde ein zusätzliches Restvolumen in Höhe von 80.000 Mg für den DK-I-Bereich und 59.000 Mg für den DK-II-Bereich ermittelt. Diese Volumen resultiert aus einer gegenüber der Planung verbesserten Einbauverdichtung sowie zwischenzeitlich eingetretenen Setzungen. Nach einer Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 22.09.2009 konnte dieses Volumen im Rahmen der Endprofilierung der Deponieoberfläche verfüllt werden. Hierbei wurden Deponieersatzbaustoffe für den ehemaligen DK-I-Bereich die Zuordnungswerte nach Z 2.0 und für den ehemaligen DK-II-Bereich die Zuordnungswerte nach DK-I (Anhang 3, Tabelle 2, Spalte 6 der Deponieverordnung) einhalten. Die Restverfüllung gemäß dieser Genehmigung ist weitgehend abgeschlossen. Hierdurch konnten in dieser Zeit Zusatzeinnahmen erzielt werden.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Hierdurch können sich Kostenvorteile beim Abdichtungssystem ergeben. Erste Gespräche hierzu waren jedoch nicht erfolgreich, da die Aufsichtsbehörden die Spielräume, die sich aus der Deponievereinfachungsverordnung ergeben, derzeit noch nicht überblicken können. Für 2011 sind hierzu weitere Verhandlungen vorgesehen.

Unklar sind die Auswirkungen die sich aus der von der Stadt Remscheid geplanten Nachnutzung ergeben können. Erst nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie zu den Gestaltungsvorgaben der Stadt können hierzu weitere Gespräche geführt werden. Der Landschaftspflegerische Begleitplan zur Endgestaltung der Deponie wurde auf der vorliegenden Planungsgrundlage bereits beauftragt. Auswirkungen auf die Gesamtkostenbelastung der Rekultivierung gegen-

über dem derzeitigen Planungsstand sind für die Gesellschaft nicht zu befürchten, da gemäß den Gründungsverträgen der Gesellschaft mögliche Mehrkosten, die aus einer Veränderung der Nutzungsplanung resultieren, von der Stadt Remscheid getragen werden müssen.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 144.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet. Dies entspricht fast der Menge der für die Deponierekultivierung benötigten Rekultivierungsbodens.

Im Jahr 2011 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung gebaut.

Remscheid, den 04.04.2011

gez. Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez. Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

Allgemeine Unternehmensdaten

Remscheider Entsorgungsbetriebe
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebssatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss 14. WP:

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Wilke, Hans Herbert	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Eppels, Eckhard	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Anzahl der Beschäftigten *

Beschäftigte	2008	2009	2010
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	125	124	131
Angestellte	45	44	50
Beamte/Beamtinnen	5	5	5
Gesamt	175	173	186

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	2008	2009	2010
Straßenreinigung			
Abfallmenge in Tonnen			
<i>maschinelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zur Deponie	0	0	0
Abfuhr zur MVA	0	0	0
Abfuhr zur Kompostierung	402	560	595
Abfuhr zur Verwertung	792	726	964
<i>manuelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zu MVA	416	416	416
Abfallentsorgung			
Müllmenge in Tonnen			
Hausmüll	24.597	24.160	23.607
Biomüll	2.803	2.843	2.692
Sperrmüll	3.521	3.506	3.305
Papier	6.903	7.277	7.091

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

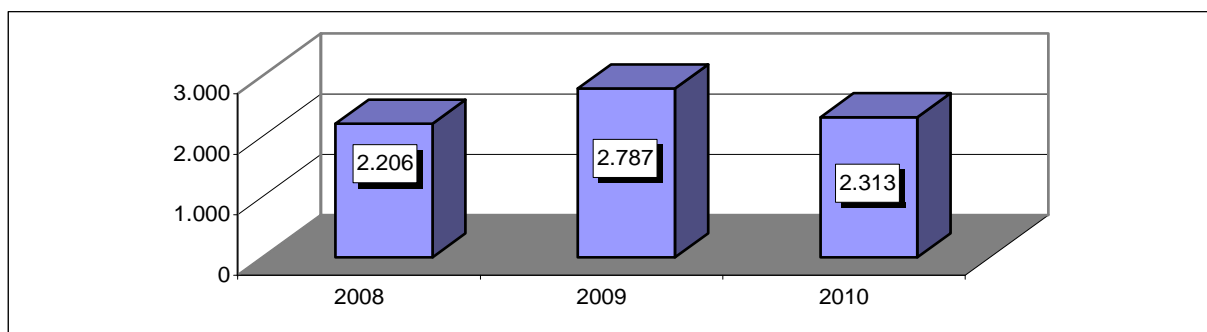
Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	222	0,08	450	0,17	579	0,21
Sachanlagen	257.142	96,60	257.286	96,88	256.483	94,86
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
Anlagevermögen	257.493	96,73	257.865	97,10	257.191	95,13
Vorräte	178	0,07	164	0,06	174	0,06
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.701	1,77	4.907	1,85	12.114	4,48
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.791	1,42	2.600	0,98	862	0,32
Umlaufvermögen	8.670	3,26	7.671	2,89	13.150	4,86
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0,01	31	0,01	30	0,01
Aktiva	266.193	100,00	265.567	100,00	270.371	100,00
Stammkapital	5.000	1,88	5.000	1,88	5.000	1,85
Allgemeine Rücklage	66.071	24,82	66.071	24,88	66.071	24,44
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag, Gewinnvortrag	-1.597	-0,60	609	0,23	3.395	1,26
Jahresüberschuss(+)	2.206	0,83	2.787	1,05	2.313	0,86
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	71.680	26,93	74.467	28,04	76.779	28,40
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	23.562	8,85	23.321	8,78	23.054	8,53
Empfangene Ertragszuschüsse	2.616	0,98	2.575	0,97	2.550	0,94
Rückstellungen	7.190	2,70	6.756	2,54	7.502	2,77
Verbindlichkeiten	161.143	60,54	158.445	59,66	160.483	59,36
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,00	3	0,00	3	0,00
Passiva	266.193	100,00	265.567	100,00	270.371	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2008	2009	2010
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	42.198	43.299	43.225
Andere aktivierte Eigenleistungen	822	699	802
Sonstige betriebliche Erträge	1.827	1.766	1.273
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	365	89	96
Erträge	45.212	45.853	45.396
Materialaufwand	16.671	16.976	17.770
Personalaufwand	9.146	9.312	9.334
Abschreibungen	7.564	7.605	7.588
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.549	2.436	1.996
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.023	6.679	6.313
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Aufwendungen	42.953	43.008	43.001
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.259	2.845	2.395
Außerordentliche Erträge	0	0	6
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-38
Sonstige Steuern	-53	-58	-50
Jahresverlust	0	0	0
Jahresgewinn	2.206	2.787	2.313
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	0	0	0
Gewinn	2.206	2.787	2.313

Entwicklung der Jahresergebnisse

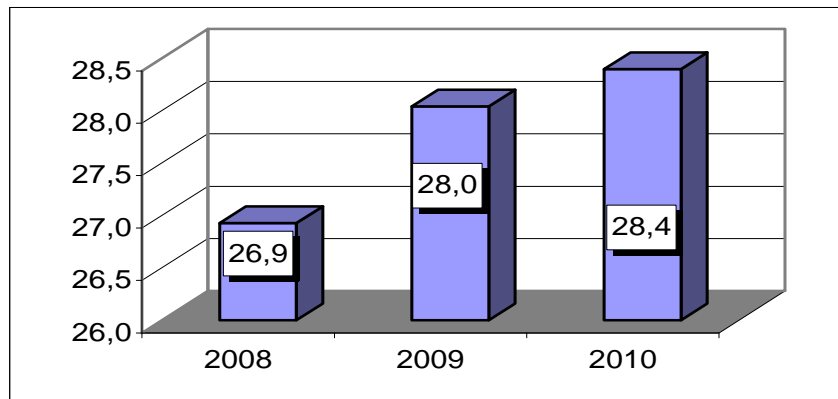
Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.206	2.787	2.313



Kennzahlen

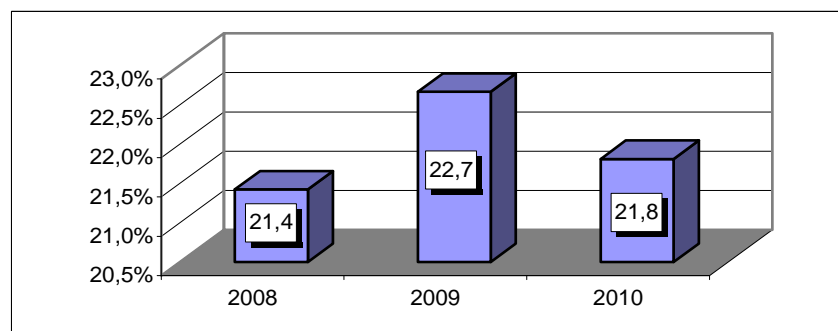
Eigenkapitalquote

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	71.680	74.467	76.779
Bilanzsumme	266.193	265.567	270.371
% EK	26,9	28,0	28,4



Cash-Flow

Jahr	2008	2009	2010
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	2.206	2.787	2.313
Abschreibungen	7.564	7.605	7.588
Summe	9.685	10.392	9.901
Gesamterträge	45.212	45.853	45.396
Cash-Flow	21,4%	22,7%	21,8%



Lagebericht 2010

1. Allgemeines

1.1 Gründung des Eigenbetriebes

Mit Drucksache Nr. 60/197 hat der Rat der Stadt Remscheid am 10.07.1995 beschlossen, die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie und deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb zum 01.01.1996 vorzubereiten. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, dass vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Dies vorausgeschickt hat der Rat der Stadt die Gründung des Eigenbetriebes mit der Bezeichnung

Remscheider Entsorgungsbetriebe

sowie die Betriebssatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) am 11.12.1995 zum 01.01.1996 beschlossen.

1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Betreibung der Deponie, des Wertstoffhofes, Organisation und Durchführung der Wert- und Schadstoffsammlung, Betreuung Duales System, Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Deponierung oder Wertstoffhof zuzuordnen sind.

Das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in ihrer jeweils gültigen Fassung sind Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes, einschl. verpflichtender Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme.

Die Remscheider Entsorgungsbetriebe bestehen aus drei Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
 - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung
 - Neubau
 - Betrieb und Unterhaltung

- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft/Fuhrpark
 - Abfall/ Straßenreinigung
 - Fuhrpark/Technik
 - Deponie und Wertstoffhof
- 3 Kaufmännischer Geschäftsbereich
 - Finanzbuchhaltung
 - Gebührenwesen/Verwaltung

Aus wirtschaftlichen Gründen ist darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung durchaus sinnvoll und geboten. So wird der Büro- und Geschäftsdienst von der Stadtverwaltung bezogen, damit die Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehnverwaltung, Rechtsberatung, Gebührenveranlagung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc. Andererseits wurden Verantwortungsbereiche ohne den Verlust von Synergieeffekten dezentralisiert und das Personal auf den Eigenbetrieb übertragen, um durch eine kurzfristige Entscheidungsfindung schneller, besser und flexibler reagieren zu können.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Remscheider Entsorgungsbetriebe von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2010

2.1 Allgemeine Beurteilung

Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich im Wirtschaftsjahr 2010 fortgesetzt.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 2.312,9 T€ (Vorjahr: 2.786,7 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 473,8 T€ verschlechtert.

Ursache für die Verschlechterung des Ergebnisses waren im Wesentlichen die Aufwendungen für den Winterdienst des Jahres 2010. Dieser war sowohl in der ersten wie auch in der zweiten Jahreshälfte außergewöhnlich heftig und somit kostenintensiv. Insgesamt wird das Jahresergebnis mit einem Verlust aus dem Winterdienst in Höhe von 1,0 Mio. € belastet.

Eine Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf der vorgetragenen Gebührenforderungen. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2010 wird aus Einzelwertberichtigungen, die auf die Forderungen vorgenommen wurden, in einer Größenordnung von insgesamt 178,6 T€ belastet.

Aus der Umstellung nach dem Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) ergab sich ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -31,3 T€

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte teilweise ausgeglichen werden.

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid (DBR) konnte auch im Jahr 2010 ein gegenüber der Planung um 73,9 T€ besseres Ergebnis erwirtschaften. Da auch die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich trotz der niedrigen Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 447,2 T€ verbessertes Finanzergebnis.

Aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung ergab sich eine Ergebnisbelastung in Höhe von 200,0 T€ Diese fielen damit gegenüber der Planung um 500,0 T€ niedriger aus.

Insgesamt konnte somit die Verschlechterung gegenüber dem geplanten Jahresergebnis auf einen Betrag in Höhe von 185,0 T€ begrenzt werden.

Die Gebührenabrechnungen der Bereiche Entwässerung und Abfallwirtschaft schließen jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung ab, die der Gebührenrückstellung zugeführt wurden. Diese Überdeckungen führen somit aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Insgesamt wurden 1.641,7 T€ der Gebührenaufgleichsrücklage zugeführt.

2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Die in der Betriebsatzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2010 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung. Hierbei verliefen die Dienstleistungen für Dritte vor allem im Bereich Straßenreinigung und Stadtentwässerung weiterhin stabil.

2.2.2 Erträge

Die Umsatzerlöse betragen 43.224,5 T€ (Vorjahr: 43.299,0 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	(Vorjahr T€)
Werkstatt	420,3	(405,7)
Fuhrpark	0,0	(0,0)
Abwasserbeseitigung	28.146,3	(28.518,2)
Abfallbeseitigung	10.309,8	(10.733,0)
Straßenreinigung	4.105,6	(3.425,7)
Deponie/Wertstoffhof	242,4	(216,4)
	<u>43.224,5</u>	<u>(43.299,0)</u>

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 802,2 T€ (Vorjahr: 699,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.273,4 T€ (Vorjahr: 1.766,5 T€) erzielt werden.

Da im Jahr 2010 noch weitere Restverfüllungen zur Herstellung der Endgeometrie der Deponie vorgenommen wurden, konnte für die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) ein Ertrag aus der Beteiligung in Höhe von 73,9 T€ (Vorjahr: 50,0 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus nur bei 22,2 T€ (Vorjahr: 38,8 T€).

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 45.402,4 T€ (Vorjahr: 45.853,5 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 43.062,3 T€ (Vorjahr: 43.066,8 T€) sowie ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -31,3 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) gegenüber.

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 17.770,5 T€ (Vorjahr: 16.975,7 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 9.333,7 T€ (Vorjahr: 9.311,9 T€) dar.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.428,9 T€ (Vorjahr: 9.370,1 T€) und 5.855,0 T€ (Vorjahr: 5.886,0 T€) bei der Abfallbeseitigung. Bei der Straßenreinigung betrug dieser 1.823,6 T€ (Vorjahr: 1.154,8 T€), bei der Deponie und dem Wertstoffhof 94,6 T€ (Vorjahr: 93,6 T€) sowie den gemeinsamen Bereichen (Verwaltung, Werkstatt und Fuhrpark) 514,4 T€ (Vorjahr: 471,1 T€).

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.708,3 T€ (Vorjahr: 3.570,0 T€), die Abfallbeseitigung 2.889,8 T€ (Vorjahr: 2.972,6 T€), die Straßenreinigung 1.655,1 T€ (Vorjahr: 1.480,7 T€) sowie 4,5 T€ (Vorjahr: 5,3 T€) auf die Sparte Deponie/Wertstoffhof. Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Verwaltung, Werkstatt und Fuhrpark) 1.076,0 T€ (Vorjahr: 1.283,2 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 7.587,6 T€ (Vorjahr: 7.605,7 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 6.314,0 T€ (Vorjahr: 6.678,8 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1.995,9 T€ (Vorjahr: 2.436,3 T€).

Innerbetrieblich wurden in der Summe 3.132,1 T€ (Vorjahr: 2.643,3 T€) verrechnet, die per Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Verwaltung (-101,1 T€ Vorjahr: -89,6 T€), Werkstatt (745,5 T€ Vorjahr: 570,1 T€), Fuhrpark (658,9 T€ Vorjahr: 641,9 T€), Abwasserbeseitigung (-94,5 T€ Vorjahr: -295,2 T€), Abfallentsorgung (-336,7 T€ Vorjahr: -611,1 T€), Straßenreinigung (-729,4 T€ Vorjahr: -100,3 T€) und Deponie/Wertstoffhof (-142,5 T€ Vorjahr: -115,8 T€).

Die Aufwendungen für Steuern betragen insgesamt 50,3 T€ (Vorjahr: 58,3 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 27,2 T€ (Vorjahr: 31,1 T€).

Aus der Umsetzung der Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes ergab sich ein außerordentliche Ergebnis in Höhe von -31,3 T€

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt ab mit einem Jahresgewinn von 2.312,9 T€ (Vorjahr: 2.786,7 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2010 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 2.498,0 T€ wurde das Wirtschaftsjahr somit um 185,1 T€ schlechter abgeschlossen.

Für die einzelnen Leistungssparten stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

Der Geschäftsbereich Entwässerung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.017,5 T€ (Vorjahr: +3.059,6 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Abfallwirtschaft schließt mit einem geringen Jahresfehlbetrag in Höhe von -13,3 T€ (Vorjahr: -149,2 T€) ab. Der Jahresfehlbetrag ergibt sich aus der Verpflichtung ungewollte Gebührenüberschüsse einer Gebührenrückstellung zuzuführen. Im Geschäftsbereich wurde im Geschäftsjahr eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 1.016 T€ erwirtschaftet, die der Rückstellung zugeführt wurde.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -759,7 T€ (Vorjahr: -167,3 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Deponie/Wertstoffhof weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 68,4 T€ (Vorjahr: 43,6 T€) aus.

Die dargestellten Ergebnisse der Betriebszweige berücksichtigen die ihnen anteilig zugeordneten Aufwendungen und Erträge der Bereiche Verwaltung, Werkstatt und Fuhrpark.

2.3 Investitionen

Die Gesamtsumme der Investitionen im Anlagebereich betrug in 2010 7.221,8 T€ (Vorjahr: 8.787,2 T€). Davon wurden 205,7 T€ (Vorjahr: 292,6 T€) für immaterielle Vermögensgegenstände, 89,2 T€ (Vorjahr: 67,1 T€) für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit und ohne Bauten aufgewendet, für die Anlagen der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Deponie 6.254,9 T€ (Vorjahr: 7.082,1 T€), für Maschinen und maschinelle Anlagen 8,1 T€ (Vorjahr: 6,5 T€), für Fahrzeuge 644,4 T€ (Vorjahr: 263,8 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung 107,4 T€ (Vorjahr: 87,0 T€). Der Bestand an geleisteten Anzahlung und Anlagen im Bau wurde aufgrund Zugänge und der vorgenommenen Aktivierungen um -87,9 T€ (Vorjahr: 988,1 T€) verringert.

Für das Jahr 2011 sind Investitionen in Höhe von 11,5 Mio. € geplant, die überwiegend auf Anlagen im Geschäftsbereich Abwasserbeseitigung entfallen.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Zu Sicherstellung der Liquidität wurde aufgrund der günstigen Zinssituation der Kassenkredit bei der Stadt Remscheid um 500 T€ erhöht. An Investitions- und Ertragszuschüssen für Abwasseranlagen standen 233,3 T€ (Vorjahr: 279,7 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 4.671,2 T€ (Vorjahr: 4.459,2 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich von 158.444,8 T€- Stand 01.01.2010 - um 2.038,0 T€ auf 160.482,9 T€- Stand 31.12.2010 - erhöht. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2010 144.364,6 T€ (Vorjahr: 150.100,4 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 8.600,0 T€ (Vorjahr: 1.936,7 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 6.987,6 T€ (Vorjahr: 6.133,5 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen bestanden zum Bilanzstichtag nicht (Vorjahr: 0,0 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 530,6 T€ (Vorjahr: 274,3 T€). Die deutliche Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus der Umstellung der Schmutzwassergebührenabrechnung. Die Abrechnung wird ab 2010 über die EWR GmbH abgewickelt. Hierdurch hat sich die Buchungssystematik geändert. Die erhaltenen Abschlagszahlungen der Bürgerinnen und Bürger wurden als erhaltene Anzahlungen in Höhe von 6.050,3 T€ bilanziert. Hieraus ergeben sich entsprechende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Gegenposition befindet sich in der Position Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt ist auf die Erhöhung des Kassenkredits, auf Leistungen des Winterdienstes sowie verspätet abgerechnete Verwaltungsgemeinkosten zurückzuführen.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum Beginn des Geschäftsjahres waren 179 Mitarbeiter (ohne Beamte) beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.10	Zugang/ Abgang (-)	Stand 31.03.10	Zugang/ Abgang (-)	Stand 30.06.10	Zugang/ Abgang (-)	Stand 30.09.10	Zugang/ Abgang (-)	Stand 31.12.10
Lohnempfänger	130	1	131	0	131	-3	128	3	131
Angestellte	49	0	49	0	49	1	50	0	50
Beamte	5	0	5	0	5	0	5	0	5
Gesamt	<u>184</u>	<u>1</u>	<u>185</u>	<u>0</u>	<u>185</u>	<u>-2</u>	<u>183</u>	<u>3</u>	<u>186</u>

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2010 setzten sich wie folgt zusammen:

	T€ (Vorjahr)	
Löhne	4.533,0	(4.671,3)
Gehälter	2.282,4	(2.199,2)
Beamtenbezüge	298,2	(318,2)
Veränderung RST Überstunden	68,9	(-29,2)
Veränderung RST Urlaub	52,0	(-55,4)
Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt	74,4	(181,1)
Soziale Abgaben	1.323,0	(1.303,4)
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	701,7	(723,2)
Summe	<u>9.333,7</u>	<u>(9.311,9)</u>

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

	Löhne/ Gehälter und Beamtenbezüge		Soziale Abgaben		Aufwendungen für Altersversorgung		Summe e T€
	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	
Verwaltung	432,8	(720,2)	98,9	(90,6)	41,8	(78,1)	573,4
Werkstatt	350,1	(293,5)	66,3	(57,7)	28,1	(22,8)	444,4
Fuhrpark	45,0	(7,9)	8,7	(9,0)	4,6	(3,4)	58,2
Abwasser- beseitigung	2.909,7	(2.803,1)	515,0	(505,4)	283,5	(261,5)	3.708,3
Abfallbeseitigung	2.251,9	(2.289,8)	400,6	(415,7)	237,3	(267,0)	2.889,8
Straßenreinigung	1.319,5	(1.170,7)	233,6	(225,0)	101,9	(85,1)	1.655,1
Deponie/ Wertstoffhof	0,0	(0,0)	0,0	(0,0)	4,5	(5,3)	4,5
Summe	<u>7.309,0</u>	<u>(7.285,3)</u>	<u>1.323,0</u>	<u>(1.303,4)</u>	<u>701,7</u>	<u>(723,2)</u>	<u>9.333,7</u>

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 50,6 T€ (Vorjahr: 50,6 T€).

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Aufgrund der Systemumstellung zur Einführung des NKF konnten seitens der Stadt im Jahr 2008 keine Mahnungen bzw. Vollstreckungen durchgeführt werden. Daher hat sich zum 31.12.2008 ein hoher zusätzlicher Forderungsbestand (1.965 T€) an offenen Gebührenforderungen aufgebaut. Durch die in den Jahren 2009 und 2010 vorgenommenen Mahnungen konnte der Forderungsbestand deutlich abgebaut werden. Der offenen Forderungsbestand zum 31.12.2010 betrug nach Angaben der Stadt Remscheid 1.003 T€ Hiervon wurde bereits im Jahr 2009 ein erheblicher Betrag von 361 T€ ausgebucht bzw. einzelwertberichtigt. Wie bereits im Vorjahr wurden im Rahmen der Gebührenabrechnung die offenen Forderungen aus den Vorjahren weiter auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Zum 31.12.2010 wurde weitere 178,6 T€ einzelwertberichtigt. Hieraus ergab sich eine entsprechende Belastung des Jahresergebnisses. Der bilanzielle offenen Forderungsbestand zum 31.12.2010 betrug nach dieser Korrektur 464,1 T€ Bis zum Abschluss der Prüfungsarbeiten waren hiervon 310,1 T€ durch Zahlungen ausgeglichen. Somit sind aus den

Jahren bis 2010 derzeit noch Forderungen in Höhe von 154,0 T€ offen. Zur weiteren Absicherung wurde dennoch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2% auf den gesamten bereinigten Forderungsbestand zum 31.12.2010 vorgenommen.

Die Feststellung der Gebühreneinnahmen des Jahres 2010 durch die Stadt Remscheid konnte für die Abschlussprüfung 2010 gegenüber den Vorjahren erheblich früher erstellt werden. Die endgültigen Beträge lagen im Juli 2011 vor. Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 der Remscheider Entsorgungsbetriebe konnte daher auch weitgehend fristgerecht vorgelegt werden.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung waren bestimmt von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. So wurde die Sanierung des Einzugsgebietes Am Stadtwald/Barmag in Lennep abgeschlossen. Die Sanierung des Einzugsgebietes Lempstraße/Falkenberg wurde fortgeführt. Im Zuge der Straßenbauarbeiten des Landesbetriebs Straßen NRW konnte die aufwendige Sanierung der Kanalisation in der Haddenbacher Straße abgeschlossen werden. Die Netzergänzungen wurden mit dem Anschluss des Bereiches Hof Güldenwerth an die Kanalisation weitergeführt.

Im Jahr 2010 wurden die Arbeiten an der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes abgeschlossen. Das Konzept wurde im November 2010 dem Betriebsausschuss vorgestellt. Die Beschlussfassung erfolgte im März 2010.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2010 ergab eine Überdeckung, die der Gebührenrückstellung zugeführt wurde. Ursächlich hierfür waren eine Beitragsrückerstattung des Wupperverbandes und Verrechnungen der Abwasserabgabe mit getätigten Investitionen. Insgesamt betrug die Gebührenüberdeckung 626,1T€

Im Jahr 2010 wurden die Umstellungen zur Abrechnung der Schmutzwassergebühren umgesetzt. So werden ab dem 01.01.2010 die Schmutzwassergebühren gemeinsam mit der Frischwasserabrechnung durch die EWR GmbH abgerechnet. Nach anfänglichen Irritationen der Bürgerinnen und Bürger wurde die Neuregelung sehr gut angenommen und akzeptiert. Der Gebührenmaßstab für die Kleinkläranlagen wurde ab dem 01.01.2010 auf den Ausführmaßstab umgestellt. Auch diese Umstellung erfolgte ohne Probleme.

Mit der Änderung der Entwässerungssatzung aufgrund des § 61 a LWG zur Dichtheitsprüfung privater Entwässerungsanlagen wurden die Vorgaben für die Hauseigentümer in Remscheid konkretisiert.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2010 ein erheblicher Überschuss erwirtschaftet. Die Nachkalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2010 ergab insgesamt eine ungewollte Überdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 1.015,6 T€ Der Bereich Biotonne schließt mit einer kleinen Unterdeckung in Höhe von 15,7 T€ ab. Ursächlich hiervon ist eine Fülle von Effekten.

Nachdem die Altpapierpreise zum Ende des Jahres 2008 als Folge der Weltwirtschaftskrise fast vollständig eingebrochen waren, erreichten sie im Jahr 2010 wieder ein konstant hohes Niveau. Die für das Jahr 2010 kalkulierten Einnahmen konnten daher übertroffen werden. Die weiteren mit der Einführung der Papiertonne erwarteten Effekte – steigende Papiermengen und gleichzeitig sinkende Restmüllmengen - sind ebenfalls zwischenzeitlich

eingetreten. Auch mit den verschiedenen Dualen Systemen konnten 2010 Vereinbarungen zur Mitbenutzung des kommunalen Altpapierfassungssystems erzielt werden. Die hiermit verbundenen Entgelte wirkten sich im Jahr 2010 aus. Weitere Effekte ergaben sich aus deutlich niedrigeren Entsorgungskosten. Insgesamt ergab sich ein geringeres Restmüllaufkommen im Jahr 2010. Aufgrund des erheblichen Schneefalls im Dezember 2010 musste die Restmüllbeseitigung teilweise eingestellt werden. Hierdurch verschob sich die Abfuhr dieser Mengen auf das Jahr 2011. Dies führte zu einer weiteren Reduzierung der Entsorgungskosten für das Jahr 2010. Der lange Winter führte zu erheblichen Mehreinnahmen aus der Inanspruchnahme der Leistungen der Abfallwirtschaft durch die Sparte Straßenreinigung im Rahmen des Winterdienstes. Weitere Ursachen für den ungewollten Gebührenüberschuss sind geringere Personalkosten und gegenüber dem Planansatz erhöhte Gebühreneinnahmen.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Der Winter 2009/2010 war einer der schneereichsten Winter der letzten Jahre. Der Winter begann im Januar mit einer langen Kälteperiode, die ganz Europa erfasste. Daher kam es zeitweise zu Engpässen in der Salzversorgung. Die zweite Jahreshälfte brachte mit dem Dezember 2010 den schneereichsten Dezember seit 30 Jahren. Insgesamt fielen in Remscheid ca. 1,5 m Neuschnee. Die Salzversorgung brach erneut zusammen. Die Erfahrung des ersten Halbjahres zeigte jedoch, dass bei anhaltenden Kälteperioden der Streusalzeinsatz deutlich reduziert werden kann, wenn durch einen konsequenten Pflugeinsatz die Schneemengen auf der Fahrbahn begrenzt werden. Durch den intensiven und engagierten Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Winterdienstes konnten die Straßen in Remscheid weitgehend befahrbar gehalten werden. Der intensive Einsatz verursachte jedoch erhebliche Kosten. Daher schließt der Bereich Straßenreinigung bei dem Winterdienst mit einer Gebührenunterdeckung in Höhe von 998,3 T€ ab. Bei der Sommerreinigung ergab sich eine Gebührenunterdeckung in Höhe von 87,2 T€ ab.

Obwohl die Deponie zum 15.07.2009 für die Annahme von Abfällen geschlossen werden musste, verlief das Wirtschaftsjahr 2010 der Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) erfolgreich. Die Gesellschaft erwirtschaftet im Jahr 2010 einen Gewinn in Höhe von 329 T€. Von dem Gewinn wurde nach den Regelungen des Gesellschaftervertrages ein Betrag in Höhe von 88 T€ an die REB ausgeschüttet. Die nicht an die Gesellschafter ausgeschütteten Erträge wurden der Gewinnrücklage zugeführt. Zur weiteren Planung der Nachnutzung der Deponie Solinger Straße wurde im Jahr 2009 seitens der Stadt Remscheid ein Planungswettbewerb durchgeführt. Der ausgewählte Entwurf sieht die Errichtung einer Sandboarding-Anlage auf der Deponie vor. Im Jahr 2010 vergab die DBR ein Gutachten zur Überprüfung der grundsätzlichen Machbarkeit der Konzeption sowie den Auswirkungen auf die bislang geplante Oberflächenabdichtung der Deponie.

Aufgrund der Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes und eines Ratsinformationssystem bei der Stadt Remscheid wurden auch die Sitzungen des Betriebsausschusses in den Sitzungsdienst und den starren Sitzungsplan der Stadt mit aufgenommen. Hierdurch ging die bisherige Flexibilität der Sitzungsterminierung und der Sitzungsvorbereitung weitgehend verloren. Dies gilt auch für die starren Vorgaben der Tagesordnung, die der bisherigen Praxis der Betriebsausschusssitzungen nur bedingt Rechnung trägt.

Im Wirtschaftsjahr wurde die Einführung eines neuen ERP-Systems für den Betrieb vorbereitet. Hierbei wurden sowohl der Kontenrahmen- wie auch der Kostenstellenplan überarbeitet. Das neue ERP-Programm sowie die neue Buchungsstruktur wurden zum 01.01.2010 eingeführt. Der Produktivstart gelang ohne Probleme.

Im Geschäftsjahr wurden Überlegungen angestellt, die Veranlagung und die Erhebung der Grundabgaben von der Stadt Remscheid auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe zu übertragen. Hieraus können sich in der Zusammenarbeit Synergieeffekte und vor allem ein besserer Service für die Bürgerinnen und Bürger ergeben.

Da sich hieraus eine weitere Verselbständigung der Remscheider Entsorgungsbetriebe ergibt wurde vom Betriebsausschuss die Vergabe eines Gutachtens zur weiteren organisatorischen Optimierung des Unternehmens beschlossen. Es sollen mögliche Organisationsformen untersucht werden, die eine weitere Verselbständigung der Remscheider Entsorgungsbetriebe in einer eigenen Rechtspersönlichkeit ermöglichen. Hierbei sollen die bisherigen Vorteile im Hinblick auf die Übertragung und Erledigung der Aufgaben wie auch die steuerlichen Vorteile erhalten bleiben.

Im Oktober 2010 wurde Herr Michael Zirngiebl für weitere 5 Jahre vom Rat der Stadt Remscheid zum Betriebsleiter der Remscheider Entsorgungsbetriebe gewählt.

3. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

3.1 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 265.566,9 T€ - 01.01.2010 - um 4.804,4 T€ auf 270.371,3 T€ - 31.12.2010 - erhöht. Den Anlagezugängen in Höhe von 7.221,8 T€ (Vorjahr: 8.787,2 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 997,3 T€ (Vorjahr: 1.858,1 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 7.587,6 T€ (Vorjahr: 7.605,7 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von 689,3 T€ (Vorjahr: 1.050,0 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Reduzierung des Anlagevermögens um 673,7 T€ (Vorjahr: 373,3 T€).

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2010 von 7.670,5 T€ - 01.01.2010 - um 5.478,9 T€ auf 13.149,5 T€ - 31.12.2010 - erhöht. Hierbei entfallen 861,5 T€ auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 2.599,7 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 173,9 T€ (Vorjahr: 164,1 T€) und die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 12.114,1 T€ (Vorjahr: 4.906,7 T€). Hiervon entfielen 3.050,3 T€ auf Forderungen gegenüber der Stadt Remscheid. Die deutliche Erhöhung der Forderungen ergibt sich aus der Umstellung der Schmutzwassergebührenabrechnung. Dies wurde bereits im Zusammenhang mit der Entwicklung der Verbindlichkeiten ausgeführt. Die Erhöhung der Forderungen gegenüber der Stadt Remscheid resultiert aus der Endabrechnung der Gebühren 2010 sowie aus zum Stichtag noch nicht abgerechneten Winterdienstleistungen.

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 74.467,0 T€ - 01.01.2010 – um 2.312,9 T€ auf 76.779,9 T€ - 31.12.2010 – erhöht.

Die allgemeinen Rücklage bleibt mit 66.071,5 T€ - 31.12.2010 – gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Jahresgewinn belief sich auf 2.312,9 T€ Zum 31.12.2010 bestand ein Bilanzgewinn in Höhe von 5.708,4 T€ (Vorjahr: 3.395,5 T€).

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2010 T€	Zugang T€	Abgang T€	Stand 31.12.2010 T€
Stammkapital	5.000,0	0,0	0,0	5.000,0
Allgemeine Rücklage	66.071,5	0,0	0,0	66.071,5
Verlust-/Gewinnvortrag	608,8	2.786,7	0,0	3.395,5
Jahresüberschuss/-	2.786,7	3.312,9	-2.786,7	2.312,9
Gesamt	<u>74.467,0</u>	<u>5.092,6</u>	<u>-2.786,7</u>	<u>76.779,9</u>

Unter den Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer öffentlicher Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Aus im Jahr 2010 empfangenen Zuschüssen ergaben sich Zugänge in Höhe von 205,9 T€ (Vorjahr: 241,0 T€). Den Zugängen standen keine Abgänge gegenüber (Vorjahr: 10,1 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 473,4 T€ (Vorjahr: 471,8 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Aus durchgeführten Beitragsabrechnungen ergaben sich im Jahr 2010 Zugänge in Höhe von 27,5 T€ (Vorjahr: 38,8 T€). Den Zugängen standen Abgänge in Höhe von 0,4 T€ (Vorjahr: 27,6 T€) gegenüber. Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 52,3 T€ (Vorjahr: 51,5 T€).

Entwicklung der Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2010 in vollem Umfang ab.

<u>Entwicklung der Rückstellungen</u>	Stand	Inanspruch-	<u>Zuführung</u>	Stand
	01.01.2010	nahme/ Auflösung		31.12.2010
	T€	T€	T€	T€
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.568,0	0,0	88,6	1.656,6
Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge	339,6	-174,0	168,7	334,3
Kostenüberdeckung KAG	3.535,4	-1.311,5	1.641,7	3.865,7
Beihilfeverpflichtungen	297,9	0,0	16,8	314,8
Urlaubsrückstellung	190,6	-190,6	242,6	242,6
Überstunden	57,3	-57,2	126,1	126,1
Altersteilzeit	380,8	-69,3	201,8	513,3
Jahresabschlusskosten	51,1	-32,4	35,3	54,1
Interne Jahresabschlusskosten	27,7	-29,3	30,3	28,7
Rechts- und Beratungskosten	15,5	0,0	0,0	15,5
Sonstige	292,3	-332,3	287,0	247,0
Gesamt	<u>6.756,2</u>	<u>-2.196,6</u>	<u>2.839,1</u>	<u>7.398,8</u>

Die Rückstellungen in Höhe von 7.398,8 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (1.565,6 T€) sowie den sonstigen Rückstellungen (5.742,2 T€) zusammen. Bei den sonstigen Rückstellungen entfallen 3.865,7 T€ auf Überdeckungen nach § 6 KAG der Gebührenbereiche Abwasser, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, die innerhalb künftiger Gebühreneinkalkulationen aufgelöst werden müssen.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Eigenkapitalquote

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2010 100.363,2 T€ Gegenüber dem 01.01.2010 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 2.505,5 T€ erhöht.

	Stand <u>31.12.2010</u> T€	(Stand 31.12.2009 T€)
Bilanzsumme	270.371,3	(265.566,9)
Wirtschaftliches Eigenkapital		
• Eigenkapital laut Bilanz	76.779,9	(74.467,0)
• Sonderposten Investitionszuschüsse	23.053,2	(23.320,7)
• Ertragszuschüsse	<u>2.550,2</u>	<u>(2.575,5)</u>
Gesamt	<u>102.383,3</u>	<u>(100.363,2)</u>

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30%. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2010 beträgt somit 37,87 %. Zum 01.01.2010 betrug sie 37,79 %.

3.2.2 Liquidität

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Die Lösung, Kredite zum spätest terminierten Zeitpunkt und nur begrenzt aufzunehmen hat sich auf den Betrieb positiv ausgewirkt. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon, standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an, aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition die Liquidität entsprechend zu verbessern.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 43.224,5 T€ (Vorjahr: 43.299,0 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 802,2 T€ (Vorjahr: 699,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.273,4 T€(Vorjahr: 1.766,5 T€) erzielt werden.

Die Erträge aus Beteiligungen betragen 73,9 T€(Vorjahr 50,0 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 22,2 T€(Vorjahr: 38,8 T€).

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Der bisherige Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse weisen gegenüber der seinerzeitigen gutachterlichen Untersuchung der gewählten Rechtsform eine deutliche und nachhaltige Verbesserung auf.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Kanalanlagen (SÜVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar.

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Derzeit beschäftigt sich die EU-Kommission mit einer Beschwerde des Bundes deutscher Entsorger (BdE) zu diesem Thema. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben.

Der zum 31.12.2010 ausgewiesene Forderungsbestand aus Gebührenabrechnung konnte zwischenzeitlich zu einem großen Anteil ausgeglichen werden. Allerdings muss der Bestand weiter abgebaut werden. Durch die Verlagerung der Veranlagung und der Erhebung der Grundabgaben von der Stadt Remscheid zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben ergeben sich Möglichkeiten zur Umsetzung der erhofften Synergieeffekte. Auch kann ein neues Konzept zur Verminderung des Forderungsbestandes und zum Forderungsmanagement insgesamt erarbeitet werden, da nunmehr die offenen Posten unmittelbar ausgewertet und bearbeitet werden können. Allerdings ergeben sich auch neue Anforderungen vor allem in der Umstellung im Frühjahr 2012, die zunächst gemeistert werden müssen. Zur Abdeckung des Risikos aus Forderungsausfällen wurden Einzelwertberichtigungen sowie eine Pauschalwertberichtigung über den vollen bereinigten Forderungsbestand zum 31.12.2010 vorgenommen.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 2.606,3 T€ aus.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Die Fortschreibung für das Abwasserbeseitigungskonzeptes wurden 2010 abgeschlossen. Der Rat der Stadt Remscheid hat die Fortschreibung im Frühjahr 2011 beschlossen. Seitens der Bezirksregierung wurden bislang keine Regelungen zur Fortschreibung erlassen. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, gilt es die bestehenden Umsatz- und Erlösstrukturen zu erhalten. Durch die Einführung der Papiertonne konnte dieser Erlösbereich erhalten werden. Nach dem Zusammenbruch des Altpapiermarktes im Jahr 2008 hat sich die Erlössituation hier wieder erholt. Abzuwarten sind die Auswirkungen, die sich aus der Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der EU im Rahmen der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben werden. Vor allem die Regelungen zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne können einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den Winterdienst erhöhen.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Daher wurde auch das Personal zum 01.01.2011 weitgehend zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückverlagert. Gleichzeitig wurde der Vertrag zum Betrieb des Wertstoffhofes gekündigt. Im Jahr 2010 wurde eine Machbarkeitsstudie zu der von der Stadt Remscheid geplanten Folgenutzung auf der Deponie vergeben, deren Ergebnisse 2011 vorgelegt wurden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Umsetzung der vorgesehenen Planung zu nicht unerheblichen Mehraufwendungen bei der Deponierekultivierung führt. Hier muss kurzfristig entschieden werden, ob an der Planung festgehalten werden soll und wer in diesem Fall die Mehrkosten trägt.

6. Nachtragsbericht

Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2010 ergeben.

7. Sonstiges

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz für das Jahr 2010 hat zu keinen Beanstandungen von Bedeutung geführt.

Remscheid, 29.Juli 2011

gez.
Michael Zirngiebl
Betriebsleiter

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Jochen Siegfried	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Roland Kirchner	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Bernd Behrendt	Personalvertreter
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Vorstand:

Max Peter Schmitz, Vorsitzender
 Ulrich Gräfe
 Frank Dehnke

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2008	2009	2010
	€	€	€
Gewinnausschüttung	keine	keine	126.262,50

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2008	2009	2010
Mitarbeiter/-innen	379	381	380

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2008		2009		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	28.690	1,86	36.485	2,43	22.080	1,52
Schuldtitel und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	97.263	6,31	37.668	2,51	36.255	2,49
Forderungen an Kunden	812.086	52,64	789.906	52,69	791.101	54,30
Wertpapiere	549.021	35,59	586.173	39,10	560.353	38,46
Beteiligungen	31.684	2,05	31.127	2,08	30.901	2,12
Treuhandvermögen	98	0,01	79	0,01	58	0,00
Sachanlagen	15.833	1,03	14.431	0,96	13.258	0,91
Sonstige Aktiva	4.749	0,31	1.035	0,07	1.246	0,09
Rechnungsabgrenzungsposten	3.147	0,20	2.229	0,15	1.697	0,12
Aktiva	1.542.571	100,00	1.499.133	100,00	1.456.949	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	316.192	20,50	263.353	17,57	234.700	16,11
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	955.315	61,93	1.013.699	67,62	1.019.377	69,97
davon: Spareinlagen	313.966	20,35	326.844	21,80	320.317	21,99
befristete Einlagen	135.809	8,80	92.286	6,16	589.917	40,49
übrige Einlagen	505.540	32,77	594.570	39,66	109.143	7,49
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	117.006	7,59	69.258	4,62	42.208	2,90
Treuhandverbindlichkeiten	98	0,01	79	0,01	58	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	4.380	0,28	3.117	0,21	3.790	0,26
Rechnungsabgrenzungsposten	2.077	0,13	1.900	0,13	1.631	0,11
Rückstellungen	15.132	0,98	17.751	1,18	17.575	1,21
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	36.263	2,35	33.715	2,25	40.054	2,75
Eigenkapital	96.108	6,23	96.261	6,42	97.556	6,70
Passiva	1.542.571	100,00	1.499.133	100,00	1.456.949	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2008 T€	2009 T€	2010 T€
Zinserträge	64.724	56.362	50.158
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	15.423	15.914	13.579
Provisionserträge	10.401	10.648	10.737
Sonstige Erträge	1.634	3.087	1.317
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	376	0	0
Erträge	92.558	86.011	75.791
Zinsaufwendungen	46.532	35.519	27.805
Provisionsaufwendungen	368	431	423
Personalaufwendungen	20.517	23.676	20.816
Sachaufwendungen	12.401	10.737	9.347
Steuern	738	783	1.859
Sonstige Aufwendungen	1.265	1.680	5.297
Abschreibungen a. Anlagevermögen	1.737	1.940	1.886
Abschreibungen a. Forderungen	8.436	9.775	4.868
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	0	927	2.281
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	0	390	144
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	91.994	85.858	74.726
Jahresüberschuss (+)	564	153	1.065
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	564	153	1.065

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der finanziellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow $\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung. Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (normale Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außergewöhnliche Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.
Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten "Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Vermögen des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich dem Fremdkapital ergeben das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.

Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des → Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsbereitschaft). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage

Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/ abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
Verlustvortrag/-rücktrag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz (Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschrittsrechts) vom 21.12.2010 (GV. NRW. S. 688). [In Kraft getreten am 29.12.2010]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz

oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen

unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch

nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109

Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird

§ 110

Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111

Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112

Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstandes wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherrn von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabchluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabchluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabchluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabchluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabchlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz

§ 53

Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54

Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.